Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 49 (1971-1972)

Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. Zürich 1 8001 Zürich 49. Jahrgang Nr. 3 Juni 1971 Achtmal jährlich

Juni 1971

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Werner Bosshardt, Rolf Nef, Michel Tchang, Rex Schenk

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telephon 47 75 30
Auflage: 18 000

Druck und Versand: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG, Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Telefon 23 83 83

Ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst

Finnlands Hochschulreform ist (vorläufig) auf halbem Wege steckengeblieben. Und dennoch: Vieles an diesem halben Weg ist aufschlussreich, bedenkenswert, beinhaltet er doch wesentlich mehr, als der »Sonderfall Schweiz« auch nur in Erwägung gezogen hätte. Man begnügte sich nicht mit leichtfertig abzugebenden Postulaten (wie etwa »Chancengleichheit«), sondern man leitete entsprechende Massnahmen ein, man spricht nicht lange von neuen Universitäten, sondern man plant und baut sie. Gewiss: Auch Finnland liess sich von der Entwicklung im Bildungswesen überraschen. Aber es hat sich den aufgeworfenen Fragen gestellt und das treibende Schiff nicht unfähigen Bootsbauern und Steuerleuten überlassen. Die Beiträge auf dieser und der folgenden Seite sollen einen ersten Einblick ins finnische Bildungssystem erlauben und über die Bestrebungen zur internen Reform der finnischen Universitäten orientieren.

Werner Bosshardt

● Noch unter russischer Herrschaft wurde 1860 in Finnland die sechsjährige *Primarschulbildung* eingeführt. Nach Erlangung der Unabhängigkeit wurde sie obligatorisch. Das System jedoch blieb unverändert bis in die fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts, dann wurden das siebente und das achte Schuljahr obligatorisch.

● Die *Sekundarschulbildung* bestand traditionellerweise aus acht Schuljahren, aufbauend auf vier Jahren Primarschule. Daran schloss die höhere mittlere Bildung an, drei Jahre; einzige Möglichkeit des Zugangs zur höheren Bildung. Die meisten Schulen auf der Sekundarstufe wurden auf privater Basis aufgebaut und zum Teil auch heute noch auf privater Basis unterhalten.

● Eine grosse Tradition in Finnland hat die *höhere Bildung*. Schon 1640 wurde in Turku die erste Universität gebaut. Mit der Verlegung des Regierungssitzes nach Helsinki zog auch die Universität um. 1890 wurde in Helsinki eine Technische Universität gebaut. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten vier weitere Universitäten.

Die Erhöhung der Studentenzahlen hielt sich zunächst im Rahmen, gab zu keinen Bedenken Anlass. Für eine Reform des Bildungswesens bestand offenbar kein Grund. Finnland hatte grössere Probleme, die Kriege mit dem übermächtigen Nachbarn im Osten, den Wiederaufbau, die Neuansiedlung von 480 000 Kareliern, die Umstrukturierung der Wirtschaft nach dem Verlust von Karelien und Petsamo . . .

Erste Warnzeichen

Aber auch als die ersten Warnzeichen die kommende Entwicklung andeuteten, als sich zwischen 1950 und 1967 die Zahl der Absolventen höherer mittlerer Bildungsanstalten vervielfachte, blieben Massnahmen aus. Aber gerade in Finnland schnellten die Studentenzahlen in einem Ausmass in die Höhe, das noch deutlich über dem allgemeinen Trend für höherentwickelte Länder liegt. Die Diskriminierung der Frau im Bildungswesen ist in Finnland (wie auch in Schweden und Norwegen) ein praktisch unbekanntes Problem. Die Bildungsreserven unter den Frauen wurden viel früher als in andern Ländern erfasst, der Prozentsatz der Studentinnen beträgt heute annähernd 50 Prozent.

Studentenzahlen in Finnland

1900:	1 200	*1950:*	14 400
1910:	2 400	*1960:*	23 500
1920:	3 600	*1965:*	38 400
1930:	7 100	*1967:*	50 000
1945:	13 600	*1970:*	ca. 65 000

Innerhalb von 15 Jahren verdreifachte sich der Anteil der Studenten an der Gesamtbevölkerung. Der Studentenverband warnte. Zunächst vergebens.

Wachsendes Problembewusstsein

Langsam begann sich aber doch ein Problembewusstsein auszubreiten, und es wurde auch erkannt, dass mit einer Reform am Kopf der Pyramide relativ wenig erreicht werden kann. Nach einer Zeitspanne der Planung und Durchführung von Experimenten, die auch ein umfangreiches Studium von Lehrformen und Lehrplänen miteinschloss, wurde 1968 das Gesetz über die Schulreform verabschiedet. Die Reform steht unter dem Motto »Demokratisierung der Schule«, wobei insbesondere die Postulate nach Chancengleichheit und nach einem differenzierten Zugang zur höheren Bildung verwirklicht werden sollten. Es wurde als ungerecht empfunden, bereits nach dem vierten Schuljahr die Entscheidung über Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines späteren Zugangs zu den Hochschulen zu fällen. Neu wurden obligatorisch neun Jahre Primarschulbildung eingeführt, erst nach dem sechsten Schuljahr erfolgt eine gewisse Differenzierung. Im Anschluss an die Primarschulreform wurde auch die mittlere Bildung reformiert. Sie wurde stark differenziert und soll sowohl eigentliche Berufsschulen umfassen als auch den Zugang zu den Hochschulen ermöglichen. Die seit 1966 amtierende Volksfrontregierung Paasio betonte den Charakter der *Bildung als eines permanenten Prozesses*. Praktisch drückte sich das in einem bedeutenden Ausbau der Erwachsenenbildung und der »post graduate studies« aus.

Ausbau der Universitäten

Dann wurde energisch der Ausbau der bestehenden und der Bau neuer Universitäten an die Hand genommen. Ein Gesetz über die Entwicklung der höheren Bildung bis 1981 wurde verabschiedet, dem Erziehungsministerium wurden neue Organe, die sich speziell mit Universitätsfragen zu befassen haben, angefügt. Mit einer Schnelligkeit, die für einen Schweizer schlechthin unglaublich erscheinen mag, entstanden in Vaasa, Tampere und Jyväskylä neue Hochschulen zur besseren Erfassung der Bildungsreserven im Osten und im Zentrum des Landes.

Aus dem Bewusstsein heraus, dass die bisherige Organisation den Erfordernissen von Wissenschaft und demokratischer Gesellschaft nicht mehr genüge, begannen sich auch in Finnland die Studenten nachhaltig für eine Demokratisierung der Hochschulen einzusetzen. Darunter verstehen sie sowohl den *demokratischen Zugang zur Universität* als auch einen *demokratischen Ablauf der politischen Entscheidungsprozesse* innerhalb der Universitäten. Die Situation bot sich dabei für die finnischen Studenten in mancherlei Hinsicht günstiger an als in andern Ländern. Antistudentische und bildungsfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung beschränkten sich auf ein Minimum, es bestanden relativ gute Möglichkeiten, die eigenen Meinungen in der Oeffentlichkeit zu erläutern. Zudem war ihnen die Unterstützung einiger Regierungsparteien sicher.

Um eine innere Reform

Trotzdem: Auch in Finnland organisierten sich Gegenkräfte, und sie konnten zumindest einen Teilerfolg für sich buchen. Im Juli 1968 hatte die Regierung eine Expertenkommission eingesetzt, die Vorschläge für eine Aenderung der internen Administration der Universitäten aufstellen sollte. Ein Jahr später legte die Kommission ihren Bericht vor, der für Reformgegner alarmierend wirken musste:

»*Nach der Prüfung der verschiedenen Alternativen empfiehlt die Kommission, dass das oberste Entscheidungsorgan ein Universitätsrat sein soll, der auf der Basis allgemeiner und gleichberechtigter Wahlen unter allen Mitgliedern der Universitätsgemeinschaft gewählt werden soll.*«

Dies entsprach im Prinzip den studentischen Forderungen, die vorher mit Minderheitsvertretungen in Jyväskylä und Tampere *keine guten Erfahrungen* gemacht hatten und sich von Professoren hatten sagen lassen müssen, das System habe sich damit eigentlich nicht geändert, nur müssten jetzt die Professoren vor der Sitzung zusammenkommen, während sie früher in der Sitzung hätten entscheiden können . . .

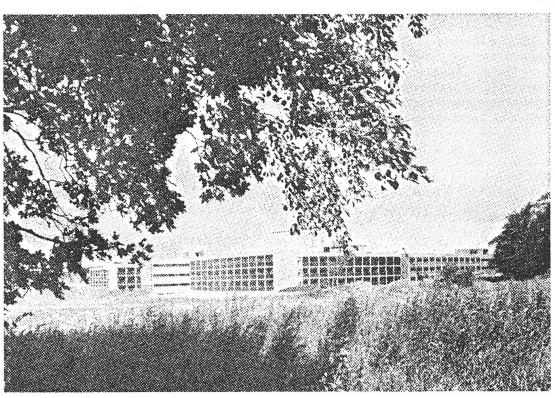
Der Bericht des sogenannten Numminen-Komitees diente als Grundlage für einen Gesetzesentwurf der Regierung. Dieser wurde von Opposition und Professorenverband unter scharfen Beschuss genommen. Und es waren nun beileibe nicht die Methoden feiner Leute, die dann zur Anwendung gelangten. Antikommunistische Parolen verfehlten auch in Finnland ihre Wirkung nicht. Schon das kommunistische Regime in Ungarn habe in den Hochschulen seinen Ausgangspunkt gehabt. Mit dieser Reform würde eine kommunistische Reform in Finnland vorbereitet, behauptete ein Flugblatt, das in mehreren hunderttausend Exemplaren über Finnland ausgestreut wurde, bezeichnenderweise anonym. Mit Filibusterreden, zu denen einzelne Professoren bereitwillig die Treatments verfassten, wurde die Verabschiedung des Gesetzes in der Ende März 1970 zu Ende gegangenen Legislaturperiode des Parlaments verhindert. Das Schicksal der Hochschulreform liegt nun bei der neuen Regierung. Die verwickelten Bestimmungen des finnischen Parlaments erlauben jedoch im schlimmsten Fall nochmals eine Verschleppung des Geschäfts in die nächste Amtsperiode des Parlaments. Falls von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht würde, sind die finnischen Studenten entschlossen, den Kampf für eine demokratische Verfassung aufzunehmen.

Aus der Sicht eines finnischen Studenten

Von Mikko Phyhälä, SYL-Sekretär für Bildung und Wissenschaft

Die finnischen Studenten haben beschlossen, jedes Verwaltungssystem abzulehnen, das auf der Rolle des einzelnen in der akademischen Hierarchie beruht, sei es nun ein Professor, Lehrer, Assistent oder ein Student. Sie sind überzeugt, dass diese Kategorien in hohem Masse unwesentlich und nicht entscheidend sind, wenn in den verschiedenen Universitätsorganen Beschlüsse gefasst werden sollen.

Obgleich die finnischen Studenten Mitglieder der früheren, noch nicht demokratischen Organe waren, fanden sie oft widersprüchliche Ansichten in den Reihen der Professoren vor. Sie merkten sehr bald, dass es sich bei diesen Differenzen um Meinungsverschiedenheiten politischer Natur handelte. Unter den Vertretern der Studenten bestanden gelegentlich ebenfalls Uneinigkeiten über Erwünschtheit oder Unerwünschtheit eines Beschlusses. Schliesslich wurde jedoch mit der Politisierung der Studentenverbände nach Parteigrundsätzen klar, dass die Interessengruppen, die an der Universität in Erscheinung traten, *politische Meinungen* vertraten und dass die dort gemachte Politik Gesellschaftspolitik war.



Studentensiedlungen inFinnland: Massstab für Mündigkeit

Die Studenten schlossen, dass sich daraus unmittelbar das *komplexe Verhältnis zwischen Universität und Gesellschaft* zur Diskussion stellt. Soll die Universität dem Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und der Sicherung der fundamentalen Werte einer Marktwirtschaft dienen, oder soll sie dazu dienen, die soziale Gleichheit und Gerechtigkeit zu erhöhen? Soll sie so schnell wie möglich die Produktion erhöhen, oder soll sie bestrebt sein, das zu schützen, was noch vor Verunreinigung und Vernichtung geschützt werden kann? Soll die Universität »wertfreie, objektive Wissenschaft« pflegen, oder soll sie diese als Instrument des Klassenkampfes ansehen?

Verschiedene Motive — gleiche Schlussfolgerungen

Erstaunlicherweise kamen praktisch alle Studenten zur *gleichen Schlussfolgerung*. Die Universitätsverwaltung muss auf dem allgemeinen und gleichberechtigten Wahlrecht beruhen. Die Universität hat ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Menschheit vergessen. Sie hat ihre kritischen Funktionen nicht erfüllt. »Wenn die Verwaltung den Professoren und Bürokraten überlassen bleibt, kann keine Universität in einer kapitalistischen Gesellschaft dem Schicksal entfliehen, in die Fesseln der Privatmonopole zu geraten«, behaupteten die sozialistischen Studenten. Die Liberalen und die der Zentrumspartei naheste-

(Fortsetzung folgende Seite)

Finnland als Beispiel?

Wenn wir die finnische Hochschuldiskussion auf diesen Seiten so ausführlich dargestellt haben, dann nicht, um Finnland als leuchtendes Beispiel eines im übrigen dunklen Firmaments und als Fixpunkt schweizerischer Entwicklungen anzupreisen. Was am Beispiel Finnland interessant ist, sind Vorgehensweisen und Erfahrungen.

Immerhin hat sich in diesem Land, das zwar auch nördlich liegt, aber deswegen noch nicht Alptraum schweizerisch-bedächtiger »Hochschulexperten« geworden ist, der Gedanke festgesetzt, dass es bei der Hochschulreform um etwas mehr geht als um die Stärkung der Universitätsspitze, die Einführung von Tutoraten und Zwischenprüfungen sowie einige abstrakte Ueberlegungen zur Mitbestimmung und zum Autonomiebegriff. Es soll hier gar nicht bestritten werden, dass die Diskussion auch in Finnland auf recht dürftiger Grundlage iniziiert wurde. Da wurde Mitbestimmung unter Zuhilfenahme notdürftig zusammengekleisterter Demokratiebegriffe gefordert, da war das Unbehagen über die sich ständig verschlechternden Studienbedingungen höchst ungenau artikuliert und entsprechend dürftig interpretiert. Dann aber, das ist das Entscheidende, hat jene Diskussion eingesetzt, die am Anfang jeder Reform stehen sollte, nämlich die grundsätzliche Frage über den Stellenwert von Wissenschaft und Universität in der Gesellschaft. Solchen Diskussionen, die dann wenig sinnvoll sein mögen, wenn sie gemäss dem Motto »Die Basis ist die Grundlage des Fundaments« ins Uferlose abgleiten, sind hierzulande noch kaum über die Enge einiger Diskussionszirkel hinausgetreten.

Die Polemik hat zwar auch in Finnland hohe Wellen geschlagen, Schläge unter die Gürtellinie blieben nicht aus. Weit über die Universitäten hinaus hat aber eine Auseinandersetzung um Bildungsfragen eingesetzt, die für die weitere Arbeit am Universitätsgesetz zweifellos äusserst fruchtbar sein wird. Das vorläufige Resultat eines Versuchs, wie wir es auf diesen Seiten dargestellt haben, mag im einzelnen kritisierbar sein und kann infolge der Kontroversen, die seinem Entstehen Pate standen, auch nicht den Anspruch auf interne Konsistenz erheben. Als Versuch, die Hochschulreform auf eine tragende Grundlage zu stellen, als Versuch auch, die Erörterung irgendwelcher Quotenverfahren für »studentische Mitbestimmung« und damit das einen kastenartigen Antagonismus verhärtende Prinzip der Interessenvertretung sozialer Schichten in der Universität zu überwinden, kann es Wesentliches zu einer Neuorientierung von Hochschulreformdiskussionen beitragen.

Werner Bosshardt

In dieser Nummer

Studentenbewegung in Frankreich 3
Der KStR berichtet 4
Grundlagen für eine neue Studentenpolitik 9/11
In eigener Sache 12
Bildungsplanung als Politikum 15/16
Ceterum censeo: Autonomie 17
Das Baskenland und die ETA 19
Rechtsinformation für Studenten 21

Redaktionsschluss: 22. Juni

Grundsätze – Wertungen – Folgerungen

Aus der Botschaft der finnischen Regierung an das Parlament über die Grundzüge der internen Administration der Universitäten

Die Bedeutung der Universität

Die Bedeutung der Universitäten als soziale Institution wächst beständig. Ihre Lehre und ihre Forschung bilden zentrale Faktoren der geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft. Das Wachtsum der geistigen und materiellen Wohlfahrt hängt von der Art und Weise ab, wie Lehre und Forschung ausgeübt werden.

Die Aufgaben der Universität

Die Universitäten sind verantwortlich für die *Hebung des Niveaus von Lehre und Forschung.* Sie sind auch verantwortlich für die *Ausübung und Vermittlung von höherer Bildung, bemühen* sich um bestmögliche *Berufsvorbereitung, fördern die Forschung,* sorgen für die *Ausbildung von Wissenschaftern* und teilweise auch für die Weiterbildung von Berufsleuten, entwickeln die *kritischen, rationalen und kreativen Fähigkeiten* und lehren die Studenten, Forschungsergebnisse *verantwortungsbewusst* für die Weiterentwicklung der Gesellschaft anzuwenden.

Die Regierung ist der Ansicht, dass den Universitäten durch die Ausübung dieser Funktionen grosse Bedeutung als *Reformfaktor* zukommt. Dies erfordert, dass wir zusammen mit Lehre und Forschung, jenen Werten mehr Aufmerksamkeit widmen, die am Ausgangspunkt von Wissen und Bildung stehen.

Die Regierung ist der Ansicht, dass die Bedeutung von Lehre und Forschung nicht auf die Tatsache beschränkt sein soll, dass sie zur Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft verwendet werden kann. Kontinuierliches Lernen und kreative Tätigkeit können auch *als solche* geschätzt werden. Die Regierung betrachtet als ihr zentrales Ziel die Förderung der Bildung und die Hebung des Wissensniveaus sowie die Förderung von Forschung und kreativer Arbeit.

Innere Reformen

Als die Gesetzgebung über den Ausbau der Universitäten vorbereitet wurde, diskutierte man auch die interne Entwicklung der Universitäten. Aufgrund der bestehenden Universitätsadministration gestaltete sich der universitätsinterne Meinungsbildungsprozess über die Universitätsreform recht schwierig. Deshalb wurden nur wenige relativ kleine Teilreformen durchgeführt oder von den Universitäten vorgeschlagen, und auch das dauerte recht lange. Die Verzögerung der Reform und das Wachstum von Funktionen und Grösse der Universitäten hatten Konflikte in Universitäten und Mittelschulen zur Folge. Deshalb ist die Regierung der Ansicht, dass die *Reform der internen Administration ohne Verzug* durchgeführt werden muss und dass die Grundzüge der internen Administrationen als Ausgangspunkt für eine genauere Vorbereitung der Reformen in einem Gesetz niedergelegt werden sollen.

Autonomie und Demokratie

Die Regierung sieht zwei Arten von administrativen Reformen, die die Funktionstüchtigkeit der Universitäten verbessern können:

1. Die interne Unabhängigkeit der Universitäten muss betont werden. die langfristige Universitätsplanung basiert auf einem *Rahmenprogramm,* innerhalb dessen die Ministerien, unterstützt durch einen Universitätsausschuss, der Koordination die gebührende Aufmerksamkeit schenken können. *Die bestehenden Restriktionen für eine universitäre Selbstverwaltung sollen nur dort aufrechterhalten werden, wo die Arbeit der Universität in eine gesamtgesellschaftliche Planung eingefügt werden muss.* Die Hauptgebiete Forschung und Lehre, spezifische Fuktionen, Examensniveau, Qualifikationen für universitäre Positionen und Aemter sowie die Festlegung der mit ihnen verbundenen Pflichten sind Fragen, die durch nationale Planung oder auf einem andern Weg einheitlich gelöst werden müssen. Fragen wie Inhalt und Lehre und Prüfungen, die Organisation von Lehre und Studium, die Entwicklung von Forschung sowie Berufungen sollen in den Verantwortungsbereich der Universität fallen.

Diese Erweiterung der universitären Selbstverwaltung kann aber nur Resultate zeigen, wenn der interne Entscheidungsprozess effektiver und elastischer gestaltet wird.

2. Alle Personen, die an den Universitäten studieren oder arbeiten, sollen als *gleichberechtigte und verantwortliche Bürger* betrachtet werden, die sich zusammen um eine Ausübung der universitären Funktionen bemühen. Der traditionelle Antagonismus zwischen Lehrenden und Lernenden wird entscheidend reduziert, wenn moderne Lehrmethoden angewandt werden, wenn in Teamarbeit studiert wird und wenn Lehre, Forschung und Anwendung des Wissens auf komplexe soziale Probleme gegenseitig miteinander verknüpft werden. Experimente in andern Ländern haben gezeigt, dass Minderheitsvertretungen von jüngeren Dozenten und Studenten in administrativen Gremien wohl genügen, um dem Entscheidungsgremium mehr Information über ihre spezifischen Probleme geben zu können, dass dies aber nicht genügt, um Lehre und Forschung so zu verändern, wie es ein zukünftiges effektives Funktionieren der Universitäten erfordern würde. Die Regierung ist der Ansicht, dass der Partizipation jüngerer Dozenten und Studenten, insbesondere auf dem Fakultäts- und Institutsniveau, grosse Bedeutung für die Erfüllung der hauptsächlichsten Funktionen der Universität zukommt.

Rationalisierung der Forschung

Die Regierung ist der Ansicht, dass die aktuelle interne Administration der Universitäten ungenügende Möglichkeiten zur Planung wissenschaftlicher Studien und der eigentlichen Forschung bietet.

Nach Meinung der Regierung kann Forschungsplanung rationalisiert werden

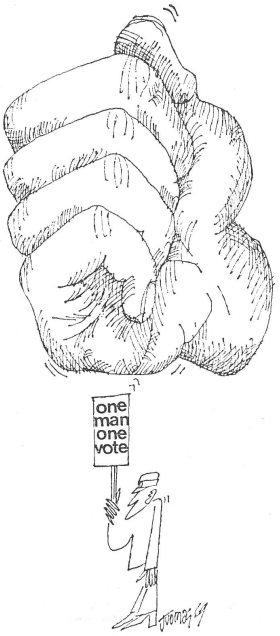
1. in Verbindung mit der staatlichen Wirtschaftsplanung;

2. durch Abtrennung besonderer Mittel aus dem Universitätsbudget für Forschung und Ausbildung von Forschern;

3. durch Einsetzung spezieller Forschungsräte oder ähnlicher Gremien an den Universitäten, die dafür sorgen, dass wissenschaftspolitische Programme für die Universitäten ausgearbeitet werden und dass die Kontinuität und die systematische Organsiation bei der Forschungstätigkeit in Betracht gezogen werden.

In Verbindung mit der Reform der internen Administration muss nach Meinung der Regierung der *Verbesserung und Verdeutlichung der internen Rechtsordnung* spezielle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Regierung ist der Ansicht, dass Rechtsfragen, die Universitätsdozenten und Studenten betreffen, grundsätzlich wie bisher von den Universitäten diskutiert und entschieden werden sollen. Dennoch fühlt sich die Regierung verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die Rechtsordnung der Universitäten nicht mehr genügt. Die Regierung hat deshalb einen Ausschuss unter der direkten Aufsicht des Erziehungsministers eingesetzt, um diese Fragen zu prüfen. Entschprechend ihrem Auftrag richtet die Kommission ihr spezielles Augenmerk auf die Freiheit von Lehre und Forschung, die Besetzung der Lehrstühle, die Auswahl der Studenten, die Bewertung der Prüfungen und das Disziplinarrecht. Ueberdies hat sich die Kommission mit dem Ausbau des Appellationsverfahrens zu befassen.

(Auszeichnungen und Zwischentitel von der Redaktion)



Finnland: Ablauf eines Versuchs

Nach 1960 Studentische Mitsprache in vielen Fakultäten

1967 Mitbestimmungsrecht für Studenten der Universität von Jyväskylä

1968 Die *Finnische Studentenunion (SYL)* beschliesst einstimmig:

»Da sPrinzip einer offenen und demokratischen Universität verlangt, dass alle an der Universität tätigen Personen auf der Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bei der Wahl und Kontrolle der Entscheidungsgremien partizipieren.«

Am *4. Juli* setzt die Regierung eine Kommission unter *Jaako Numminen* ein, die Grundsätze für eine Aenderung der internen Administration der Universitäten aufstellen soll.

1969 Drittelsparität in Tampere

Am *18. Juni* legt das Numminen-Komitee seinen Bericht vor. Es schlägt vor, dass der Universitätsrat als höchstes Entscheidungsgremium auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden soll, die Fakultäts- und Institutsräte auf der Basis der Drittelsparität.

Minderheitserklärungen der studentischen Vertreter sowie von Mitgliedern der Zentrumspartei, der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei verlangen allgemeines Wahlrecht auf allen Ebenen der Universität.

Die Regierung setzt paritätisch zusammengesetzte Reformkommission an den Universitäten ein.

Am *9. September* verlangt die Generalversammlung der Studentenunion erneut allgemeines Wahlrecht für alle Ebenen der Universität. Sozialdemokraten und Kommunisten stellen sich hinter diesen Beschluss. Die Professorenunion fordert am *26. Oktober* die Entlassung von Erziehungsminister *Johannes Virolainen* (Zentrumspartei).

Eine *Schiedskommission* mit Studenten, Professoren und Ministern wird sich nur über die Dringlichkeit einer Universitätsreform einig.

Am *2. Dezember* unterstützt der Gewerkschaftsverband die studentischen Forderungen.

Kurz vor Weihnachten schlagen die Oppositionsparteien Drittelsparität vor. Einige sozialdemokratische Abgeordnete verlangen eine Experimentierphase. Die Regierung arbeitet einen Vorschlag für Experimente nach Verabschiedung der allgemeinen Grundsätze vor.

1970 Im *Januar* beginnen die Ausschüsse mit der *Vorberatung des Gesetzes.*

Anlass für juristische Auseinandersetzungen ist die Frage, ob und wie weit Eingriffe in die privaten Universitäten (die im übrigen zu 70 bis 95% vom Staat finanziert sind) verfassungskonform seien. Um die Behandlung des Gesetzes in der ablaufenden Legislaturperiode zu verhindern, wird die Arbeit der Kommissionen von den Oppositionsparteien in die Länge gezogen.

Aus Protest gegen die Verschleppungsmanöver proklamiert der SYL den 18. Februar zum »nationalen Reformtag«.

Studentenstreiks in Tampere und Helsinki.

23. Februar: Studentischer Generalstreik, von allen studentischen Organisationen unterstützt. Die konservativen Studentenverbände dreier Universitäten beenden den Streik nach einem Tag. Am Abend des 24. Februar beschliesst der SYL das Ende des Streiks. Sympathiestreiks von 70 000 Bauarbeitern.

Am *20. Februar* beschliesst die vorberatende Kulturkommission überraschend die Organisation nach dem »ne man – ohne vote«-Prinzip auf allen universitären Ebenen. Dafür sind Kommunisten, Kleinagrarier und einige Sozialdemokraten, dagegen Zentrumsvertreter und wenige Sozialdemokraten. Die prinzipiellen Reformgegner beteiligen sich nicht an der Abstimmung. Nachdem einige Einwendungen des Ombudsmannes behoben worden sind, wird das Gesetz dem Parlament vorgelegt. Virolainen erklärt, seine Zentrumspartei würde sich dem »one man – ohne vote«-Prinzip nicht widersetzen.

Am *3. März* beginnt die Behandlung des Gesetzes im Parlament. Filibuster der Oppositionsparteien, um die Beschlussfassung vor den Parlamentswahlen zu verhindern. 44 Redner (davon nur einer von den Regierungsparteien) sprechen insgesamt 55 Stunden. Die Reden wurden grösstenteils von der Professorenunion vorbereitet. *Das Parlament wird aufgelöst, ohne einen Entscheid gefällt zu haben.*

Bei den Parlamentswahlen erleiden die Regierungsparteien Verluste.

Im *Juli* wird eine *neue Regierung* gebildet. Der 36jährige Liberale *Jaako Itäla* wird Erziehungsminister. Die neue Parlamentsgruppe der Liberalen hat dem allgemeinen und gleichberechtigten Wahlrecht an den Universitäten ihre Unterstützung zugesagt. Eine Arbeitsgruppe des Ministeriums arbeitet an einem neuen Gesetz. Die Bestimmungen der finnischen Verfassung bieten jedoch die Möglichkeit, eine Gesetzesvorlage bis zu sieben Jahre hinauszuschieben.

Aus der Sicht eines finnischen Studenten

(Fortsetzung von Seite 1)

henden Studenten teilten diese Meinung.

Die Ideologie der studentischen Mitte fordert die *Dezentralisierung der Macht;* sie waren daher auch eifrig bestrebt, die Machtkonstellation an den Universitäten anzugreifen. Die konservativen Studenten fanden die Bewegung so stark, dass sie sich ihr ebenfalls anschlossen. Dabei griffen sie zu einigen metaphysischen Argumenten, wie etwa: Die Demokratie sei ein Wert an sich.

Die gemässigten linksgerichteten und zur Mitte orientierten Funktionäre des Erziehungsministeriums nahmen die Idee des gleichen und allgemeinen Wahlrechts im Sommer 1969 an, wenn auch in vorsichtig formulierter Form.

Eine historische Notwendigkeit

Vielleicht ist es nötig, etwas über die historische Notwendigkeit zu sagen, die zur Entwicklung dieser Kampagne für die Demokratisierung der Hochschulen gerade hier in Finnland geführt hat: Eine ähnliche Forderung der Studenten wäre in einem anderen kapitalistischen Land politisch nicht möglich. Die finnischen Universitäten werden nicht im gleichen Mass vom internationalen Monopolkapitalismus kontrolliert wie die Universitäten in England, Westdeutschland oder sogar Schweden. Die Volkswirtschaft ist noch immer grösstenteils in finnischen Händen. War es vielleicht Unkenntnis, dass versäumt wurde, die Kontrolle über die Universitäten zu übernehmen? Die Antwort lautet: Es war nicht nötig. Es gab keine Widersprüche. Die Universitäten dienten dem Kapitalismus gut. Erst Ende der sechziger Jahre gestand der erste Professor öffentlich, dass er ein Kommunist sei, und gleichfalls Ende der sechziger Jahre manifestierte sich die radikale Studentenbewegung.

Die Tatsache, dass die finnischen politischen Parteien gewillt sind, den finnischen Studenten so viel Macht zu gewähren, ist teilweise durch die *Geschichte der finnischen Studentenbewegung* zu erklären. Die Wohlfahrt der Studenten ist stets von Regierung und Universität völlig vernachlässigt worden. Deshalb mussten die Studenten selbst Fachbibliotheken, Kantinen, Studentenwohnhäuser und Gesundheitsdienste, Verbandgebäude und sogar Studienberatungen einrichten. Der Studentenverband der Universität Helsinki ist der *grösste Grundsteuerzahler in Helsinki* und hat offensichtlich viel grösseren Grundbesitz als jeder andere Studentenverband in der Welt. In diesem Licht gesehen, wirken alle Argumente gegen studentische Fähigkeiten in Verwaltung und Leitung lächerlich. Diesbezügliche Vorbehalte der Gegner des von der Regierung im Parlament eingebrachten Gesetzesentwurfes waren unglaubwürdig.

Dass die meisten der schrecklichen Bilder, die von Opponenten an die Wand gemalt wurden, falsch waren, zeigte sich bei den Wahlen an der Philosophischen Fakultät von Helsinki im Mai 1970. Dort hatten die Dozenten freiwillig alle Rechte dem auf der Grundlage des Prinzips »Ein Mann – eine Stimme« gewählten Rat überlassen. Das Ergebnis war, dass weder die Studenten der ersten Jahrgänge den Rat kontrollierten noch die Dozenten vertrieben wurden. Obgleich es an der Fakultät natürlich ungleich viel mehr Studenten als Dozenten gibt, erhielten die letzteren ungefähr die Hälfte der Sitze. Dies unterstreicht, dass keine Quoten nötig sind, um den Professoren und dem Personal die Wahrung ihrer Interessen zu sichern.

Zwischen Hoffnung und Bangen

Die Studenten befürchten, dass der neue Erziehungsminister Itälä den Forderungen der Professoren bezüglich der stärkeren Berücksichtigung ihrer »wissenschaftlichen Kompetenz« zu sehr nachgeben werde. Sie werden aber – bei aller Verschiedenheit ihrer politischen Ideologie – weiter für eine demokratische Universität kämpfen, denn sie alle glauben, dass sie ihre Ziele besser in einer demokratischen als an der bestehenden Universität verfolgen können. Gegenwärtig scheint es nicht wahrscheinlich, dass sich die Meinungen der Studenten hinsichtlich der Form der Reform in absehbarer Zeit ändern werden. Was ihren Inhalt anbelangt, so ist jetzt eine breite, lebhafte Diskussion über die Politik hinsichtlich der Wissenschaft, die Werte der Wissenschaft und über die methodologische Orientierung im Gang.

(Von der Redaktion gekürzt)

Die Beiträge über Finnland sind jenen Politikern und Professoren gewidmet, die Reformwünsche schweizerischer Studenten als »extremistisch« zu bezeichnen belieben.

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dolmetscherschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich.

Redaktion: Werner Bosshardt, Rolf Nef, Rex Schenk, Michel Tchang.

Verantwortlich für Werbung und Finanzen: Werner Bosshardt.

Verantwortlich für Produktion und Vertrieb: Rolf Nef.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Jahresabonnement Fr. 6.– auf Konto 80–35598.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telephon (051) 47 75 30. Postscheckkonto 80–35598. Sekretärin: Angela Soom.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (051) 27 09 50.

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Telephon 23 83 83.

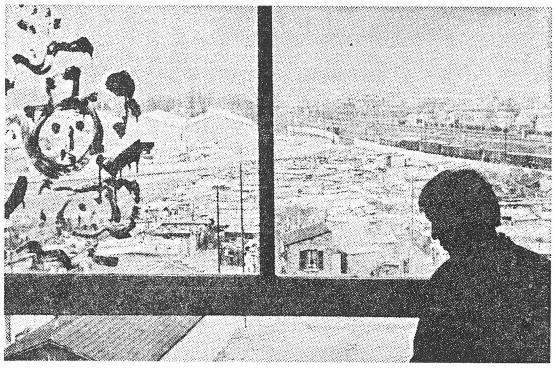
Die im »zürcher student« erschienenen Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Dritter Teil: Verfall, Mai 68 und Spaltung

Studentenbewegung in Frankreich

Im letzten »zs« haben wir eine Darstellung der französischen Studentenbewegung von ihren Anfängen bis 1946 gegeben. In jenem Jahr entstand die »Charte de Grenoble«, die wir, als eigentliche Grundsatzerklärung der modernen Studentenbewegung, auszugsweise zitiert haben. Wir wenden uns in dieser Nummer zunächst der fruchtbarsten Epoche in der Bewegung zu, die bis 1962 dauerte und der insofern ein trauriges Ende beschieden war, als die UNEF (Union Nationale des Associations Générales d'Etudiants de France) nach dem Algerienkrieg stark an Popularität verlor, und zwar als Folge der Parteipolitik einiger ihrer Mitglieder. Der dritte Teil unseres Berichts, den wir im nächsten »zs« zu Ende führen werden, beschäftigt sich mit dem Verfall der UNEF, mit dem Mai 1968 und der neueren Entwicklung bis zur Spaltung im März dieses Jahres.

M. T.



Aussicht auf Nanterre

Die Blütezeit 1946–1962

Während etwa fünf Jahren nach der Veröffentlichung der »Charte de Grenoble« entwickelt sich die UNEF ganz in deren Sinn. Drei wichtige Ereignisse kennzeichnen diesen Zeitabschnitt. Zuerst wird am 5. und 6. Juni 1947 der *erste grosse Streik der Studenten* organisiert, der sich gegen die geplante *Erweiterung der universitären Rechte* und die *Herabsetzung der Stipendienansätze* richtet. Der UNEF gelang damit zum ersten Mal eine eigentliche Massenkundgebung, die gleichzeitig die *Feuertaufe der gewerkschaftlichen Organisation der UNEF* darstellt. Diese Tatsache bedeutet einen weitaus grösseren Erfolg als der Streik an sich, den vor seinem Ausbruch niemand ernst genommen hatte. Der zweite Erfolg liegt in der *Annahme der Gesetzesvorlage* vom 23. September 1948, durch die die *soziale Sicherheit der Studenten* wesentlich vergrössert wird. Einen Fortschritt bildet auch die Tatsache, dass die Studenten die beschlossenen Massnahmen *selber durchführen* können.

Als dritten Punkt dürfen wir die Anstrengungen anführen, die von der UNEF im Zusammenhang mit der *Demokratisierung der Universitäten* und einer *moderneren Studienfinanzierung* unternommen werden. Diese Forderung wird schliesslich anlässlich des Kongresses von Arcachon 1950 offiziell gestellt; die entsprechende Gesetzesvorlage aber aus *finanziellen Gründen* von der Nationalversammlung *abgelehnt.*

Während dieser Zeit schliessen sich der UNEF auch die anderen Studentenorganisationen an, die während des Kriegs entstanden waren. Sogar die *exklusiven privaten Bildungsinstitute* lassen sich offiziell von der UNEF vertreten. In Arcachon wird noch ein weiterer wichtiger Beschluss gefasst: Die *»Charte d'Arcachon«* will die Prinzipien der Erklärung von Grenoble auch auf die *Kolonialpolitik* anwenden. Die Studenten, denen die Idee der französischen Herrschaft noch nicht einmal so fremd ist, beziehen damit eine eindeutig *antikolonialistische Stellung.*

Reaktionärer Backlash: Desengagement

Unglücklicherweise bildet sich daraufhin eine *Reaktion,* die einmal mehr die alten Thesen des *politischen Nichtengagements* ausgräbt. Der im Entstehen begriffene *Ost-West-Konflikt* gibt ihr die Möglichkeit, die damalige Leitung der UNEF zu *stürzen,* wozu sie die Anwesenheit von UNEF-Beobachtern bei der IUS (International Union of Students) in Prag, die ihrerseits *kommunistischer Umtriebe* beschuldigt wird, *zum Vorwand nimmt.* Diese reaktionäre »Mehrheit« will die Aktivitäten der UNEF auf die Wahrung der erreichten Vorzüge reduzieren. Das bedeutet nichts anderes als eine *Rückkehr zum Korporatismus,* die aber glücklicherweise wenigstens zum Teil durch die Errungenschaften der vorangegangenen Epoche *verhindert wird.* Trotzdem schon sehr viel technische Arbeit geleistet worden ist, stagniert die UNEF jetzt in einem *infantilen und virulenten Antikommunismus.*

Die *gewerkschaftliche Minderheit* schliesst sich vor der drohenden Gefahr des Neokorporatismus in einzelnen Studentenparlamenten zusammen. Von 1950 bis 1955 ist die Geschichte der UNEF durch den *Kampf zwischen »Majos« und »Minos«* gekennzeichnet, in dem die Minderheit schliesslich wieder die Mehrheit gewinnt. Diese unerfreuliche Periode endet mit der Abstimmung vom 16. April 1955, mit der den *»universitären Werken«* eine gesetzliche Grundlage gegeben wird und die auch die *Mitbestimmung der Studenten* bei diesen Werken (sozialer und kultureller Natur) festlegt. Die *Niederlage der reaktionären Mehrheit* in der UNEF kommt unter dem Druck von *christlich-progressiven Kreisen* zustande und wird im übrigen weniger von der erklärt *»linken« Stellung der Minderheit* in bezug auf die *Algerienfrage* als von *extremen Stellungnahmen* der Mehrheit herbeigeführt.

Der Algerienkrieg

Die *»christliche Dominanz«* innerhalb der neuen Mehrheit ist ein Grund dafür, dass der studentische Kampf gegen den Algerienkrieg auf eine *moralische Revolte* zurückzuführen ist, durch die gewisse grundsätzliche Werte in Frage gestellt werden, Werte einer Zeit, in der Folterungen und Völkermord *institutionellen Charakter* annehmen. Dieses Bewusstsein bestimmt wesentlich die Stellung der UNEF zum Problem. Bis 1960 löst sich die studentische Organisation nicht mehr von einem im Zusammenhang sinnvollen *Liberalismus,* der sich »aller Gewalt, von wo sie auch kommt«, entgegenstellt. Dieser Umstand provoziert allerdings die konservativen Kräfte, die deshalb 1957 eine *eigene Organisation,* das »Mouvement des Etudiants de France«, gründen. Diese Bewegung existiert jedoch nur während eines Jahres. Die Verschärfung des Konflikts, die aufsehenerregenden Erklärungen der linken Intellektuellen und die steigende Zahl von Kundgebungen bringen der studentischen Gesellschaft den Krieg immer *stärker zum Bewusstsein,* diesen Krieg, der für viele überhaupt die erste Konfrontation mit »der Politik« ist. Der intellektuelle und moralische Aufstand kommt um so mehr zum Ausdruck, als die Verschärfung der Gesetze betreffend die *Zurückstellung von der Armee* jeden Studenten belastet, denn es besteht die akute Gefahr, das Studium unterbrechen und *aktiv an der Repression teilnehmen* zu müssen. Immer wieder und immer heftiger wird dagegen protestiert; es macht sich ein *steigendes Unbehagen* unter den Studenten bemerkbar, von denen nur wenige in den Geheimorganisationen für die Kriegsdienstverweigerung und die Unterstützung der FLN vertreten sind. Diese Situation ist der Grund dafür, dass die UNEF alle verfügbaren Kräfte der Bewegung in den *Kampf vom 27. Oktober 1960* wirft, wobei es ihr gelingt, die Manifestation zusammen mit *verschiedenen Arbeitergewerkschaften* durchzuführen. Die nationale Bedeutung dieses Tages, die *intensivierte Mobilmachung* in Paris und die äusserst gespannte Atmosphäre dokumentieren die *Stärke der studentischen Bewegung.* Die UNEF steht in diesem Zeitraum vor dem *Höhepunkt ihrer Macht,* von 300 000 Studenten hatten sich ihr ein Drittel angeschlossen.

Anfang vom Ende

Der *darauffolgende Sturz* kommt daher sehr plötzlich. Zuerst solidarisieren sich die Verfechter einer »Algérie française« mit der *korporatistischen Minderheit* in der UNEF, die in der Folge unter dem Schutz der Regierung die *Fédération des Etudiants de France«* (FNEF) gründet. In dieser Organisation finden sich zu diesem Zeitpunkt Teile der *extremen Rechten* innerhalb der studentischen Gesellschaft zusammen. Bei dieser Gelegenheit *entzieht die Regierung der UNEF die gewährten Subventionen* und lässt sie stattdessen *der FNEF zukommen.* Das Ende des Algerienkriegs und der mangelnde Realismus der UNEF-Funktionäre, die in Selbstdialoge verfallen, führen dazu, dass die UNEF den *Kontakt mit der Basis* mehr und mehr verliert. Gleichzeitig wird die UNEF von den Vertretern der PSU (Parti Socialiste Unifié) *unterwandert,* die mit verschiedenen Manipulationstaktiken die Kontrolle über die UNEF zu erlangen suchen. Es gelingt ihnen schliesslich, der UNEF ihre *Politik aufzuzwingen* – eine Tatsache, die für deren weiteren Verfall entscheidend ist.

Für die Dekadenz der UNEF gibt es *verschiedene Gründe.* Der wichtigste liegt sicher *im Dogmatismus und in der Intoleranz* der damaligen Vorstände, die, indem sie die gewerkschaftliche Struktur der UNEF ausser acht lassen, eine entschieden *parteipolitische Zukunft* anstreben. Sie sehen die Gefahren nicht, die ihre Einstellung mit sich bringt, oder sie wollen sie nicht sehen. Sie kümmern sich keineswegs um die Tatsache, dass die studentische Gesellschaft immer noch beinahe *vollständig unpolitisch ist* und dementsprechend nicht zu einem wirkungsvollen *politischen Engagement* bereit ist. Die Studenten waren zwar *»gegen den Krieg«* und fühlten sich mit dem algerischen Volk im Kampf gegen den gemeinsamen Feind *solidarisch,* ihr Einsatz erschöpfte sich aber in der *unmittelbaren Manifestation* und verhinderte damit die wirksame Beteiligung an einem *Kampf auf lange Sicht.* Man muss den damals für die UNEF verantwortlichen Funktionären vorwerfen, dass sie sich den Verhältnissen nach Kriegsende nicht anzupassen wussten und auf diese Weise die Bewegung *ins Niemandsland hinausführten.* Als der Krieg nämlich einmal vorbei ist, haben die Studenten mit dem Studium und den alltäglichen *materiellen Problemen,* wie etwa Wohnungen und Stipendien, durchwegs genug zu tun. Die mit ihren Diskussionen beschäftigten Leute von der UNEF unterschätzen offenbar die *Bedeutung dieses Phänomens.* Unter dem Einfluss dieser sogenannten *gewerkschaftlichen »Linken«* verzichtet die UNEF auf jede Verständigung mit der FNEF und entschliesst sich, die *Bewegung ohne Basis* ganz extrem zu *politisieren.* Nicht nur das; sie verzichtet sogar auf die Beteiligung und Mitbestimmung bei den *universitären Werken,* was nicht nur ein Irrtum, sondern ein *verhängnisvoller Fehler* ist. Ein weiterer Grund für den Verfall der UNEF ist schliesslich die Enttäuschung der militanten Studenten über das *Verhalten der Arbeiterorganisationen,* die den Stimmungswechsel an den Universitäten nicht richtig nachvollziehen können. Für sie bleiben die Studenten daher je länger, je mehr die *Söhne des bürgerlichen Mittelstandes;* die Möglichkeit eines *gemeinsamen Kampfs* leuchtet ihnen daher nicht mehr ein. Die Einsicht, dass die studentische Bewegung mit derjenigen der Arbeiter zusammenarbeiten muss, wenn sie einen Sinn haben soll, geht damit *weitgehend verloren.*

Neue Probleme – inadäquate Strukturen

1966 zeigen sich die *Folgen der Politisierung:* Der Bestand der UNEF-Studenten hat *rapid abgenommen.* Der Kongress von Grenoble versucht, diesem Umstand gerecht zu werden, indem ein *»gemässigterer« Vorstand* gewählt wird. Gleichzeitig gibt auch die konservative FNEF ihre extreme Stellung auf und wird *technokratischer;* trotz diesen Entwicklungen erreichen beide Organisationen zunächst keine Wirkung, weil die FNEF immer noch an ihrem *alimentären Korporatismus* festhält und keine eigentlich zielstrebigen Aktionen unternimmt, während die UNEF weiterhin an internen Unstimmigkeiten leidet und zudem in der Oeffentlichkeit *jedes Prestige verloren hat.* Trotzdem ergeben sich aus der gewaltigen Zunahme der Studentenzahlen *neue Probleme:* Von 300 000 Studenten im Jahr 1960 hat sich der Gesamtbestand bis 1968 auf über 500 000 vergrössert. Eingeschlossen in die starren Strukturen der *»Université impériale«,* wie sie sich 1806 schon Napoleon I. vorgestellt hatte, sind die französischen Universitäten der Realität des 20. Jahrhunderts *in keiner Weise gewachsen.* Die nationale Bildungsplanung wird als Angelegenheit von *sekundärer Bedeutung* betrachtet; die Minister, die sich damit beschäftigen, haben im allgemeinen weder Zeit noch Lust, sich einer *Totalreform der Universitätsstrukturen* zu widmen. Aber selbst wenn diese Absicht bestanden hätte, wäre es praktisch unmöglich gewesen, sie zu verwirklichen, denn die konservativen Vertreter in der Regierung waren immer in der Mehrheit. Ein Dozent aus *Nanterre* sagte im März 1970: »Die grosse Gefahr liegt darin, dass die Bedeutung der gegenwärtigen Probleme unterschätzt wird und dass die Vorstellung herrscht, mit neuen Verordnungen könne alles in Ordnung gebracht werden.« Man nimmt diese *Gefahr in Kauf,* und während die zuständigen Behörden tatenlos zuschauen, verbreitet sich in der universitären Gesellschaft ein *wachsendes Unbehagen.* Als logische Folge dieses Unbehagens nimmt die *Agitation an den Universitäten überhand* – eine Agitation, die von den Behörden als das Werk gewisser *»Berufsagitatoren«* betrachtet wird. Es gibt selbstverständlich noch *andere Ursachen* für die Mairevolte, die vor allem auf sozialem Gebiet zu suchen wäre. Dieser Punkt allein würde jedoch schon eine viel umfassendere Analyse erfordern, als wir sie in diesem Zusammenhang geben können.

Die Revolution 1968

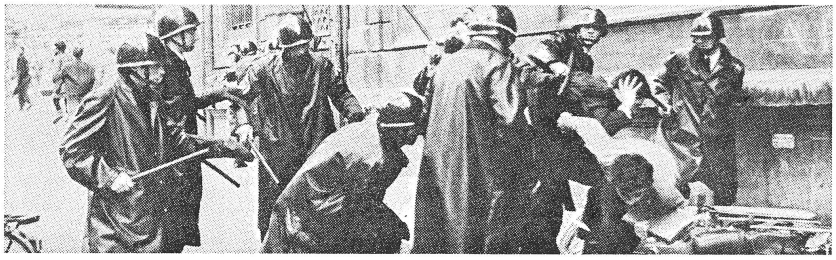
Am 3. Mai 1968 folgt die erste *revolutionäre Explosion.* Sie kommt nicht von ungefähr: Im Zusammenhang mit ihrer Vorgeschichte sind vor allem die Ereignisse zu nennen, die sich am *22. März 1968 in Nanterre* abgespielt hatten. Seit einiger Zeit schon hatte sich eine *ausdauernde Agitation* an der dortigen Fakultät entwickelt, bei der es zunächst um Probleme und Forderungen *rein sozialer Natur* ging, dann aber um Fragen im Zusammenhang mit der *Hochschulreform* und schliesslich um *politische Probleme* wie den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten gegen das vietnamische Volk. Es herrschte eine aufrührerische Stimmung gegen die *Administration der Universität,* wobei das beidseitige Verhalten eine *kämpferische Atmosphäre* schuf. Am 22. März hielt eine noch sehr kleine Gruppe von ungefähr hundert Studenten *die Verwaltungsgebäude der Universität besetzt.* Einer dieser Studenten war *Daniel Cohn-Bendit,* der für die eindrucksvolle Aktivität der Bewegung grosse Bedeutung hatte. Die Studenten, die mit ihm zusammen den Aufstand in Nanterre durchgeführt hatten, gründeten daraufhin das *»Mouvement du 22 Mars«,* in dem sich Studenten *aus verschiedenen anderen Organisationen* zusammenfanden, und wo auch Studenten mitmachten, die niemals zuvor politisiert worden waren. Am 2. Mai entschliesst sich der Dekan der Philosophischen Fakultät mit dem Einverständnis des Rektors und des nationalen Unterrichtsministers, *den Vorlesungsbetrieb bis auf weiteres zu suspendieren.* Am Freitag, 3. Mai, organisieren die UNEF und die *»Fédération des Etudiants Révolutionnaires« (FER)* im Innenhof der Sorbonne ein *Meeting,* um gegen die Schliessung der Philosophischen Fakultät von Nanterre zu protestieren. Daran nehmen ungefähr *vierhundert Studenten* teil. Während des Meetings postieren sich ausserhalb der Universität *gewaltige Ordnungstruppen,* die aus *Mobilgendarmen* und *Polizisten in Kampfaufmachung* bestehen. Gegen Ende der Veranstaltung, als das eigentliche Meeting schon vorbei ist und die Studenten im Begriff sind, sich zu zerstreuen, dringen die Ordnungskräfte nach einem *rasch gestellten Ultimatum* auf Wunsch von Rektor Roche *in die Sorbonne ein;* die Universität wird *gesäubert,* und die Studenten werden in *Polizeifahrzeugen abtransportiert.* Als diese Neuigkeit bekannt wird, schlägt das Erstaunen der Studenten in *Zorn und Wut* um, Pflastersteine fliegen, Barrikaden werden gebaut, und schliesslich ist eine *eigentliche Strassenschlacht im* Gang, die mehrere Stunden andauert. Sie ist jedoch nur ein Vorgeschmack dessen, was sich am folgenden Montag, dem 6. Mai, in Paris abspielt: *Ueber zehntausend Studenten und Schüler* liefern den Ordnungstruppen die *erbitterste Schlacht,* die seit dem Krieg in Paris stattgefunden hat. Der 3. Mai aber beinhaltet den Beginn des revolutionären Sturms, der in den folgenden zwei Monaten mit aussergewöhnlicher Kraft wütet. *Alain Peyrefitte,* der französische Unterrichtsminister, hatte geglaubt, mit der Schliessung der Sorbonne das alte Haus zu retten; statt dessen wurde durch diese Massnahme die Katastrophe herbeigeführt und gleichzeitig ein *Umsturz im gesamten französischen Hochschulwesen* eingeleitet.

Die Revolte hat sich mit rasender Geschwindigkeit in ganz Frankreich verbreitet, und die Regierung de Gaulle *ist in grösster Gefahr,* als die Begeisterung für die revolutionäre Bewegung plötzlich abnimmt. Dieser Umstand wird von der *Reaktion ausgenützt,* die für den 23. Juni *Legislativwahlen* ansetzt. Die Studenten *protestieren heftig* gegen diese Wahlen, denn sie wissen, dass der Wahlmodus der Reaktion entscheidende Vorteile bringen wird: *»Election - Trahison!«*

Schliesslich gewinnen die Gaullisten in der Nationalversammlung eine *grosse Mehrheit,* gewählt von der »Partei der Angst«... Die Verhandlungen zwischen der *Regierung* und den *Arbeitergewerkschaften* in Grenelles reduzieren die revolutionäre Idee auf die *simple Forderung nach Gehaltserhöhungen.* Diese Tatsache und ausserdem der Beginn der grossen Ferien führen dazu, dass die im Mai und im Juni so gewaltige Massenbewegung sich nach und nach *fast gänzlich verliert.* Schliesslich bleibt von der Mairevolte nichts weiter übrig als kleine Scharmützel zwischen Polizei und linksgerichteten Gruppen.

Michel Tchang
Rex Schenk (Uebersetzung)

Fortsetzung in der nächsten Nummer



Die »Arbeitsblätter« des KStR

Seit einigen Jahren hat sich der Brauch eingebürgert, dass der KStR eine Grundsatzerklärung abgibt oder eine Schwerpunkteliste dem GStR zur Diskussion vorlegt. Dieser Brauch wurde durch uns jetzt vorläufig wieder ausge»bürgert«. Nicht zufällig: Als der GStR Ende WS 70/71 zur Wahl der neuen »Studentenregierung« zusammentrat, hatten wir (Martin Farner, Anton Fischer, Conrad Frei, Peter Küpfer, Felix Meisterhans) erklärt, wir würden, falls gewählt, eine *sozialistische Politik* betreiben. Um diese zu konkretisieren, hatten wir schon vor der Wahl einige Zeit über die Möglichkeit sozialistischer Studentenpolitik diskutiert und erfahren, dass zu deren Bestimmbarkeit noch sehr viel Arbeit notwendig ist.

Die jetzt vorliegenden Arbeitsblätter sind ein *erster Versuch*, Unterlagen zu liefern, auf denen eine solche Politik aufgebaut werden kann. Wer erwartet, eine Gebrauchsanweisung zur Hand zu nehmen, ist nach der Lektüre enttäuscht, denn ein grosser Teil der Arbeit besteht aus Analysen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Wissenschafts- und Hochschulpolitik entwickelt wird. Ein zweiter Teil beinhaltet eine Standortbestimmung von studentischer Basis- und Sozialpolitik. Alles also bestimmt von niemandem bestreitbare, notwendige Voraussetzungen, Studentenpolitik betreiben zu können, aber noch keine abgeschlossene Arbeit. Wir werden die einzelnen Abschnitte in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen noch intensiver behandeln und zudem die Folgerungen in bezug auf tagespolitische Geschehnisse ziehen müssen – wollen wir nicht in den bekannten Pragmatismus zurückfallen, was leider nicht so leicht vermieden werden kann.

Erweiterung des Büros

Um den Informationsstand der Kleinen Räte untereinander optimal zu gestalten und eine zuverlässige Kontrolle über die Arbeiten in den Kommissionen zu erreichen, mussten wir erst einmal den Bürobetrieb, die Quästorei und die Aktenablage *reorganisieren*. Deshalb ist es verschiedentlich vorgekommen, dass jemand bei uns vor verschlossenen Türen stand. Im Namen der verbesserten Organisation, die ja alle profitieren lässt, bitten wir um Nachsicht. Das allein genügt aber noch nicht: Da wir vermehrt mit den verschiedenen Kommissionen zusammenarbeiten, unsere Arbeitszeit aber nicht unbeschränkt ausdehnbar ist, beschlossen wir, eine weitere Kraft in unsere Arbeit einzubeziehen: *Bernd-Dieter Niebuhr*, nach Reglement eine Hilfskraft, nach dem Status Referent für Soziales, für uns ein vollwertiges Mitglied.

Information statt Nachrichtenflut

Mit »Der KStR berichtet« hoffen wir eine bis jetzt vernachlässigte Informationslücke anzufüllen. Nicht einfach Neuigkeiten verteilen, wie es einzelne Studentenvertreter gerne sähen, ist unsere Aufgabe, sondern orientieren über die verschiedenen Arbeitsbereiche, damit alle Studenten die vermittelten Vorgänge verstehen können und sich möglichst weitgehend an dieser Arbeit beteiligen. Mit Flugschriften »Der KStR« informiert« werden wir wenn immer nötig über brennend aktuelle Geschehnisse Nachrichten und Kommentare abgeben, die gleich benannte Wandzeitung in der Eingangshalle hat eine ähnliche Funktion. Im übrigen sehen wir als wirkungsvollstes Informationsmittel bestimmte Aktionen, anhand deren verschiedene Probleme zugleich aufgezeigt werden können, die dann dank dem Einsatz verschiedener Medien (Presse, Flugblätter, Mund zu Mund...) einem Grossteil der Kommilitonen ins Bewusstsein rücken müssen. So etwa die »Vorlesung Rothschild«.

Obszöni- und Universität

Durch den Versuch, die unterrichtsgesetzlich garantierte Lernfreiheit willkürlich zu bestimmen, hat der Regierungsrat zusammen mit den Universitätsbehörden den Basisstudenten gezeigt, was die von ihnen propagierte Parole Recht und Ordnung wert ist: gerade so viel, wie sie den Machthabern nützt; darüber hinaus schert man sich um die lästigen Reglemente. Aber nicht genug: Dank der Regierungsreaktion weiss jetzt auch der letzte Student, dass die Berufungsinstanz wie der Senatsausschuss leidlich reaktionär ist, ebenso die Hochschulkommission (sie gestattete immerhin den Hörsaal), und er weiss auch, dass, wenn die Solidarität unter den Studenten gross genug ist, einiges erreicht werden kann – und neben den 700, die Faschismustheorien kennenlernen, weiss er auch, wie subtil die Praktiken in unserer Zeit geworden sind.

Der KStR selbst lernt diese Feinheiten des Systems vielleicht später noch etwas genauer kennen: Dem Vernehmen nach sind die sieben grossen Regierungsräte nicht sehr gut auf die fünf kleinen Studentenräte zu sprechen und erwägen allerhand Disziplinarmassnahmen (umgekehrt geht's leider nicht so einfach, die andern sind an der Macht!), aber die werden bestimmt erst eingesetzt, wenn die 700 in den Ferien sind. Bis dann arbeiten wir weiter, z. B. in Kommissionen.

Studentische Wohnbaugenossenschaft

Die WOKO (Stud. Wohnbaukommission), bisher als Verein organisiert, gründet zusätzlich eine Genossenschaft. Sie kann damit als eigener Bauherr auftreten, sie wird mit Stadt und Kanton zusammenarbeiten, um möglichst viele Projekte verwirklichen zu können.

Die Wohnsituation in Zürich ist gegenwärtig für alle Stadtbewohner, nicht nur für Studenten, so schlecht wie noch kaum jemals. Die WOKO hilft nach Möglichkeit, beschränkt durch die finanziellen Mittel. Sie wird im laufenden Jahr ein grosses Defizit aufweisen und gezwungen sein, die Mietpreise zu erhöhen. Für den Betroffenen ist das schlimm, er muss aber bedenken, dass er im Vergleich zu der überwiegenden Mehrheit seiner in Miete wohnenden Kommilitonen immer noch in privilegierten Wohnverhältnissen lebt.

Kindertagesstätte

Nach dem abschlägigen Bescheid des Zürcher Regierungsrates zum Gesuch der Studentenschaft, eine von ihr organisierte Kinderkrippe zu unterstützen, suchten wir nach anderen Lösungen, um den vielen Studentenkindern, die unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen einen schwierigen Start haben, einen Ort zu schaffen, wo sie während des Tages ihr Leben mitgestalten können. Eine Massenaufbewahrstelle kam für uns von allem Anfang an nicht in Frage.

Am besten waren unsere Vorstellungen zu verwirklichen, indem wir uns mit einer schon bestehenden Institution in Verbindung setzten: Mit dem Verein Experimentierkindergarten zusammen eröffneten wir bereits Anfang Semester die Kindertagesstätte in der Rämistrasse 66, 12 Studentenkinder fanden Aufnahme. Gewiss viel zuwenig, gemessen an der Gesamtzahl – und viel zu teuer dazu (die Eltern müssen einen sehr grossen Beitrag zahlen). Wir versuchen aber trotz der unverständlichen Absage der Regierung irgendwie eine Erweiterung zu erreichen.

Der KStR berichtet

Unter diesem Titel wird der KStR an dieser Stelle künftig über den Gang der allgemeinen Geschäfte und über die Arbeit in den studentischen Kommissionen Bericht erstatten. Aus zwei Gründen nimmt der KStR gerne das Recht auf Veröffentlichung von offiziellen Verlautbarungen im »zürcher student« in Anspruch: Der zs hat eine weite Verbreitung, er wird von einem grossen Teil der Studenten gelesen und gewährleistet somit eine optimale Vermittlung von Nachrichten innerhalb der Studentenschaft. Durch aktuelle Berichte von Tätigkeiten, deren Auswirkungen für viele Studenten unmittelbar erfahrbar sind, wie das zweifellos für viele offiziell-studentenpolitische Aktivitäten zutrifft, gewinnt aber der zs auch an Aktualität und gewiss noch mehr Leser. Der zweite Grund: Der KStR hat bisher diese Berichte in KStR-Infos publiziert, und diese Infos waren in zweierlei Hinsicht aufwendig, sie erforderten nicht nur einen grossen Arbeitseinsatz, sondern auch einen erheblichen finanziellen Aufwand. Um die Gelder der Studentenschaft möglichst sinnvoll einsetzen zu können, suchte die Exekutive auch hier nach Verbesserungen. Zusammen mit der Redaktion des zs wurde die Möglichkeit einer solchen KStR-Information im zs besprochen, und da beide Parteien profitieren können, stand der Einigung nichts im Wege.

Kleiner Studentenrat

Trotz nsz: Der Kiosk ist da

Die »Neue Studentenzeitung« versucht mit allen Mitteln den KStR anzuschwärzen, dabei gäbe es noch so vieles andere, was eine genauere Farbbezeichnung nötig hätte. Sei's drum. Jedenfalls hat der nsz-Schreiber Faes einmal vor zwei Jahren in verdienstvoller Weise (wollte er das wohl hören?) angeregt, ein Kiosk sei in die Universität aufzunehmen. Wenn er jetzt um alles in der Welt beweisen will, wie unfähig linke Studenten doch sind, dann erzählt er, der KStR sei gegen einen Kiosk! Wenn der gute Mann nur wüsste, wie mühsam die von ihm unablässig gepredigte pragmatische Realpolitik ist: Grünes Licht zur Weiterverfolgung des Projekts »Kiosk« erhielten wir von der Universitätsverwaltung leider erst im WS 70/71, worauf die ZeKo (Zentralstellenkommission, die auch für den Betrieb der Zentralstelle sorgt), uns anfragte, ob sie den Betrieb des Kiosks übernehmen könne. Sie besorgte denn auch den Kontakt mit der Schmidt-Agence und die Anstellung einer Verkäuferin, so dass der Betrieb am 7. Juni hätte aufgenommen werden sollen; nur liess sich jetzt der vorgesehene Einbaukiosk nicht durchs Uniportal einbringen.

Aber wir können versichern: Der Kiosk kommt bestimmt – und wenn auch über ihn die »Neue Studentenzeitung« verschenkt wird, wir haben nichts dagegen – und erwarten den nächsten Angriff der nsz.

Die ZeKo besorgt übrigens auch Vorlesungsskripten, wer daran interessiert ist, kann sich bei ihr melden.

Mensa: Ohne Nichtstudenten?

In der Mensa-Kommission, einer gemischten Kommission der Universität, gab in letzter Zeit vor allem die Kalkulation zu reden: Die Preise mussten bekanntlich erhöht werden, eine Entwicklung, die an der ETH schon seit längerer Zeit Unruhe schafft. Es war auch an der Uni nicht zu umgehen, die Studenten durch Preisvergünstigung zum Kauf von Abonnements anzuhalten. Damit hofft man, im gleichen Schlag zwei Lästigkeiten zu erledigen: Die Kasse wird entlastet, das ist zu begrüssen, Nichtstudenten, auch Uni-Personal, sollen eher ferngehalten werden. Das ist, auch wenn Raumknappheit herrscht, doch bedenkenswert.

Dann wird die MeKo weitere Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen. Eine Fragebogenaktion soll die Bedürfnisse genauer abklären; bisher hat man sich in der Kommission aber noch nicht einigen können, ob über erweiterte Essensfragen (Wer/Wie/Wo/Was) befragt werden soll oder nur über Ernährungsfragen (Zusammensetzung)...

Was geschieht mit dem Lesesaal?

Die Universitätskasse muss erweitert werden, die Dringlichkeit des Anliegens der Verwaltung sehen wir ein. Der Lesesaal der Studentenschaft, unmittelbar daneben mit einem gerade wieder erweiterten Zeitungsangebot für intensive Zeitungsleser eingerichtet, wäre das naheliegendste Ausdehnungsgebiet für die Kasse, auch das sehen wir ein. Mit dem Universitätssekretär gingen wir darum auf Platzsuche in der Universität, begutachteten Korridortische und zugige Vorplätze, waren begeistert von der vagen Möglichkeit, einen Gartenpavillon zu erhalten (der erwies sich dann doch als unerhältlich), hatten Schwierigkeiten, zwischen zwei schlechten Lösungen zu wählen, auch das ist einsehbar. Dann aber vernahmen wir von anderer Seite, dass eine sehr gute Möglichkeit im ehemaligen englischen Seminar bestehe; der Unisekretär hatte uns das aber verschwiegen, und als wir uns für den ausgezeichneten Ort interessierten, meinte er, wir sollten doch fair (!) sein, er brauche den Platz selbst, auch für die Verwaltung.

Krankenkasse: Beitragserhöhung

Der Beitrag der Mitglieder einer normalen Krankenkasse liegt bei 120 Fr., jener der Hochschulkrankenkasse bei 72 Fr. Aber letztere bietet höhere Leistungen (z. B. Spitalkosten, die sonst separat versichert werden müssen, Spitalaufenthalt in Halbprivat- statt Allgemeinabteilungen, besseres Taggeld etc.). Dies führt zu einem Defizit von gegenwärtig ca. 400 000 Fr. Da die Bundesvorschriften zum Krankenkassenwesen eine auf mehrere Jahre ausgeglichene Rechnung verlangen, muss der Beitrag für Studenten nächstens von 6 Fr./Monat auf 10 Fr./Monat erhöht werden, für Assistenten aber, (»sie verdienen ja bereits«) von 6 Fr. auf 15 Fr.

Ein ungelöstes Problem stellt die Ausrichtung von Krankenkassenleistungen an Kosten von psychiatrischer Behandlung dar. Ausführliche Untersuchungen in anderen Ländern haben ergeben, dass gegen 10–20% von Studenten psychiatrische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Bei uns sind ähnliche Zahlen zu erwarten, sie vergrössern sich voraussichtlich noch, wenn die Leistungen der Krankenkasse besser werden: Für viele ist der Preis für eine Behandlung ein zusätzliches Hindernis, die sowieso nur ungern beanspruchte Hilfe von Psychiatrie-Aerzten anzunehmen.

Der KStR wird hier weiter sondieren.

Studentenberatungsstelle in Zürich

Sie hat mit beträchtlichen Startschwierigkeiten zu kämpfen. Nachdem die zuständigen Behörden, auch universitäre, lange Zeit lieber den Kopf im Sand beliessen, als vorausschauend wenigstens die organisatorischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, haben die Studentenschaften beider Hochschulen jetzt wenigstens erreicht, dass die offenbar nur schwer zu besetzende Stelle eines Studentenberaters nicht auf dem Berufungsweg besetzt, sondern in verschiedenen Fachzeitschriften und Zeitungen auch international ausgeschrieben wird. Wir streben in dieser Kommission die Statuierung eines Vereins an, anstelle der Unterordnung der Stelle unter das Rektorat. So soll zumindest eine gewisse Unabhängigkeit dieser Beratung erreicht werden. Es wird auch so noch genug Schwierigkeiten geben: Wir erachten eine Symptombehandlung (zum Beispiel Beruhigungsmittel vor Prüfungen, damit diese überstanden werden können) als ungenügend, die Stelle müsste es ermöglichen, die Ursachen der Spannungen und Aengste, die aus den Repressionen des Studiums entstehen, freizulegen. Aber da stehen noch gewaltige Widerstände dagegen.

Stipendienberatungsstelle

Die neue, grosszügige (hast du auch schon bemerkt, wie gönnerhaft das tönt?) Stipendienordnung des Kantons Zürich hat erreicht, das sich mehr Studenten optimistisch beworben haben – wenn sie bis jetzt nur 1000 Fr. erhalten haben, so liegt das am Computerprogrammierer.

Aber noch andere Schwierigkeiten stellen sich einem Neubewerber entgegen: Instanzenweg und Rekursmöglichkeiten sind zuwenig bekannt, die Wohnsitzfrage nicht eindeutig gelöst.

Um möglichst grosse Transparenz der Stipendienbewerbungsprobleme zu erreichen, richten wir in unserem Haus Rämistr. 66 demnächst eine Stipendienberatungsstelle ein. Wir haben bereits erreicht, dass auch bei uns Bewerbungsformulare bezogen werden können. Die Stelle ist vorerst als Auskunfts- und Beratungsstelle für Bewerber geplant. Die Eröffnung werden wir speziell bekanntgeben.

Anständige Akademiker?

Der Regierungsrat hat zusammen mit den Universitätsbehörden den Studenten gezeigt, was diese immer wieder etwa behauptet hatten, allerdings kaum je so schön konkret aufzeigen konnten wie am Fall Rothschild: Diese Universität gehorcht den bürgerlichen Rechts- und Ordnungsideologen – ihr Recht ist das Recht auf willkürliche Rechtsauslegungen, ihre Ordnung die systematische Unterdrückung einer Wissenschaft, die gelernt hat, ihre Erkenntnisse auf die bürgerliche Fassade anzuwenden. Davor läuft alles richtig: Zwar ist Rothschild ein »Gruusiger« (obzönes Strassentheater – wir informierten darüber) und kann deshalb nicht Zürcher Beamter sein. Den Stu-

DIAVOX

Institut moderne de langues
1000 Lausanne
avenue de Beaulieu 19
Tél. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle – Laboratoire de langues
Français – Anglais – Allemand – Espagnol

Notre particularité:
Pour chaque heure de classe 1 heure de laboratoire de langues

Stages complets et intensifs de 11 semaines (330 heures) destinés essentiellement à des adultes professionnellement motivés.
Cours d'été.

Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

Arrangements de Cours spéciaux sur demande.

denten gewährt man aber private Zusammenkünfte mit ihm (gemäss der durch die Verfassung gewährleisteten Verfassungsfreiheit«) – was dann allerdings eine Kleinigkeit kostet: Durch einen willkürlichen Entscheid des Regierungsrates fällt der KStR und die Fachschaft Psychologie unter die Bezeichnung »Dritte, welche in näherer Beziehung zur Universität stehen«, das heisst: die Benützung der Aula kostet die studentische Exekutive 3700 Fr. Und damit wird das Dahinter klar: Die verfassungsmässig garantierten Freiheiten (Versammlungsfreiheit, Lernfreiheit) sind rein formal; um sie konkret einzulösen, braucht es einen vollen Geldbeutel.

Ein Student hat Sitte und Anstand zu wahren und sich eines ordentlichen Lebenswandels zu befleissen. Wenn er sich gegen den Anstand vergeht oder auch etwa sich der Verletzung der Achtung gegenüber Behörden und Dozenten schuldig macht, so kann er disziplinarisch bestraft werden. (Wenn er sich gegen Menschenrechte oder gar Menschenleben vergeht, so muss das im Namen der Wissenschaft geschehen, dann geht er straffrei aus, z. B. Kriegsforschung.) Rothschild ist zwar kein Student mehr, aber auch ihm legte der Regierungsrat Unanständigkeit zur Last. Die Beispiele sollen nur zeigen: Wenn das universitäre Disziplinarrecht jemals berechtigt war, dann bestimmt nicht mehr heute. Seit einiger Zeit ist eine Disziplinarrechtskommission an der Untersuchung möglicher Abänderungen (nicht etwa der Abschaffung dieses ständischen Rechts!). Immerhin: Es soll nur noch disziplinarisch geahndet werden. Allfällige Bestrafungen sollen von jetzt an den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit (!) genügen, man will willkürliche Entscheidungen ausschalten – es ist kaum zu glauben, aber das sind wirklich erst Vorschläge, keine Tatsachen, und diese Vorschläge erscheinen tatsächlich erst 1971!

Dienstleistungen

Die Arbeitsvermittlungsstelle wird demnächst ausgebaut und von einer speziellen Hilfskraft besorgt, um einen besseren Service zu erreichen (Vermittlung auch an Ausländer, welche bekanntlich besonders Schwierigkeiten haben). Die Druckerei an der Rämistr. 66 wird von verschiedensten studentischen Gruppierungen sehr stark beansprucht. Da die Maschinen oft überstrapaziert werden, müssen wir seit einiger Zeit verlangen, dass alle die drucken wollen und dies nicht ausgezeichnet können, einen vom KStR organisierten Druckkurs besuchen. Wer wiederholt Maschinen beschädigt, muss leider auf die Druckmaschinen der Studentenschaft verzichten. Der verstärkte Betrieb bringt zudem mit sich, dass die Rechnungskontrolle sehr viel unnötige Arbeit verursacht; wir prüfen alle Rationalisierungsmassnahmen! Auf dass jemand den KStR als Technokratenklub entlarve!

Die Arbeit der Hochschulreformkommission

Bericht zuhanden des GStR

Zusammensetzung und Mittel

Zusammensetzung: 4 Dozenten, 1 Assistenzprof., 1 PD, 2 Assistenten, 4 Studenten, 1 Züsli (Verwaltung)

Dokumentationsstelle, Arbeitsgruppen:

Die Dokumentationsstelle wird von einer halbamtlichen Leiterin (Frau Schilling, Assistentin am Hist. Seminar) geführt, befindet sich vorläufig im »Schnegglig«, dem kleinen Häuschen gleich oberhalb der Mensa, und steht allen Uni-Angehörigen offen.

Die Arbeitsgruppen haben einen Sollbestand von je einem Leiter (Assistent) und drei Studenten. Seit Semesterbeginn sind (erst) vier Stundenten an der Arbeit. Vorläufig arbeiten sie beim Aufbau der Dokumentationsstelle mit.

Auftrag

Eingesetzt vom Senat, hat die HRK den Auftrag, »Vorschläge für Reformen, die im Hinblick auf eine zweckmässige Gestaltung des kommenden Universitätsgesetzes angezeigt sind, zu erarbeiten«, die Reformkommission der Fakultät zu beraten, einen Vorschlag für einen kantonalen Einführungserlass zum eidg. Hochschulförderungsgesetz zu machen, und – dies war einer der Streitpunkte – Material über bisherige Hochschulplanung im weiteren Sinn kritisch zu sichten und Anforderungen an ein neues Planungs- und Entcheidungssystem festzustellen.

Bisherige Arbeit

1. Einsetzen der Dokumentationsstelle und der Arbeitsgruppen
2. Rechtliche Möglichkeiten der Experimentierphase
3. Gedankenaustausch über Zweck der Uni
4. Kant. Einführungserlass zum Hochschulförderungsgesetz
5. Weizsäcker-Modell (siehe zs)
6. Konkrete Experimente
7. Koordination der Fakultäts-Kommissionen

ad 2. *Rechtliche Gegebenheiten*

Unterrichtsgesetz: heutige gesetzliche Grundlage der Uni. Legt auf Fakultäts- und Uni-Ebene die Entscheidungsgremien weitgehend fest. Aenderung nur durch Volksabstimmung.

Da es sehr veraltet ist (1859), hat der Regierungsrat ein neues »Universitätsgesetz« (das sich also im Unterschied zum alten Unterrichtsgesetz nur auf die Uni beziehen soll) in Arbeit.

Universitätsordnung: Nähere Ausgestaltung des Gesetzes. Mit ihr kommen alle vernünftigen Reformen und Experimente in Konflikt. Abänderung durch Regierungsrat (also ziemlich rasch möglich, wenn sich die Universität einig ist.

Wie weit ist Mitbestimmung möglich?

– Im Senat und in den Fakultäten nicht ohne Aenderung des Gesetzes (Volksabstimmung).

– Im Senatsausschuss und in der Hochschulkommission unserer Meinung nach ohne Gesetzesänderung. Dagegen muss der Regierungsrat zustimmen.

– In neu zu schaffenden Gremien, die alle Kompetenzen übernehmen können, die nicht eindeutig geregelt sind. (Planung, Reform etc.) In allen bloss beratenden Gremien (also keine Mit*bestimmung).*

– *Mitsprache* ist überall durch Regierungsratsbeschluss möglich. Der Ausschluss der Berufungsfragen ist ein politischer, kein juristischer Entscheid (der übrigens vom Regierungsrat im Alleingang gefällt wurde).

ad 4. *Einführungserlass*

Das Hochschulförderungsgesetz verlangt von jedem Hochschulkanton einen Einführungserlass, in dem (unter anderem) geregelt sein muss:

1. Planungs- und Entscheidungsstrukturen in bezug auf:
Ausbau der Hochschule, Struktur- und Studienreform. Erstellung von Richtplänen.
2. Studentenberatung
3. Budgetierung

Dieser Einführungserlass muss bis Ende 71 fertiggestellt sein.

ad 1. Hauptfrage: Sollen die neuzuschaffenden Verwaltungsstellen und Meinungsbildungsgremien innerhalb oder ausserhalb der Universität entstehen? – Von der Entscheidungsgewalt wird der Regierungsrat kaum etwas abgeben. Eine Delegation an den Erziehungsrat wäre trotzdem politisch vertretbar und sinnvoll.

Die Uebertragung der Planungsstellen an die Uni hat zwar die Gefahren jedes Ausbaus der Verwaltung in sich, aber auch den Vorteil des direkten Zugangs zu deren Arbeit.

ad 2. Sache der Studentenberatungskommission

ad 3. Vorläufig beantragt jedes Institut seine Kredite direkt beim Regierungsrat. Laut zuverlässiger Information wird aber in Bälde durch eine Plafonierung eine Koordination nötig, da die Geldmittel knapp werden. Irgendwo in der Uni wird ein Budget erstellt und debattiert werden müssen.

ad 6. Konkrete Experimente auf Universitäts-Ebene

Erste Vorschläge beziehen sich auf Mitbestimmung im Senatsausschuss oder in der Hochschulkommission. Sie wurden vor allem gemacht, um die Stimmung unter den Dozentenvertretern bezüglich Mitbestimmung zu erforschen.

Werner Stahel

Die Hochschulreformkommission besteht aus dreizehn Leutchen. Hat man diese dreizehn an einen Tisch gesetzt, damit es endlich einen Schritt vorwärts geht in Sachen Reform – oder damit man sich selbst vom Nachdenken dispensieren kann? Ob die Kommission die Reform in Gang bringen kann, hängt stark davon ab, ob sie Anregungen und Unterstützung von aussen erhält. Vier Studentenvertreter können die studentischen Forderungen nicht erfinden, vertreten und dazu noch durchsetzen. Dazu braucht es mindestens hagelnde Briefe im Ideenbriefkasten in der Eingangshalle, ständige Gespräche von Ideen und Unterstützung liefernden Studenten und Basisgruppen mit den vier Vertretern (anzutreffen in jeder GStR-Sitzung und nach Vereinbarung). Einer der vier Isolierten: Werner Stahel

NB. Es werden immer noch Studenten für die Arbeitsgruppen gesucht. (Bezahlt, Belastung drei Halbtage pro Woche, wenn nötig erst ab Ferienbeginn.)

Studentische Mitbestimmung in der Abteilung IX

Dem Meistbietenden zu verkaufen!

Der neuste Gag fiel vor einem Semester vom Himmel (= Schulrat) herab: Alle Vorschläge über Lehrpläne und -methoden etc., die früher von der Professorenkonferenz ausgeklügelt worden sind, sollen künftig auch von Studenten und Assistenten mitkreiert werden. Das Ganze heisst Abteilungsrat (AR). Soweit, so gut, sogar modekonform, und der Schulrat spart sich so viele studentische Proteste, gibt aber keinen Zoll seiner Macht ab, da schliesslich nur er allein entscheidet über die Anregungen, die der AR unterbreiten darf.

Wie und in welcher Verfassung wurde nun bei den Studenten das Ueberraschungsgeschenk aufgenommen? Man bedenke, die Studentenorganisationen steckten noch tief in der Phase »Trink, Brüderlein, trink« und der Industriebesichtigungen (»Besuchen Sie uns nochmals«), so dass es meist auf wenig Interesse stiess. Man wählte kampflos zwischen einer Ehrenpromotion und dem Traktandum »Varia« die Vorbereitungskommission, die sich ausschliesslich aus »opferwilligen, mutigen und bewussten (wessen oder was?) Freiwilligen« zusammensetzte. Es braucht kaum erwähnt zu werden, dass diese lieben Leuten vorwiegend über Details in den AR-Statuten (Ausnahme: Oeffentlichkeit der Sitzungen) Zeit verloren und sich ebensowenig über Bildungspolitik und Politik überhaupt Gedanken machten, wie wenn es sich um einen Quartiermännerchor handelte. Man stützte sich vorwiegend auf die Endprodukte unserer Demokratie, die eben das schönste Schweizer Präzisionsuhrwerk ist (es läuft und läuft und läuft und schliesst Kompromisse und läuft . . .). Die Studentenvertreter waren konsequenterweise in der drittelparitätischen Kommission zur Vorbereitung der AR-Statuten *zu jedem Kompromiss bereit.* Da unsere »mutigen und bewussten Freiwilligen« keine gewiegten Unterhändler waren, wurde doch kein Kompromiss geschlossen, abgesehen von Korrekturen, die einfach lebensnotwendig für das studentische Ehrgefühl waren; *Die Professorenvorlage wurde fast reibungslos gutgeheissen.*

Ansatzpunkte der Kritik

Diese Statutenvorlage wurde schliesslich mit erdrückendem Mehr (240 Ja gegen 90 Nein) von den Gott sei dank noch nicht verschwundenen vernünftigen Studenten angenommen. Die Kritik der Neinstimmen richtete sich gegen folgende Punkte:

- keine Oeffentlichkeit der Sitzungen
- keine Druckerlaubnis der Protokolle
- Information durch persönlich Interpretation (= Manipulation)
- kein Geschäftsreglement (= Möglichkeit zur Sabotage)
- keine Mitbestimmung in Berufungsfragen
- zu enger Aufgabenkreis

Ist die Geschichte also sinnlos, hätte man den Entwurf doch nicht lieber fixfertig von Professorenspezialisten beziehen sollen?

Man hätte folgendes daraus lernen können: Der *Entscheidungsprozess* an der ETH wurde besonders klargemacht. Er geht also folgendermassen: Ist eine Entscheidung oder ein Gesetzesentwurf zu fassen, der eine gewisse Basis betrifft, so eliminiert man von vornherein alle Nicht- oder Halbinteressierten von der Diskussion, indem man in einer möglichst nicht zum voraus angekündigten Generalversammlung eine Kommission wählt. *Im Namen der Effizienz und um alle Widersprüche und allfällige Einsprüche von verschiedenen Seiten besser ausschalten zu können, greift man einen Delegierten aus der Kommission heraus und versucht mit ihm, die Schwierigkeiten in Zweier- oder Dreiergruppen zu lösen.* (Von den vier – wie zahlreich – Delegierten der Studenten wollte man nur noch mit *einem* drittelparitätisch verhandeln!) Die Verhandlung wird dann *privat* in einem elitär beschränkten Klub geführt; der Mächtigere hat die Hauptrolle. Mit gelösten Problemen und nach entstandenem Kompromiss kommt man vor die Kommission zurück. Da der Kompromiss schon da ist, ziemt es sich nicht, noch etwas zu sagen. Der nicht einverstandene Delegierte ist sonst ein unbrauchbarer Störefried. Hat dieser doch noch die fixe Idee, wird dann ultimativ vorgegangen. Beispiel: Die Forderung der Studenten nach grundsätzlicher Oeffentlichkeit der Sitzungen des AR wurde zuerst gegen den Willen der Professoren angenommen. Nach einigen starken Worten, die durch Faustschläge auf den Tisch unterstützt wurden, wurde dieser Paragraph dann doch abgelehnt. Die ausgearbeitete Vorlage wird der schlecht informierten Basis buchstäblich in den Mund gepresst (ein Professor über seine Kollegen: »Er wird alle anderen Professoren an der Dozentenkonferenz schon einzuseifen wissen«), um so leichter, als keine offizielle Gegenstimme nach aussen dringen durfte (einzig Selbstkritik: »Die Statuten sind zwar nicht optimal, aber eine gute Ausgangsbasis, um so schnell wie möglich mitzubestimmen«).

Wie das System gestützt wird

Die *Stütze* dieses Systems ist natürlich die *sorgfältig dosierte* Information. Weitere Tips für diese typische Politik: Man vermeide, seine eigene Meinung zu vertreten. Man verteidige die Kollegialität gegen aussen. Man fördere den Klubgeist und die Familienatmosphäre, um jeden Widerspruch zu ersticken im Namen der alten Freundschaft. Konsequenzen davon sind: Man lehnt die Oeffentlichkeit in Entscheidungsgremien strikte ab. (»Beachten Sie, dass es auch für Sie (die Studentendelegierten) störend wäre, wenn Beobachter an den Sitzungen teilnehmen würden: Sie könnten nicht mehr frei Ihre Meinung äussern.«) Man wünscht eine Vorwahl der Informierten durch ein »Einladungssystem«. Kritik oder Selbstkritik sind unbekannte Begriffe, Selbstbefriedigung wird um so öfters geübt.

Die Studenten selber hatten *keine Untersuchung* gestartet, die das neue Machtinstrument, die davon abhängigen Aenderungen, die bis anhin bestehenden Verhältnisse, die erreichbaren Ziele, die Mittel dazu, die notwendigen Forderungen und eine evtl. Grundeinstellung der Studenten gegenüber einem neuen Poly-Konzept (Forschung, Lehrmethoden und -pläne und Berufungen) erklärt hätte. Es wurde nie versucht, eine allgemeine Bildungspolitik an der ETH zu erarbeiten und Vergleiche mit Realisierungen an anderen Hochschulen (TU Berlin, FU Berlin, TU Bremen) zu ziehen. Hier wurden wir (und werden wir beim neuen ETH-Gesetz) überfahren dank der mangelnden Voraussicht und Arbeitsfreudigkeit der jetzigen Studentenpolitikergeneration.

Der frustrierte Verfasser dieses Artikels ist sich bewusst, dass die totenstille Basis dieses Elaborat nicht lesen wird und darum auch keinen Finger rühren wird (Tote sind nie einfallsreich gewesen), um etwas an den jetzigen Zuständen zu ändern. Es lebe die wertfreie Wissenschaft!

Für die Basisgruppe Mathematik/Physik
Lionel Decrey

Entscheid des Senatsausschusses zum »politischen Mandat« der Studentenschaft

Dem Senatsausschuss der Universität Zürich obliegt nach § 28 des Reglementes über die Organisation der Studentenschaft die Aufgabe, Streitigkeiten über die Auslegung dieses Reglementes zu entscheiden.

Ein Student hatte den Senatsausschuss ersucht, festzustellen, dass der vom Grossen Studentenrat im Februar 1971 gefasste Beschluss, das sogenannte Bunkerkomitee mit 1000 Franken zu unterstützen, dem Reglement widerspreche und dass ausserdem die Ausübung eines politischen Mandates durch die Organe der Studentenschaft unzulässig sei.

Die Studentenschaft wurde zur Vernehmlassung zu diesem Begehren eingeladen, verzichtete aber auf eine Aeusserung.

Der Senatsausschuss stellt in seiner Entscheidung vom 8. Juni fest, dass Tätigkeiten der Organe der Studentenschaft, welche nicht unmittelbar die Wahrung der studentischen Interessen zum Ziel haben, im Widerspruch zum Reglement über die Organisation der Studentenschaft, zur Universitätsordnung und zur verfassungsrechtlich gewährleisteten Vereinsfreiheit stehen.

Begründung

Erstens darf die Studentenschaft als öffentlichrechtliche Zwangskörperschaft, wie jede andere Vereinigung und wie der Staat und die Gemeinden, nur im Rahmen ihrer Zweckbestimmung und der ihr übertragenen Aufgaben tätig werden. Die Zwecke der Studentenschaft bestehen gemäss § 87 der Universitätsordnung und gemäss dem Reglement über die Organisation der Studentenschaft in der »Wahrung der studentischen Interessen«. Tätigkeiten ausserhalb dieser Zweckbestimmung sind deshalb unzulässig.

Zweitens sind Organisationen mit Zwangsmitgliedschaft nur dann mit der in Art. 56 der Bundesverfassung gewährleisteten Vereinsfreiheit vereinbar, wenn sie der Erfüllung einer bestimmten öffentlichen Aufgabe dienen. Politisch oder konfessionell ausgerichtete Tätigkeiten öffentlichrechtlicher Körperschaften widersprechen in jedem Fall der Vereinsfreiheit. Niemand kann gezwungen werden, einer Organisation anzugehören, deren Organe sich politisch oder konfessionell in einer bestimmten Richtung engagieren. Politische Meinungsäusserungen oder andere politisch ausgerichtete Tätigkeiten haben in privatem Namen oder durch private Vereinigungen zu erfolgen.

Im Falle einer fortgesetzten Verletzung der Zweckbestimmung der Studentenschaft müsste die Zwangsmitgliedschaft und die Pflicht der Studenten zur Leistung von Semesterbeiträgen aufgehoben werden.

Zürich, 9. Juni 1971

Das Rektorat der Universität

WURZEL
bei der
Zentralbibliothek

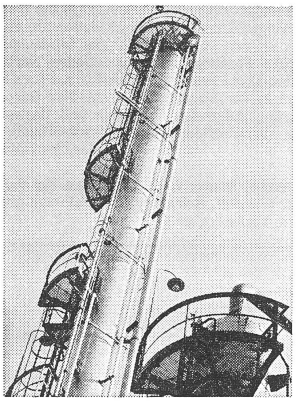
DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

Coiffeur »Figaro«
Herrensalon
Rindermarkt 19, Zürich 1
Studentenrabatt
ausgenommen am Samstag
Montag geschlossen

Produktion, Technische Entwicklung, Marketing und Verkauf.

Drei Möglichkeiten, die Dow Chemical jungen Chemikern, Chemie-Ingenieuren, Maschinen- und Betriebs-Ingenieuren bietet.

Dow Chemical Europe befindet sich in einer Phase der raschen Expansion. In den vergangenen zehn Jahren entstanden zehn Fabriken und eine Verkaufsorganisation in dreizehn Ländern Westeuropas. Im ›European Technical Center‹ in Horgen arbeiten über hundert Spezialisten an der Entwicklung neuer Produkte und Anwendungen. Für die Erweiterung der europäischen Produktion werden allein in den nächsten fünf Jahren über eine Milliarde Franken investiert. Jungen Hochschulabsolventen bieten sich daher ausgezeichnete Chancen zum Aufbau einer Karriere in einem jungen, internationalen Team. Voraussetzungen sind ein erfolgreicher Studienabschluss (Diplom oder Promotion) und Englischkenntnisse. (Die Ausbildung schliesst in gewissen Fällen einen Aufenthalt in den USA ein.)



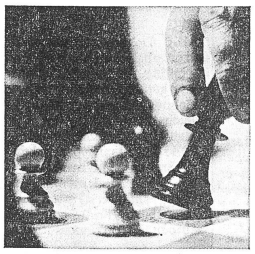
Bitte schreiben Sie oder rufen Sie uns an:

Dow Chemical Europe S.A.
Industrial Relations Department
Alfred-Escher-Str. 82
8027 Zürich, Tel. 36 50 00

DOW

Join an international company!

Eine Stelle bei Brown Boveri – Ihr Schachzug



für die Zukunft

Weil Ihnen bei Brown Boveri das auf Ihre theoretische Ausbildung ausgerichtete praktische Wissen vermittelt werden kann. Auf dem Gebiet, das Ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Sei es Richtung **Maschinenbau, Elektrotechnik, Physik, Chemie, Mathematik** oder **Betriebswissenschaft** – Sie finden bei uns den Aufgabenkreis, der Ihnen auf Grund seiner fachlichen Anforderungen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten die Gewissheit gibt, dass sich Ihr Studium gelohnt hat.

- In der **Forschung** befassen Sie sich mit theoretischen und experimentellen Arbeiten in Festkörper- und Plasmaphysik, Elektronik, Optik, Automatik, Thermodynamik, Hochspannungstechnik.
- In der **Entwicklung, Konstruktion und Produktion** schaffen Sie unter Anwendung modernster Fertigungsmethoden marktgerechte Produkte und Systeme in den verschiedensten Produktbereichen wie thermische und elektrische Maschinen und Apparate, industrielle Elektronik, Radiokommunikation, elektrische Ausrüstungen für die Industrie, für Bahnen und Schiffe.
- Im **Marketing und Verkauf** arbeiten Sie mit an der Erschliessung neuer Absatzmärkte und am Ausbau unserer weltweiten Verkaufsorganisation.

Darüber hinaus bieten wir Ihnen die **Vorteile eines multinationalen Konzerns:**

- Sie werden in Ihre neue Tätigkeit eingeführt und auf Ihre künftige Aufgabe vorbereitet
- Sie können auf das Wissenspotential und die jahrzehntelange Erfahrung von Brown Boveri zurückgreifen
- Durch die ständige Entwicklung neuer Produkte bleibt Ihr Know-how stets dem Stand der Technik angepasst
- Sie haben die Möglichkeit, sich im Ausland sprachlich weiterzubilden
- Wir bieten Ihnen Gelegenheit, am Nachdiplom-Studium an der ETH teilzunehmen
- Es steht Ihnen frei, das Tätigkeitsgebiet oder den Produktbereich zu wechseln, falls Sie einen solchen Schritt als opportun erachten

Möchten Sie mehr über uns wissen? Die Mitarbeiter unserer Abteilung Personaleinstellung geben Ihnen gern weitere Auskunft. Tel. 056/75 34 52

152 411 • VI

BBC BROWN BOVERI Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie., 5401 Baden

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Monate Fr. 13.15 (statt Fr. 18.75)
für 6 Monate Fr. 25.20 (statt Fr. 36.—)
für 1 Jahr Fr. 47.60 (statt Fr. 68.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 13.15
für 6 Monate zu Fr. 25.20
für 1 Jahr zu Fr. 47.60

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____ Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Die Gleichberechtigung der Studenten und das LM

Ausbildung ist kein Privileg mehr, jeder – auch der aus der ärmsten Familie – hat ein Recht darauf, und sie gehört wesentlich zur späteren »Leistung« im Beruf, denn nur der kann geben, der etwas hat. Weil die moderne Gesellschaft den Studenten braucht, hat er ein Recht, auch finanziell ein vollwertiges Glied der Gesellschaft zu sein. Dasselbe sagen auch die Initianten des Lausanner Modells. Aber dieses Modell verankert nicht dieses neue Bewusstsein, sondern das des letzten Jahrhunderts, dass es nämlich eine Gunst sei, studieren zu dürfen, eine Gunst, für die man bezahlt: Wir werden nämlich zurückzahlen müssen. Wir werden weiterhin nicht bezahlt für unsere Leistungen, sondern wir zahlen!

Wird das Lausanner Modell vom Volk schliesslich angenommen werden, dann werden wir noch lange bezahlen. Bei jeder späteren Diskussion um Studienfinanzierung wird es heissen, wir hätten das ja gewollt. Es wird länger dauern, bis wir schliesslich zum »Studentenlohn« kommen, als wenn wir jetzt dafür in der Oeffentlichkeit zu arbeiten beginnen würden, um eine Initiative daraufhin vorzubereiten.

Ein »Studentenlohn« sei für den Staat schlechthin unzumutbar bei den momentanen Ausgaben und sei deshalb eine Utopie, wird man entgegnen. Doch der Staat muss sich mehr und mehr mit drei Bevölkerungsgruppen beschäftigen, mit denen er es früher leichter hatte, weil sie kleiner waren, und vor allem weil die Familie für sie aufkommen konnte, musste oder sollte: den alten Leuten, den Kranken und Invaliden und der Jugend in der Ausbildung – den sog. »unproduktiven Bevölkerungsgruppen«. War die AHV nicht auch einmal eine grosse Utopie? Ist diese Aufgabe unlösbar? Die Gelder, die jetzt schon in den Stipendienkassen liegen und die Gelder, die einmal in den Fonds des Lausanner Modells fliessen werden, wären schon ein ansehnlicher Grundstock für eine Ausbildungskasse zur Bezahlung der Lehrlinge, Studenten und Kunstgewerbeschüler. In diese Kasse würde zudem *jeder* Geldverdienende progressiv nach seinem Einkommen seine monatlichen Prozente zahlen, und sein Arbeitgeber – ähnlich wie bei der AHV – ebenso viele Prozente oder mehr dazu.

Der Staat soll eine Gemeinschaft sein, in der der Habende den Nichthaben-Könnenden unterhält, und zwar nicht mit Almosen, sondern zu Recht.

Einwände gegen den Studentenlohn

Einen Einwand gegen den »Studentenlohn« höre ich immer wieder: Wer zahlt, befiehlt! Der Staat wird noch mehr dirigieren. Dieser Einwand ist Resignation vor der Macht des Staates! Wenn dem Staat mehr Macht über uns gegeben wird, wenn er uns bezahlt, dann müssen wir diese Macht eben kontrollieren und beeinflussen können: Je mehr Sozialisierung, desto mehr Demokratisierung. Die Forderung nach einem »Studentenlohn« muss Hand in Hand gehen mit der Forderung nach mehr Demokratie.

Vom »Studentenlohn« zu sprechen sei müssig, weil der Student keinen eigentlichen Arbeitgeber habe. So genommen ist das Wort »Studentenlohn« zu stur aufgefasst. Vielleicht müsste man besser Rente sagen oder so was, oder ein neues Wort erfinden. Die AHV-Beziehenden haben ja auch keinen Arbeitgeber mehr.

Auch wird man mir entgegnen: In der Schweiz komme man am weitesten mit einer Politik der kleinen Schritte. Ist denn das Lausanner Modell ein kleiner Schritt? Bis die Unterschriften gesammelt sind, bis es durch die Kammern ist in Bern, bis das Volk darüber abgestimmt haben wird und es dann verwirklicht ist, werden Jahre vergehen, und wie schon oben gesagt, dann werden wir dieses Modell für Jahre haben. Wenn wir nun in den nächsten Jahren darauf drängen würden, dass die Stipendienordnung so ausgebaut würde, dass Leistungskontrollen wegfallen und sie gerechter verteilt würden, wäre durch eine gründliche öffentliche Arbeit die Zeit für eine Abstimmung über einen »Studentenlohn« sicher in einigen Jahren auch reif. Ich bin überzeugt, dass, auch wenn diese Initiative ein- oder zweimal abgelehnt würde, die Studenten dennoch früher zur Gleichberechtigung kämen als mit dem Lausanner Modell. Um diese Gleichberechtigung geht es mir schliesslich, um das Aufhören des Sonderfalls Student.

Studentenlohn von der Schulentlassung an

Der »Studentenlohn« vom Moment der Schulentlassung würde die Chancengleichheit wesentlich mehr verbessern als die finanzielle Unabhängigkeit von einer Volljährigkeit an. Denn was heisst Volljährigkeit? Sie ist lediglich eine gesellschaftiche Uebereinkunft, und diese Uebereinkunft zieht die Grenze mitten durch ein natürliches Alter: die Jugend. Eine natürliche Grenze zwischen Kindheit und Jugend ist die Pubertät. In ihr müssen sich die Jungen von der Familie lösen, um sich selbst zu werden. Sie müssen sich wirklich lösen können, auch finanziell. Das wird ihnen und auch der Familie selbst nur guttun. Zudem beginnt das Problem für den Arbeiter-Vater finanziell in diesem Alter und nicht mit der Volljährigkeit. Doch die Chancengleichheit ist ja nicht nur ein finanzielles Problem, und ich möchte hier darauf nicht weiter eingehen.

Ein »Lohn« wird auch unsere Arbeit in ein rechteres und gerechteres Licht setzen, denn auch der Lernende arbeitet. (Ich habe das Gefühl, in Prüfungszeiten oft recht anständig.)

Also: Verankern wir nicht unsere Sonderstellung mit dem Lausanner Modell, sondern schaffen wir ein neues Bewusstsein bei uns Studenten und in der Bevölkerung, setzen wir uns ein für unsere »Emanzipation« und unseren »Lohn«.

Sepp Dossenbach

Fünf vor Zwölf

Stets ist es für irgend etwas offenkundig fünf vor zwölf. Was die Entpolitisierten kaum stört. Und für den Beamtenpragmatismus schlicht bedeutet: Jetzt muss etwas geschehen. Allerhand, was schon vor geraumer Zeit hätte vorbereitet werden können, wird immer erst dann an die Hand genommen, wenn sich schliesslich nur mehr die greifbarste Lösung aufdrängt. Die die beste aber beileibe nie ist. Dieses Handeln schlägt auf das Denken, kann aber auch zu denken geben. Denn da kann doch wohl kaum nur das anrüchige, aber oft beschwörte, immer hilfreiche Schicksal walten. Da lässt sich Vorsätzlichkeit – die »Sache« hat System –, durchaus zu Recht, allerdings vermuten.

Im luftleeren Raum ist kein Leben. Eben deshalb bietet sich Platz für eine bestimmte Gattung Politik dort immer wieder an. Platz für die Politik des Sachzwangs, des Systemzwangs. In der Luftleere, wie an sich jede Ideologie, hält sich diese Sachzwang-»Politik« vornehmlich dort, wo Demokratie, demokratische Kontrolle und Herrschaft, zu einer sinnentstellten und sinnentleerten Kategorie geworden ist. Wenn dem »Stimmvolk« dann und wann ein müder Applaus abgerungen wird, der insofern irregeführt ist, als die Wahl des kleineren Uebels nicht allemal zwingend auch die Wahl zur Freiheit bedeutet.

Die sogenannten Spielregeln

Eine vermeintliche Eigengesetzlichkeit von wer weiss was führe zu diesen unangenehmen Zwängen. Die kurzsichtige Beteuerung durchschauen heisst indes nichts anderes, als den Schleier zu lüften und Verhülltes blosszulegen. Und das ist hierzulande nicht ungefährlich. Weil sogenannte Spielregeln jedem zuweisen, was statthaft ist und was nicht. Wer die Regeln missachtet, führt immer nur Böses im Schild. Staatsfeindliche Umtriebe und eine umstürzlerische Gesinnung lassen sich schliesslich auch leichter unterstellen und lauthals verbreiten als die Wirklichkeit zu widerlegen. Täuschungsmanöver, die die Augen verschliessen, sind wesentliche Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Sachzwang-Produktion. Und um die Aufrechterhaltung des Bestehenden geht es letztlich. Die gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen sollen beibehalten werden. Damit alles beim alten bleibt. Die Verhältnisse, in denen der Mensch ein »erniedrigtes«, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, dürfen nicht umgeworfen werden. So müssen Widersprüche als Eigengesetzlichkeiten, als naturgegeben hingestellt werden, was beim Gelingen rundherum Sand in die Augen streut und nichts anderes beabsichtigt, als Gegensätze in der Gesellschaft zu verewigen und Entfremdung erst recht zu ermöglichen.

Also läuft Sachzwang-»Politik« notwendig auf Geheim-»Politik« hinaus. Ursachen, Bedingungen, unter denen sich Probleme stellen, historische Entwicklungen und theoretische Beziehungen werden, falls überhaupt noch, höchstens »vertraulich« hinterfragt. Eine Oeffentlichkeitsaufklärung, die eine politisch interessierte Oeffentlichkeit zur Folge hätte, kann nicht stattfinden, weil sie zwingend mit kapitalistischen und administrativen Interessen zusammenprallen muss. Gewählte Politiker werden ohnmächtige Marionetten, ausgelieferte Lakaien bürokratischer Beamten und Berater im Dienst des Kapitals. Gesellschaftliche Bedürfnisse zählen nur noch als Abfallprodukt anderweitiger Interessen. Der Widerspruch zwischen ökonomischen Werten und menschlichen Zwecken und Zielen bleibt verschleiert und folglich ungelöst. Bleibt so lange ungelöst, als es nicht gelingt, vernünftige politische Interessen in allen Bevölkerungsgruppen zu wecken. Und dies hinwiederum kann kaum gelingen, solange eine kommerzielle Massenkultur einen Massenkult hervorruft, auf dem die Anhänger von James Schwarzenbach – nicht unerwünscht – einen ihrerseits willkommenen Nährboden finden.

Die Ideologie des Sachzwangs

Der Ideologie des Sachzwangs frönen heisst abwarten und vor sich herschieben, die Zeit so einrichten, dass sich immer nur notdürftige Reparaturen anbringen lassen, die keine qualitative Veränderung, keine Verbesserung der Lebensumstände nach sich ziehen. Mit Sachzwängen argumentieren heisst sich auf die geltenden Gesetze berufen, die nichts anderes sind, als die Gesetze jener, deren Interessen durch diese Gesetze festgehalten werden. Und schliesslich wird die Knappheit an Geld als Vorwand gegen eine grosszügige Planung und Projektierung herangezogen, weil ebendieses Geld anderweitig beansprucht wird, dort, wo es wächst und Früchte trägt, dort, wo es die herrschenden Verhältnisse zementieren hilft.

Sachzwang herrscht dort, wo die Oeffentlichkeit sich beherrschen lässt. Geflissentlich wird vermieden, was beliebig möglich wäre: dass das Wort »Sache« durch »Mensch« ersetzt wird. Einer in einen Dornröschen-Schlaf versenkten Oeffentlichkeit lässt sich leicht eine Verdrehung von Ursachen und Wirkung vorgaukeln. Da die gegebenen Bildungseinrichtungen zu klein sind, muss der Sache Mensch ein Zwang auferlegt werden. Zulassungsbeschränkungen beispielsweise. Anstatt den Zwang auf die Sache Bildungsinstitution auszurichten, lässt man (billiger) Menschen über die Klinge springen. Die widersprüchliche Gesellschaftsordnung, die Herrschaft von einer Gruppe über Gruppen gerät nur dann ins Wanken, wenn sich diese Gesellschaftsordnung nicht mehr fortlaufend reproduziert. Wenn Menschen sich mit mehr als den allernötigsten Qualifikationen ausstatten können und mit kritischem Scharfblick gängige Hierarchien, Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse durchschauen.

So sind Zulassungsbeschränkungen lediglich Randerscheinungen der mittlerweile zum Ausbruch gekommenen Gegensätze zwischen dem Ausbildungssektor und dem ökonomischen und gesellschaftlichen System. Die es tunlichst zu überspielen und zu verdecken gilt. Deshalb ist man sich sehr plötzlich einig. Einig, einig, einig. Niemand will den Numerus clausus. Lippenbekenntnisse allerorts. Flugs werden hundert Millionen bereitgestellt: der sprichwörtliche Tropfen auf den heissen Stein. Jedermann will jetzt der letzte sein, der einem Numerus clausus das Wort geredet hat.

Nur, Zulassungsbeschränkungen liessen sich leider – »kurzfristig nur« – kaum mehr umgehen. Man hätte eben früher, heisst es dann. Und man müsse, weil keine Entscheidungsgrundlagen erarbeitet worden seien und keine (in allen Schritten öffentliche) Planung deshalb möglich war – Asche aufs Haupt – vorübergehend unpopuläre und repressive Massnahmen ergreifen. Es sei fünf vor zwölf, ein Sachzwang halt, es handle sich nur um eine Ueberbrükkungsmassnahme. Und so weiter. Dabei trachtet man bereits darnach, die Zulassungsbeschränkungen gesamtschweizerisch zu verwalten.

Man kennt das. Hat das kennengelernt. Auch die Voranmeldungsaktion für Mediziner war nur eine Notmassnahme. Eine geringfügige. Und man glaubte damals – 1968 – den Beteuerungen und Versprechungen, den Verschleierungen und Verdunklungen.

Von Sachzwang zu Sachzwang, zum Segen derer, die ihre Interessen durchsetzen können. Hierzulande ist es immer fünf vor zwölf.

Peter M. Wettler
Vorstand des VSS

Ein Brief an Prof. Dr. Waser, Dekan der Med. Fak. der Universität Zürich

Sehr geehrter Herr Dekan,

vor zwei Monaten erlaubte sich der Vorstand des VSS, mit einer Anfrage an Sie zu gelangen. Mit Erstaunen mussten wir feststellen, dass bisher keine Antwort bei uns eingegangen ist.

Wir nehmen uns die Freiheit heraus, die Schwerpunkte unseres Schreibens vom 12. März noch einmal zu wiederholen.

Anlässlich zweier öffentlicher Veranstaltungen (Dies 1970, Radiosendung 11. März 1971) führten Sie einerseits aus, dass an der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich der »de facto« Numerus clausus schon bestehe, anderseits äusserten Sie sich dahingehend, dass Zulassungskriterien für angehende Mediziner aufgrund charakterlicher Eigenschaften erlassen werden sollen.

Wir möchten Sie höflich bitten, uns darüber Aufschluss zu geben, was mit »de facto« Numerus clausus gemeint ist, wie er gehandhabt wird und welche drop-out-Rate diese Massnahme bisher zur Folge hatte. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns mitteilen könnten, welche charakterlichen Eigenschaften ausschlaggebend sein werden, um zum Medizinstudium zugelassen zu werden.

Indem wir Ihrer Antwort mit Interesse entgegensehen, grüssen wir Sie, sehr verehrter Herr Dekan, mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

VSS. Der Vorstand

Die Antwort

Sehr geehrter Herr Wettler,

Nach Erhalt Ihres ersten anmassenden Schreibens vom 12. März 1971 habe ich darauf verzichtet, zu antworten, da ich keine Verpflichtung habe, Ihnen über die zukünftige Planung der medizinischen Fakultät Aufschluss zu geben.

Nachdem nun Ihr zweites Schreiben in einem höflicheren Ton abgefasst ist, möchte ich Sie über die darin enthaltenen Irrtümer kurz orientieren:

Ich habe seinerzeit am Dies 1970 gesagt, dass ein Numerus clausus de facto für Ausländer bestehe; weiterhin, dass die Studentenbeschränkungen an anderen Fakultäten zu einem erhöhten Zustrom nach Zürich geführt haben. Leider sind es nicht immer die besten Studenten, welche wir so erhalten. Dementsprechend ist die Zahl der durch die propädeutischen Examen Ausgeschiedenen oft bedauerlich hoch.

Was die charakterliche Eignung für den Arztberuf betrifft, scheint dies jedem Arzt, Klinikerstudenten oder Patienten klar zu sein. Darüber brauche ich Ihnen keine philosophischen Abhandlungen zu schreiben. Ich habe an der Radiosendung gesagt, dass wir diese Kriterien im Sinn einer Berufsberatung mehr beachten sollten und dass sie bei der Einführung einer evtl. Studentenbeschränkung durch die Fakultät diskutiert werden müssten.

Wann solche Massnahmen bei uns zu ergreifen sind, hängt von der zukünftigen Entwicklung unserer medizinischen Fakultäten ab, insbesondere der Neugründung von medizinischen Fakultäten und Akademien. Vorderhand dürfen alle Studenten dankbar sein, dass wir in Zürich als einzige medizinische Fakultät für Schweizer Studenten bis heute keine restriktiven Massnahmen einführen mussten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Prof. P. G. Waser, Dekan

Mit »Amity« nach den USA

Vielen ehemaligen Mittelschülern ist die Bezeichnung *AFS* (American Field Service) selbst hierzulande zu einem Begriff geworden, mit dem sich unvergessliche Erinnerungen an einen Amerikaaufenthalt verknüpfen, einen Aufenthalt, den man nicht aus seiner Mittelschulstudienzeit wegdenken möchte.

Noch ist dieses Austauschprogramm nur in relativ kleinem Rahmen möglich. Wer in einem späteren Zeitpunkt, z. B. als Kindergärtnerin, Primar- oder Sekundarlehrer oder als Hochschulstudent schon nach einer Möglichkeit Ausschau gehalten hat, Erziehungsmethoden, Schulsysteme und Lehrprogramme in den USA kennenzulernen, mag dies oft vergeblich getan haben. Es scheint daher angezeigt, auf eine Organisation hinzuweisen, die während der letzten Jahre Vorzügliches geleistet hat. Das »Amity Aid Program« des *Amity Institute* ist ein Projekt, das jungen Leuten zwischen 20 und 30 Jahren aus spanisch-, französisch-, und deutschsprachigen Ländern die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit an einem internen Fremdsprach-Lehrprogramm an amerikanischen Schulen eröffnet. Das »Amity Aid Program« ist äusserst vielseitig: es reicht vom selbständigen Unterricht einer Fremdsprache bis zur Betreuung individueller Studenten und kleiner Konversationsgruppen. In erster Linie aber soll der ausländische Volontär ein lebendiges Sprachmodell sein und den amerikanischen Fremdsprachlehrern bei der Präsentation von sprachlichem und kulturellem Material seines Heimatlandes zur Seite stehen.

Amerikanische Fremdsprachlehrer und -studenten suchen in vermehrtem Masse einen *wirklichen* Kontakt mit der zu lehrenden oder zu erlernenden Sprache und Kultur; Ausländer, die in den USA ihre Englischkenntnisse verbessern und einen Einblick ins amerikanische Leben nehmen möchten, waren allzuoft ih ihren Erwartungen enttäuscht worden, wenn sie einfach in irgendein College-Schulsystem eingegliedert wurden und auf dem gleichen Niveau mit amerikanischen Studenten und deren Lehrprogrammen Schritt halten mussten.

Das ständige Wachsen der Teilnehmerzahl zeigte deutlich, dass das *Amity Institute* mit seinem Programm eine neue, für alle Beteiligten weit befriedigendere Lösung anbieten kann. Von anfänglich 7 Teilnehmern aus einem einzigen Land im Jahr 1963 ist die Zahl auf 118 Volontäre aus 23 Ländern angestiegen (Schuljahr 1969/70), denen in 41 von 50 Staaten und selbst in Kanada Stellen angeboten werden konnten.

Das *Amity Institute* kann seinen Teilnehmern Einblick und Mitarbeit in Fremdsprachklassen auf allen Stufen vermitteln. Obwohl die meisten Volontäre öffentlichen High Schools zugewiesen werden, unterrichten sie auch an Kindergärten, privaten Instituten, Colleges oder Universitäten, in Sommersprachkursen und Feriencamps, in Fremdsprachenprogrammen für Erwachsene, an lokalen Fernsehstationen, als Assistenten in Sprachlabors oder als Leiter eines Fremdsprachenhauses auf einem Universitäts- oder College-Campus. Die Teilnehmer werden von den verschiedenen Schulen, entsprechend ihren Bedürfnissen, für neun Wochen, ein halbes oder ganzes akademisches Jahr eingeladen.

Für das laufende wie auch für das kommende Schuljahr (1971/72) werden noch zahlreiche Interessenten für *Deutsch* gesucht. Für weitere Auskünfte und Anmeldeformulare wende man sich an das Büro »Swiss-American Students' Exchange«, Eidg. Technische Hochschule, **Zürich.**

Peter A. Ehrhard

An dieser Kommunikation können wir nichts verbessern.

Wir betätigen uns hingegen auf dem Gebiet der Telekommunikation.

Kommunizieren Sie mit uns – per Draht oder Brief!

Standard Telephon und Radio AG
Seestrasse 395 8038 Zürich Telephon 01/45 28 00

STR
Ein ITT-Unternehmen

SWISSAIR

Sie wollten sicher auch schon immer Flugzeugen ganz nahe sein?

Wir können Ihnen gute Gelegenheit dazu geben:

Kommen Sie in Ihren Sommerferien als Aushilfe zu uns

Swissair
Personaldienste Bodenpersonal/PBI
8058 Zürich, Telefon (01) 83 56 11, int. 4071

004.08.6.71

Belohnung 5%

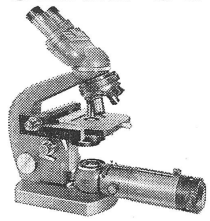
Wer sie bekommen will, muss sparen können.

Sparen ist gar nicht so einfach, das wissen wir. Darum gibt es bei der Bankgesellschaft eine Sparform, die das Sparen leichter macht. Das SBG-Anlage-Sparkonto. Mit Rückzugsmöglichkeiten, die Ihnen helfen, Ihr Sparziel zu erreichen. Denn pro Kalenderhalbjahr können nur Fr. 1000.– ohne Kündigung abgehoben werden.
Dafür erhalten Sie einen guten Zins. Genau 5%. Und profitieren von den gleichen gesetzlichen Schutzbestimmungen, wie sie für das Sparheft gelten.
Mit einem Anlage-Sparkonto lohnt sich das Sparen wirklich. Allein schon wegen der Belohnung.

SBG UBS

Schweizerische Bankgesellschaft

OLYMPUS -Mikroskope



OLYMPUS -Mikroskop, Mod. EC-BI-1

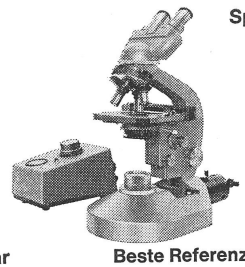
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensor N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenmuscheln und **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto **nur Fr. 1865.—**

5 Jahre Fabrikgarantie

Sofort ab Lager lieferbar

Spezialofferte an Studenten



OLYMPUS -Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI-1

binokular, Stativ EH mit 5er Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensor zentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x, und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebaute **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto **nur Fr. 2078.—**

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: **Weidmann + Sohn,** Abt. Präzisions-Instrumente, **Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon,** Telefon 051 654800

Ausschnitte aus den »Arbeitsblättern« des KStR:

Grundlagen für eine neue Studentenpolitik

Die Studentenpolitik liegt im argen. Die theoretische Unsicherheit ist gross. Der Theorieschwund, resp. die theoretische Verwirrung, hat gewaltige Ausmasse angenommen. Der allenthalben geübte konzeptionslose Pragmatismus, die vielerorts betriebene reaktive, »aussengeleitete« Politik legen Zeugnis dafür ab.

Im Prinzipiellen ist deshalb der Versuch des KStR, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, ihre Bewältigung in die kritische Analyse der Gegenwart einzubringen und daraus neue Wege für eine aktive Politik zu entwerfen, nur zu begrüssen. Dies heisst allerdings nicht, dass das präsentierte Konzept unwidersprochen zur Kenntnis genommen werden muss.

In der Folge werden zwei Kapitel aus den »Arbeitsblättern« in leicht gekürzter Form präsentiert. Der Anspruch, dass diese beiden Kapitel als repräsentative Auswahl aus dem ganzen Paper zu werten sind, wird nicht erhoben. Wer sich intensiver mit dieser Arbeit beschäftigen will, kann sie auf dem Sekretariat der Studentschaft für Fr. 2.– beziehen.

Es ist sicher notwendig, dass man sich mit diesen »Arbeitsblättern« auseinandersetzt. Die Diskussion darüber ist hiermit auch im »zss« eröffnet. Jeder Interessierte ist eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Die Redaktion

Kritik an der bisherigen Studentenpolitik

Wer heute zu chronistischem Rückblick auf die Nachkriegsjahre ansetzt, sieht allenthalben Studenten sich empören. Protestbewegung oder die Rebellion der Studenten hat man das genannt, damit schon im Begriff die Frage verdunkelnd, ob denn überall dieselben Studenten aus denselben Gründen sich erhöben. Wie heterogen auch immer diese »Bewegung« gewesen sein mag, was 1964 recht heftig begann, fand erst vier Jahre später in der FSZ in Zürich seinen zaghaften Niederschlag. In diesem Rahmen wurden erstmals jene Vorstellungen einer demokratischen Hochschule diskutiert, die bis heute mehr oder weniger bewusst den Horizont der im Amt stehenden Studentenpolitiker bestimmten.

Ebenso wie diese Postulate ursprünglich aus den Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland hervorgingen, sind sie in der Zwischenzeit dort auch längst wieder überwunden worden durch den Zusammenbruch der Studentenbewegung und ihre kritische Selbstreflexion. Die folgende kurze Darstellung ist daher nichts anderes als eine Zusammenfassung dieser Diskussion, soweit die Zürcher Verhältnisse von ihr betroffen werden.

Hochschulpolitik als Gesellschaftspolitik

Der Aufbruch 1968/69 schlug sich in einigen Papieren nieder: dem der FSZ (*»Thesen I/Modell I«*) und den von ihm beeinflussten *»KStR-Dokumenten«* I–III des Honegger-Jochims-Leuenberger-KStR, mit welchem in Zürich erstmals progressive Studentenpolitiker ein repräsentatives Gremium besetzt hatten. Die grundsätzlichen Motive kehren am deutlichsten fassbar in den *»Thesen«* wieder. Die *»Autonomie gegenüber Zumutungen staatlicher und privater Macht«* wird schon im Vorwort für die Universität gefordert, desgleichen die Mitbestimmung aller Gruppen der Universität, *»welche für die übrige Gesellschaft ein Modell demokratischer Ordnung vorbildet«*. Wie beim SDS ist hier der Anspruch gestellt, in der Verfolgung einer Hochschulpolitik eine gesamtgesellschaftliche Strategie zu betreiben: *Hochschulpolitik als Gesellschaftspolitik*. Wir treffen damit auf jene berüchtigte Theorie, die infolge ihrer abstrakt-idealistischen Kapitalismuskritik glaubt, inmitten des monopolkapitalistischen Staates eine Insel frei von Zwängen schaffen zu können, die man als leuchtendes Vorbild, als Modell ins Volk tragen könne, damit dieses (durch die rationalen Argumente überzeugt) sich gegen das repressive System erhebe. Die Gestaltung dieses Freiraums haben sich beide, FSZ und KStR, ähnlich vorgestellt: mit all jenen Reformforderungen, die seither Allgemeingut geworden sind. *In den KStR-Papieren fehlt lediglich der gesamtgesellschaftliche Horizont, der Glaube, mit der Hochschulreform zugleich eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zu befördern.* Die Universität ist, so formuliert es die These 1.15 der FSZ bündig, *»der legitime und kompetente Ort, mögliche Ziele der Gesellschaft und Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung aufzuzeigen«*. Damit bricht ein schwerer Widerspruch im Ansatz ausgerechnet derer auf, die Demokratisierung auf ihr Banner geschrieben haben. *Das Setzen von Zielen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, das heisst die Politik, soll also einem Organ von Fachleuten überlassen und damit den Betroffenen – dem Volk – entzogen bleiben.* Ein klarer Rückfall hinter die Resultate der bürgerlichen Revolution, würde sich doch so die Universität als eine Art aufgeklärter Mensch etablieren. Ganz abgesehen davon, dass jene, die in Wirklichkeit die Ziele setzen; die verschiedenen Fraktionen des Kapitals sich in der Verfolgung ihrer Profitinteressen kaum durch Wissenschafter beirren lassen, mögen sich diese auch noch so sehr einem *»emanzipatorischen Wissenschaftsbegriff«* verpflichtet fühlen. Das ist ohnehin nicht der Fall, denn Klassenlage und Klasseninteressen der fast ausschliesslich bürgerlichen Wissenschafter lassen nur schwerlich erwarten, dass sie den Interessen des Kapitals zuwiderhandeln.

Ausgangspunkt: Nicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse

Schon am bisher Aufgeführten lässt sich der grundsätzliche Fehler im Ansatz aufzeigen: *Ausgegangen wird vom Begriff der Demokratie statt von den tatsächlich gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.* Das konnte nicht ohne verhängnisvolle Folgen für die Strategie bleiben. Vor allem aber hat das eine Analyse der Stellung von Wissenschaft und Hochschulen im Produktions- und Verwertungsprozess des Kapitals verhindert. Weil die Funktionalisierung beider im herrschenden Produktionsverhältnis nur knapp geahnt wird, vermag diese Politik nur mit dem Bestehenden völlig unvermittelte Forderungen aufzustellen. So wird einfach ins Blaue hinein statuiert: *»Die Universität wird die ihr gemässe Aufgabe in der Gesellschaft nur finden, wenn sie die gegebenen Machtverhältnisse kritisch analysiert . . .«*, eine direkte Ableitung aus dem zuvor postulierten emanzipatorischen Wissenschaftsbegriff. Oder: Die am Lehr- und Forschungsprozess Beteiligten sollen *»ohne Standesdünkel* und *im Widerstand gegen jede Form von Unterdrückung . . .* in *freigewählter Tätigkeit in der Gesellschaft ihre Kenntnisse einsetzen«*. Die Strategien, die zu einer so schönen Hochschule führen, bleiben denn auch notwendigerweise diffus: Immerhin dämmert noch die Erkenntnis, dass eine solche Universität *»nicht das Geschenk der Obrigkeit«* sein kann, eine Einsicht, die von dem eindrücklichen Bekenntnis gekrönt wird: *»Die neue Universität wird das Werk der an der Universität in Forschung, Studium und Lehre arbeitenden Menschen sein, die sie in persönlichem Einsatz fordern.«*

Neben den zentralen Axiomen Autonomie und Demokratisierung gingen zahlreiche weitere Voraussetzungen in das Verständnis der Studentenpolitiker ein, die wir später noch streifen werden; so beispielsweise ein Vertrauen in die Institutionen des formaldemokratischen Rechtsstaats, das nicht durchschaut, dass diese von ihrer Konstruktion her schon ein Mittel der Durchsetzung der Klasseninteressen der Bourgeoisie darstellen.

Student Dower . . .

Versuche der politischen Durchsetzung

Mit dem Konzept einer emanzipatorischen Wissenschaft und der Demokratisierung der Hochschule im Hintergrund hatte die Studentenschaft etwa folgende Politik betrieben, um ihre Reformpostulate durchzusetzen: Sie stellte Forderungen an die verschiedenen Professorengremien, drohte mit Sanktionen, falls diese nicht erfüllt wurden. Sie wurden dann auch mit schöner Regelmässigkeit nicht erfüllt, darauf Protest: Man tobte ein bisschen, mal mehr, mal weniger. Nach kurzer Zeit stellte man neue Forderungen, welche – der durch die vorangegangene Ablehnung veränderten Ausgangslage entsprechend – geringfügiger ausfielen. Erneute Ablehnung, wiederum Protest usw. usw. Mit der Zeit lernten dann die Professoren, Forderungen nicht mehr schroff und pauschal abzulehnen, um nicht unnötig den Pegel der Empörung zu heben. Sie entwickelten dazu teilweise recht raffinierte Techniken: Ablehnung in homöopathischen Dosen (Weiterschieben von Entscheidungen durch die verschiedenen Instanzen, gekrönt mit wechselseitigem Sich-als-unkompetent-Erklären), Kommissionsbildung als Ablehnungsersatz, und sie fällten negative Entscheide mit Vorliebe eine Woche vor Beginn der Semesterferien. Wenn der tatsächliche oder eingebildete Nachdruck ihnen das zu erfordern schien, machten sie gar Zugeständnisse, die sie nichts kosteten, weil sie ihre Position nicht schmälerten.

Diese Forderung-Ablehnung-neue-Forderung-Politik (kurz: FAF) brachte die Studentenschaft nun in völlige Abhängigkeit von den Beschlüssen der Professoren. Derart unter Zugzwang gebracht, wurde die studentische Politik im Wortsinn reaktionär. Sie mussten den Professoren die Initiative überlassen, war ihrer Verschleppungstaktik wehrlos ausgeliefert und – das ist der Witz der Sache – zerstörte schrittweise die Basis selbst, auf der diese Politik letztlich beruhte: der Bereitschaft einer grossen Zahl informierter Studenten, sich für die Reformen aktiv einzusetzen. Die FAF-Politik spielte der Professorenschaft die Möglichkeit zu, den Interessenkonflikt von den antagonistischen Parteien (Studenten – Professoren) abzuziehen und in stille Kommissionen zu verlegen. *Vom Sitzungszimmer aus konnte er dem Basisstudenten nur mehr schwer vermittelt werden, die Auseinandersetzung zwischen in Abhängigkeit gehaltener Studentenschaft und selbstischer Ordinarienherrschaft reduzierte sich auf persönliche Querelen einzelner Vertreter.* Die Verletzung der Lerninteressen aller Studierenden verkürzte sich auf die Kränkung einzelner Studentenfunktionäre – und wurde von diesen auch zunehmend so erfahren. An ihrer Frustration nahmen bestenfalls die ständig isolierteren Repräsentativorgane und die sie unterstützenden politischen Gruppen schmerzlich Anteil.

Das Resultat: Privatisierung der Konflikte

Wie nun *der Konflikt selbst zunehmend gleichsam privatisiert wurde*, er vor der Virulenz- zur Latenzphase regredierte, geriet der Konfliktgegenstand immer abstrakter: Reform von Bildung und Universität. Nicht nur konnte sich der Student nicht mehr als Betroffener erkennen, er verstand auch nicht mehr, dass der Streit um seine Sache ging.

Beispielsweise hat die Auseinandersetzung in der Reformkommission die Frage *»Wollen die Professoren die Strukturreform verhindern?«* auf die Alternative gebracht, ob zwei Arbeitsgruppen mit genau umschriebenen Aufgaben oder beliebig viele mit unbestimmtem Pflichtenheft eingesetzt werden sollen. Darüber, dass niemand mehr begriff, dass damit zur Debatte stand, ob die Strukturreform noch eine letzte Chance hat oder nicht – darüber wundert sich wohl keiner. (Hätten nämlich die Arbeitsgruppen kein Pflichtenheft bekommen, so wäre es möglich gewesen, die ungeliebte Strukturreform aus dem Arbeitsprogramm zu eliminieren.)

Deshalb führt die FAF-Politik zu ihrer Selbstauflösung, weil die Studenten ihr schliesslich weder Interesse noch Verständnis entgegenbringen. Weil sie nicht verstehen, kämpfen sie nicht mit. So bleiben die Funktionäre mit ihren Forderungen allein, und die Voraussetzung ihrer Politik (die Bedingung der Möglichkeit ihres Erfolgs) entfällt: der Druck einer grossen Zahl informierter Studenten, welcher die Ordinarien zuallererst zum Nachgeben zwingt.

Der Automatismus der »Minimalforderungen«

Eine andere, nicht weniger verheerende Folge der FAF-Politik hat letztlich den Anstoss zu diesem Papier gegeben. Die FAF-Politik kann auch unter folgendem Aspekt gesehen werden:

Die jeweils erhobenen *»Minimalforderungen«* wurden mit jedem Mal kleiner, bis durch diese Minimalisierung der Reformpostulate die Erinnerung an das Konzept entschwunden war, dem sie ursprünglich entstammten. *Das ist die Wurzel* des (heute selbst schon von der bürgerlichen Presse beklagten) *Theorieschwundes der progressiven Studentenpolitiker. Sie leben aus der Konkursmasse des antiautoritären Bewusstseins und nennen diese Phase selbst dann gerne Pragmatismus.* Dieses konzeptlose Weiterwursteln führt häufig sogar dazu, dass Forderungen erhoben werden, die den Interessen der Studenten zuwiderlaufen. Immer aber hat es zur Folge, dass man sich im Ringen um einzelne isolierte Retouchen verschleisst – und damit als hochschulpolitischer Gegner endgültig aus dem Rennen fällt.

So kann man heute aufgrund der herrschenden Konzeptionslosigkeit nicht entscheiden, ob man sich beispielsweise für eine Aufteilung des Studiums in Grund- und Aufbaustudium einsetzen soll. Das bedeutet nun nichts anderes, als dass *vorerst keine* Reformpostulate verfochten werden sollten – solange eine theoretische Grundlage nicht wenigstens in Umrissen erarbeitet ist. Die Hochschulpolitik dieses KStR ist dadurch bestimmt.

In die FAF-Politik ging eine wichtige Voraussetzung ein, die sie nie ganz durchschaute: dass gegensätzliche Interessen prinzipiell – und vor allem rational – vermittelbar seien. Dies ist genau das *ideologische Substrat der Theorie des Parlamentarismus als institutionalisierter Ausgleich, der in Wirklichkeit eine Form bürgerlicher Klassenherrschaft darstellt.* Die Vermittlung ist allenfalls denkbar unter der Bedingung, dass nur die Vertreter einer einzigen Klasse im Parlament sitzen. Wenn wir von antagonistischen Interessengruppen in der Universität gesprochen haben, so wollen wir damit weder die Ordinarien noch die Studenten oder gar den Mittelbau zu Klassen im marxistischen Sinn befördern, sondern lediglich feststellen, dass in der traditionellen Ordinarienuniversität Lehr- und Lerninteressen uns beinahe vollständig unvermittelbar scheinen. Dieser mittlerweile naive Glaube der Studenten an die Macht des Arguments, Machtpositionen und Privilegien aufzulösen, hat immer wieder den Durchbruch zu einer reinen, illusionslosen Druckpolitik (*»Student Power«*) verhindert. Damit unterstellen wir nun aber nicht, das Zurückweichen der Ordinarien sei lediglich vom Druck der Studentenmassen bestimmt. Nachdem die Universität kein gesellschaftlich autonomes Gebilde ist und sich handfeste Klasseninteressen an sie klammern, ist das Glacis, über das sich die Ordinarien zurücktreiben lassen, ohne dass ein Eingriff von *»aussen«* erfolgt, recht beschränkt.

Konfliktstrategie

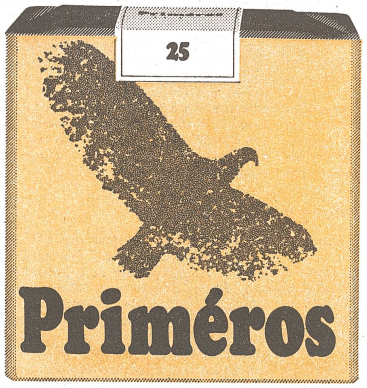
Der Konflikt muss wieder an den antagonistischen Interessengruppen selbst festgemacht werden. Auseinandersetzungen in Kommissionen sind ganz allgemein nur dann am Platz, wenn der bereits politisch ausgetragene Konflikt eine grundsätzliche Einigung schon erbracht hat.

Das heisst nun: Eine *echte Konfliktstrategie jenseits des traditionellen Putschismus* muss angestrebt werden. Eine solche kann jedoch nicht heute schon auf gesamtuniversitärer Ebene praktiziert werden, dazu fehlen vorerst die Leute – und nicht unwichtig – eine gesicherte theoretische Grundlage. Deshalb muss die nötige Motivation von der *»Basis«* her, d. h. von der konkreten Studiensituation in den einzelnen Fächern her, aufgebaut werden. Dort, wo die Interessen der Studierenden (die wir vorerst ohne nähere Bestimmung einführen) unmittelbar verletzt werden – das Studium sie inhaltlich unbefriedigt lässt, sie mit seinen formalen Zwängen in Konflikt geraten (obligatorische Lehrgänge, autoritäre Wissensvermittlung, Prüfungsdruck, Numerus clausus etc.), seine materiellen Bedingungen sie treffen (Wohnungsnot, geringe Stipendien, soziale Vereinzelung; mangelnde Arbeitsplätze, Mangel in Seminarien und Bibliotheken etc.), oft ohne dass sie dies zu artikulieren vermöchten –, dort muss die konkrete politische Arbeit einsetzen.

Es muss den Studenten verständlich werden, dass das Unbehagen am Arbeitsplatz nicht durch isolierte Änderungen auf Seminarebene behoben werden kann, dass dazu die gesamte Universitätsstruktur geändert werden müsste. Müsste, denn wie wir bereits gesehen haben: Ist der Spielraum für Reformen im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse beschränkt, so kann eine bestimmte Grenze nicht überschritten werden, ohne dass gleichzeitig der Durchbruch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen gelänge. Welche Strukturen der

(Fortsetzung Seite 11)

Priméros



Fr. 1.25 **25 Cig.** **Zündstoff**

Eine neue Cigarette, die den Rahmen sprengt.

Der Tabak: dunkel wie die Nacht.

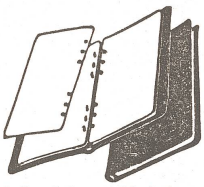
Das Format: kurz, dick, unelegant.

Der Filter: kein wissenschaftliches Laboratorium.

Der Preis: nicht der Rede wert.

BIELLA

Ringbücher und Kollegbücher



Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben, mit 2, 3, 4 und 6 Ringen, elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

Sonnegg-Drogerie

Die Studierenden wissen, dass sie bei uns sämtliche Toiletten- und Parfümerie-Artikel finden und besonders freundlich und gut bedient werden.

Sonneggstrasse 27, Zürich 6
beim Poly, **Tel. 47 64 59**
A. Rüedlinger

Der AUSTIN Mini hat's geschafft. Dank seiner Vielseitigkeit. Als Erstwagen, als Zweitwagen, als Flitzer, als Stadtwagen, als Kombi, als Wagen aller Altersstufen. Aussen Mini, innen Maxi. Und vor allem: nicht umzuwerfen. Millionen wissen warum. Sein Preis: ab Fr. 5990.–

AUSTIN Mini

Emil Frey AG
Badenerstrasse 600, 8048 Zürich
Telefon 051/545500

Die ideale Portable...

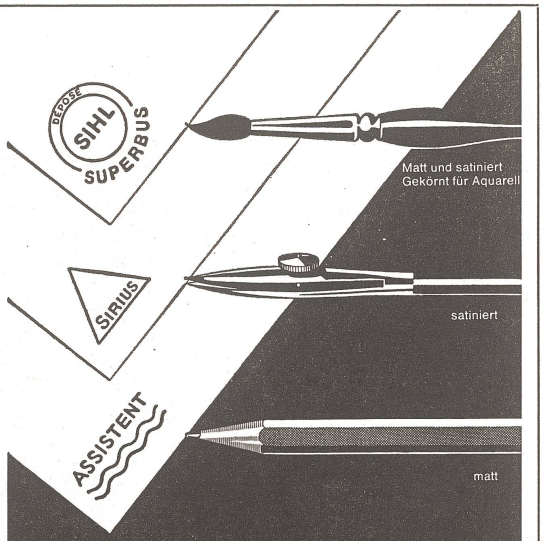
... die FACIT 1620, weil sie Ihnen den gleichen Komfort wie eine grosse Büro-Schreibmaschine bietet! Schöne Schriften. Eleganter Tragkoffer.

Erhältlich durch die «Zentralstelle der Studentenschaft» und durch die SAB.

FACIT

FACIT-VERTRIEB AG
Löwenstrasse 11
8001 Zürich
Tel. 01/27 58 14

Verkauf auch durch die Fachgeschäfte



3 hervorragende schweizerische Zeichenpapiere. Sie bieten eine bisher nirgends erreichte optimale Lichtbeständigkeit. Ein Vergilben ist nicht mehr möglich. Lassen Sie sich schon bei der nächsten Gelegenheit durch einen kritischen Vergleich augenfällig überzeugen.

SIHL

ZÜRCHER PAPIERFABRIK AN DER SIHL ZÜRICH.

(Fortsetzung von Seite 9)

Universität nun auf der Stufe dieser bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt veränderbar sind, kann nur aufgrund einer genauen Analyse der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der konkreten Praxis erprobt werden. Dieser beschränkte Spielraum, innerhalb dessen Verschiebungen möglich sind, muss genutzt werden, um einen (erwiesenermassen kleinen) Beitrag an die Entstehung der materiellen Basis der folgenden sozioökonomischen Epoche im Schoss der vorhandenen Produktionsverhältnisse zu leisten.

Ausgangspunkt: Verletzung der vitalen Interessen

Ausgangspunkt unserer Politik ist die *Verletzung der vitalen Interessen der Studenten.* Wir müssen zeigen, welche Ausschnitte beziehungsweise welche Interpretation seines Fachgebiets ihm die bürgerliche Wissenschaft vorsetzt und wieso diese und nicht vielmehr andere; fachspezifisch die Berufsperspektiven, die ihm diese Gesellschaft bietet beziehungsweise nicht bietet. Gelingt es, an seine Interessen anzuknüpfen, so lernt er die Widersprüche innerhalb seines Fachbereichs und dessen konkreter Organisation artikulieren, und sein Interesse für diese Politik auf gesamtuniversitärer Ebene wird allererst wieder wach. Erst dann kann wieder mit einem weiteren Potential gerechnet werden, das von klar umrissenem Standpunkt aus zu längerfristigem Einsatz in der Hochschulpolitik motiviert ist.

Während dieser Phase der Arbeit in den Instituten muss und darf jedoch die *Aktivität auf gesamtuniversitärer Ebene nicht eingestellt werden. Die traditionelle FAF-Politik ist dabei natürlich völlig obsolet. Materielle Reformforderungen können erst aufgestellt und durchgesetzt werden, wenn die geschilderte Aufbauarbeit geleistet ist.* Dann werden sie auch inhaltlich gefüllt und nicht mehr im Abstrakten steckenbleiben wie die traditionelle Forderung nach Mitbestimmung bis anhin. So lange gilt es – gesamtuniversitär – nicht, objektive Fortschritte *(»Strukturreform«)* zu erzielen, sondern im Bewusstsein derer, die dereinst Fortschritte erzielen werden. *Die gesamtuniversitäre Aktivität in dieser Phase hat einzig und allein zum Zweck, die in den Instituten geleistete Bewusstseinsarbeit zu unterstützen, objektive Resultate können allenfalls gleichsam als Nebenprodukte abfallen – aber nur so, dass sie dem Hauptziel nicht zuwiderlaufen.* Zustände und Ereignisse, die mit dem, was der Student in den Instituten unmittelbar erfährt, in einfachen Zusammenhang gebracht werden können – so dass sie auf sein Verständnis und Interesse stossen –, müssen in Kampagnen aufgegriffen werden. Die derart verwertbaren Vorfälle können ursprünglich durchaus lokalen Charakter aufweisen – *nur im Speziellen tritt das Allgemeine auf* – müssen aber die Grundübel der bestehenden Hochschule paradigmatisch sichtbar machen.

Berufungsfälle, politisch erklärbare Schikanen gegenüber Studierenden, Relegationen, Abwürgung herrschaftsgefährdender Wissensvermittlung, »repressive« Prüfungsformen etc. gehören in diese Kategorie. Die in solchen Vorfällen waltenden Mechanismen müssen deutlich aufzeigbar sein und eventuell an bestimmten Personengruppen festgemacht werden können, aber nur so, dass sie nicht als Auswüchse individueller Boshaftigkeit fehlinterpretiert werden können. Dazu kann das traditionelle Instrumentarium dienen, direkte Aktionen: Besetzungen, Streiks, Demonstrationen. Damit soll natürlich nicht einer Renaissance der antiautoritären Konfliktstrategie das Wort geredet werden. Diese Aktionen haben – das sei erneut betont – nicht zum Zweck, Reformen, neue Strukturen durchzusetzen, sondern die alten bewusst zu machen und als veränderbar erscheinen lassen. *Bewusstseinsbildung durch Aktion hebt sich von der falschen Vorstellung ab, die zuerst informieren will und dann mit den Informierten (= »den Bewussten«) Aktionen durchführen.* Als Handelnder wird er emotionell gepackt und damit tiefer zur Information motiviert, gleichzeitig lernt er das Gefühl persönlicher Ohnmacht überwinden: Zwischen beiden Momenten spielt eine Dialektik.

Haben diese Konfliktpolitik, welche die Arbeit in den Instituten begleitet, und diese selbst ein Bewusstsein geschaffen und damit die Studenten gleichzeitig mobilisiert, kann der Uebergang zu einer Politik der Durchsetzung von Forderungen durch Druck vollzogen werden.

Kapital und Wissenschaft in der Schweiz

Dieses Kapitel stellt einen Versuch dar, die Verhältnisse, unter denen Wissenschaft in der Schweiz sich in der nächsten Zeit entwickeln wird, darzustellen; nur einen Versuch darum, weil heute keine umfassenden Analysen oder auch nur Darstellungen von der gegenwärtigen Konstellation des Kapitals in der Schweiz vorliegen – und das ist eine notwendige Voraussetzung, um eine solche Arbeit vollständig zu leisten. Der Versuch muss aber trotz den unzureichenden Unterlagen unternommen werden, um die Bedingungen, denen eine sozialistische Studentenpolitik unterstellt ist, im voraus abschätzen zu können. Er soll aber auch aufzeigen, wo seriöse Unterlagen noch beschafft werden müssen.

Die heutige Situation ist gekennzeichnet durch die Konzentrationsbewegungen des Kapitals. Fusionen und Zusammenschlüsse der grossen Gesellschaften häufen sich in letzter Zeit und bereiten den Weg zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Widerstände gegen solche Konzentrationen stammen zumeist aus den Kreisen der kleinen Kapitalien, die zu Recht befürchten, in absehbarer Zeit aufgesogen zu werden. Der fungierende Grosskapitalist kann zu seiner Rechtfertigung allerdings jederzeit anführen, diese Kapitalbewegungen seien notwendig, um das System zu erhalten: Vertikale Fusionen erhöhen den Profit, horizontale helfen Risiken vermeiden, und Diversifikationen sind dazu da, Krisen besser zu überstehen. Damit ist jede politische Gruppierung, die Wohlstand mit Erhaltung der Arbeitsplätze gleichsetzt, gezwungen, diese Tendenz zu unterstützen.

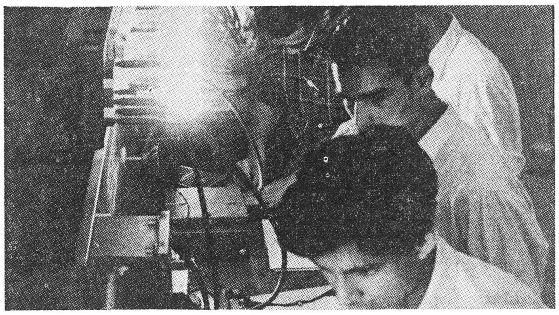
Wenn die Kleinkapitalien trotzdem diesen Konzentrationen entgegentreten können, so aus verschiedenen Gründen: Das Grosskapital realisiert das bisher vorherrschende extensive Wachstum durch Investitionen im Ausland und lässt so den Kleinen vorerst noch genügend Spielraum. Vor allem aber hat das noch unvollständig machtausübende Grosskapital vorläufig ein gewisses Interesse an der Erhaltung der reaktionären Fraktion, denn diese ist der beste Garant zur Stützung des kapitalistischen Systems – bis die fortschrittliche Fraktion ihre Macht konsolidiert hat. Rechtsfreisinn und Gewerbeverband sind aber nicht nur Hüter der Macht gegenüber allfälligen Ansprüchen von links, sie können auch zur Neutralisation der »anti«-kapitalistischen Bewegung um den Gesundschrumpfungsideologen Schwarzenbach benutzt werden. Diese wiederum müsste eigentlich alle Bestrebungen zur Einsparung von Arbeitskräften unterstützen, denn nur so kann die Fremdarbeiterplafonierung aufrechterhalten werden. Das aber bedeutet, dass die nationalistische Bewegung auch Rationalisierungsbestrebungen in jedem Fall unterstützen müsste.

Nun führt der fungierende Kapitalist Rationalisierungsmassnahmen allerdings nur durch, um eine Steigerung der Produktivität zu erreichen, wobei aber die Produktionsbetriebe des Grosskapitals sich bevorzugt zur Durchführung solcher Massnahmen eignen. Die Forderung nach Einsparung von Arbeitskräften führt damit zu einer Schwächung der Kleinkapitalien gegenüber dem Grosskapital und bewirkt damit genau das Gegenteil der eigentlich angestrebten Schrumpfung – es sei denn, die Verlegung der Produktionsbetriebe in Länder mit Produktivkräfteüberschuss erweise sich als profitträchtiger. Der Abzug der Produktionsstätten vermindert aber das von den bürgerlichen Wirtschaftspolitikern hochgehaltene Wirtschaftswachstum. Dieses jedoch muss erhalten bleiben, um den Ausgebeuteten einen scheinbaren Wohlstandszuwachs vorweisen zu können, der die Funktion der Verschleierung der tatsächlichen Ausbeutung bis jetzt jedenfalls trefflich erfüllt hat.

Das somit systemsichernde Wirtschaftswachstum lässt sich nur erreichen durch vermehrte Konzentration des Kapitals, was die Kleinkapitalien zum Verschwinden bringt und die fortschreitende Subsumtion des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozess bewerkstelligt. Sind die derart verbesserten Machtverhältnisse des Grosskapitals genügend weit gediehen, so hilft eine geschickt inszenierte Wirtschaftskrise, die hinderlichen Ueberreste der kleinen Kapitalien auszuschalten.

Eine neue Qualität des Wissenschafts- und Forschungsprozesses

Die neue dritte Phase der Subsumtion, unumgänglich zur Erhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ist in der Schweiz höchstens formell erkennbar. Die Schwierigkeiten zur Realisierung der Subsumtion sind da beträchtlich grösser als in Staaten ähnlich fortgeschrittener Industrialisierung: Die neuen Technologien als äusseres Kennzeichen der dritten Phase erfordern eine neue Qualität der Forschungsorganisation, nämlich eine gesamtkapitalistisch durchgeführte. Von den hierzu notwendigen Voraussetzungen sind aber die wenigsten erfüllt: Beispielsweise genügt der Bund dem Anspruch der Bereitstellung eines zentralen Machtapparates überhaupt nicht. Bei einem Jahreshaushalt in der Grösse des Umsatzes einer Maschinenfabrik (Sulzer) kann wohl kaum von Macht gesprochen werden. Allerdings sind überall die Vorarbeiten für die neuen Strukturen erkennbar. Wenn sich Grosskapitalien wie Sulzer und BBC zusammenschliessen, so vorerst nur zur Vorbereitung der gemeinsamen Entwicklung von neuen Technologien unter Ausnützung der konzerneigenen Forschungskapazitäten. Aehnliches gilt für die Fusionen in der Basler Chemie und der Nestlé-Gruppe.



Verwissenschaftlichte Produktionsprozesse

Die Planung der neuen Produktionsmittel geschieht also zunächst ohne Mitwirkung des Staates. Gleichwohl arbeiten bereits verschiedene Gremien daran, Zielsetzungen im kapitalistischen Gesamtinteresse vorzunehmen, Instrumente zur Realisierung bereitzustellen und durch den Einbezug von Industriellen oder Kapitalfunktionären künftige staatsmonopolistische Planifikationszellen vorzubereiten. So werden heute schon bestimmte Infrastrukturleistungen erbracht, die vorläufig noch ungenutzt bleiben müssen und nur im Hinblick auf die systemnotwendige Entwicklung des Produktionsprozesses zu verstehen sind. Die neuen Technologien sind auf hochleistungsfähige Forschung angewiesen. Unter diesem Gesichtspunkt erhalten bestimmte hochschulpolitische Entscheidungen der letzten Jahre eine neue Bedeutung: übermässiger ETH-Ausbau, Biozentrum in Basel, vorläufig untaugliches Hochschulförderungsgesetz. Solche Aufwendungen dienen zur Bereitstellung der fungiblen Produktionsintelligenz, eine weitere der Voraussetzungen zur qualitativen Aenderung der Subsumtion.

Hochschulpolitik im Interesse des Kapitals

In der Phase der dritten reellen Subsumtion begibt sich der Staat in den Dienst des Kapitals und wandelt sich damit zum reellen Gesamtkapitalisten. Bereits in der zweiten reellen Subsumtion stellt der Staat dem fungierenden Grosskapitalisten die auf Kosten der Gesamtgesellschaft ausgebildeten Spezialisten der technischen und Naturwissenschaften zur Verfügung und verhilft gar zur Perfektionierung der Kontrolle der Ausgebeuteten, indem er die herrschaftsfördernden Kader bereitstellt: Lehrkörper und Berater aller Art wie Soziologen und Betriebspsychologen erkunden und beherrschen den hintersten Winkel gesellschaftlicher Bereiche.

Der fehlende Schritt zum Vollzug der dritten reellen Subsumtion besteht nur noch drain, dass Staat und Grosskapital gemeinsam die Forschungsplanung und den Kapitalvorschuss leisten. Das setzt aber voraus, dass der Staat den Dienst der Bereitstellung der Produktivkräfte schon vor dem letzten Schritt erfüllt. Nachdem 1964 der Bericht Labhardt diesen Dienst des Staates als ungenügend bezeichnet hatte, was begreiflicherweise landesweites Aufsehen erregte, wurden Massnahmen ergriffen, um diesen Mangel zu beheben, der, weil er die notwendige Weiterentwicklung des Kapitals verhindert hätte, eine Bedrohung für das kapitalistische System geworden wäre. Aber noch 1971 musste Kneschaurek feststellen, dass die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern ähnlichen Industrialisierungsgrades eigentlich dreimal mehr Akademiker aufweisen müsste, um das Bruttosozialprodukt zu erreichen – das sie trotzdem bereits ausweist.

Keine Einigung über die Zahl der benötigten Akademiker

Konnten sich bisher die verschiedenen Fraktionen des Kapitals über die notwendige Zahl der Akademiker nicht einigen, so ist zu erwarten, dass die Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen über die notwendigen Studienänderungen sich noch verschärfen wird. Denn für das Kapital in der zweiten Phase der reellen Subsumtion genügt die althergebrachte Organisation der Hochschule, die benötigten Führungskader und Produktionswissenschaftler auszubilden. Studienreform bedeutet für diese hoffnungslos rückständigen Kapitalisten höchstens: *Effizienzsteigerung, Straffung des Studiums, Verschärfung der Zwischenprüfungen, Aenderungen also ohne inhaltliche Verbesserung des Studiums, die in der Schweiz ausgerechnet bei den Naturwissenschaften durchgeführt wurden.* Das reaktionäre Kapital hat noch nicht einmal eingesehen, dass zur Erhaltung des kapitalistischen Systems dieses sich entwickeln muss und dazu auch eine neue Qualität von Hochschulabsolventen geschaffen werden muss. Deswegen seinen Einfluss auf die Hochschulpolitik der nächsten Zeit zu unterschätzen, wäre allerdings falsch.

Hochschulreform ohne Experimente

Wie wir erläutert haben, sind die Interessen der fortschrittlichen Fraktion des Kapitals an einer Hochschulreform grundsätzlicher Art. Sie muss, um Produktivkräfte zur Realisierung der dritten reellen Subsumtion zu erhalten, den Staat dazu zwingen, Hochschulabsolventen unterschiedlicher Qualifikation und mit interdisziplinären Studiengängen auszubilden. Tendenziell müssten in der Schweiz solche Forderungen beispielsweise von der *Gesellschaft für Hochschule und Forschung* (GFH) oder von den fortschrittlichen Kräften des Vororts des *Schweizerischen Handels- und Industrievereins* erhoben werden. Zweifellos wird dies aber erst dann geschehen, wenn gesichert ist, dass die Durchführung der Aenderungen nur zur Verbesserung der kapitalistischen Produktionsbedingungen dienen kann. Experimente kann die oppositionelle Ruhe-und-Ordnungs-Fraktion niemals erlauben. Die Unterstützung der Technokraten für Reformbestrebungen der Studentenpolitik in ihrem Sinn wird deshalb zumindest in nächster Zeit nicht erfolgen.

Der Subsumtionsprozess der Wissenschaft unter das Kapital wird sich, solange die Kräfte der kapitalistischen Fraktionen sich neutralisieren, noch für einige Zeit mühsam dahinschleppen. Diese für das Grosskapital unbefriedigende Situation kann dieses dazu zwingen, die Ausbildung seiner Kaderkräfte selber vorzunehmen, z. B. in konzerneigenen Schulungskursen oder in speziellen, nichtstaatlichen Instituten. In der Schweiz bestehen bereits mindestens sieben Institute zur Aus- und Weiterbildung der mittleren und höheren Kader. Es zeigt sich, dass, wo irgendwelche Schwierigkeiten erwartet werden können, *das Kapital von seinem Grundsatz, die Ausbildungskosten zu sozialisieren, abweicht und eher die Kosten aufbringt, wenn es dafür die Ausbildung unter vollständiger Kontrollle halten kann.*

Denn zu den ausseruniversitären Schwierigkeiten bei der notwendigen technokratischen Reform, die vom reaktionären Kapital, und inneruniversitären, die durch Studentengruppen verursacht werden, summieren sich noch die Widerstände der reaktionären Professorenschaft. Deren subjektiven Interessen entsprechen die Forderungen des reaktionären Kapitals (Studienzwänge) eher als die grundlegenden Aenderungen der Produktionsverhältnisse, die objektiv von der fortschrittlichen Fraktion angestrebt werden müssen. Wird im Gegensatz zwischen den verschiedenen Anforderungen der Kleinkapitalien gegenüber dem Grosskapital an die Hochschulen der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sichtbar, so zeigt sich im Vorgehen des fortschrittlichen Kapitals seine Stärke.

Erste Folgerungen

1. Die Fraktion des Grosskapitals ist unter sich ungenügend organisiert, um unter den heutigen Verhältnissen die Interessen der rückständigen Fraktion der Kleinkapitalien rücksichtslos übergehen zu können.

Die Beiträge an das Hochschulförderungsgesetz konnten nicht erhöht werden, weil der Gewerbeverband das Referendum androhte.

2. Vom Staat sind noch keine wissenschaftspolitischen Richtlinien ausgearbeitet worden, er besitzt keinerlei Machtkompetenzen, um Wissenschaftspolitik zu betreiben.

GHF: Weder 1968 noch 1971 ist eine Wissenschaftspolitik erkennbar;

VSS: Dilettantismus;

3. Sowohl die Staatsverwaltung als auch die Fraktionen des Kapitals bauen sich seit einiger Zeit Instrumente auf, die, mit der nötigen Macht geführt, in nächster Zeit einsatzbereit gemacht werden können.

4. Der Staat wendet viel zuwenig Mittel auf, um Forschungsorganisationen auf der Stufe der dritten reellen Subsumtion aufbauen zu können.

CH 20% des gesamten F- und E-Aufwandes 1967

BRD 50% des gesamten F- und E-Aufwandes 1968

USA 62% des gesamten F- und E-Aufwandes 1968

5. Die politischen Machtstrukturen zur Realisierung der dritten Subsumtion bestehen nicht.

Gesamtkapitalist kann nur sein, wer über Grosskapital verfügt. Der Bund hat es nicht. Die kleinen Kapitalien können vom Grosskapital nicht ohne Krise aufgesogen werden, das Grosskapital muss vorläufig auf die reaktionäre Fraktion Rücksicht nehmen.

6. Die Forschungskapazitäten zur Realisierung der dritten Subsumtion sind nicht vorhanden.

Die Querschnittsvergleiche von Kneschaurek ergeben, dass die Schweiz ihrem BSP entsprechend viel zuwenig Akademiker aufweist.

Durch die Plafonierung der arbeitenden Ausländer sind der Einfuhr von Arbeitskräften Grenzen gesetzt.

7. Die progressive Fraktion des Kapitals, die ein vitales Interesse an der Entwicklung der Hochschule haben müsste, hat bis heute keine wesentlichen Anstrengungen unternommen, den für sie ungünstig erscheinenden Missständen abzuhelfen.

Ein massiver Einsatz von Propaganda hätte das Gewerbeverband-Referendum ebenso zu Fall bringen können, wie der Strickhof durchgepeitscht wurde. Wesentliche Vorstösse in Parlamenten sind in letzter Zeit nicht vorgekommen.

8. Das Kapital verwendet einen grossen Anteil seiner Forschungsinvestitionen auf Anlagen im Ausland.

1967 wurde ein Viertel der vom schweizerischen Kapital finanzierten Forschung im Ausland investiert.

9. Das progressive Kapital ist an einer Anpassung der Infrastrukturen an die Bedingungen der dritten reellen Subsumtion nicht interessiert, da es dank seiner internationalen Verflechtung für seine Forschung die ausserschweizerische staatsmonopolkapitalistische Grossforschung zu nutzen vermag und durch die Ausbeutung der ausserschweizerischen Ausbildungskapazitäten sich enorme Kosten spart.

10. Eine technokratische Hochschulreform-Offensive, wie sie in der BRD durchgeführt werden soll, kann in der nächsten Zeit in Zürich nicht durchgeführt werden.

Da die einzigen potentiellen Interessenten mit genügender Macht, eben das Grosskapital, an einer solchen Reform nicht aktiv interessiert sind, als mögliche Interessenten höchstens Studenten in Frage kommen, denen aber die kleinen Kapitalien entgegenstehen, die nur an einer pseudotechnokratischen Reform interessiert sind, wird es in Zürich zu einschneidenden Verschärfungen des Studienbetriebes kommen.

(Auswahl der Kapitel, Kürzungen innerhalb der Kapitel, Auszeichnungen und Zwischentitel von der Redaktion)

In eigener Sache: Fragen an den zs-Leser

Es liegt im Interesse jeder Leitung, von Zeit zu Zeit die Meinung ihrer Leser in Erfahrung zu bringen, besteht doch dauernd die Gefahr, dass die Redaktoren ins Leere schreiben: Sei es, dass sie nicht verstehen, Information und Analyse dem Leser adäquat, d. h. verständlich, zu vermitteln; sei es, dass sie die Bedürfnisse des Lesers ignorieren.

Darüber hinaus ist die »zs«-Redaktion ganz allgemein an der Kritik ihrer Leser interessiert. Der »zs« erlaubt sich deshalb, an seine Leserschaft einige Fragen zu stellen. Die Antworten sollen in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.

Es ist zu erwarten, dass der »zs« nicht von allen mit der gleichen »Intensität« gelesen wird. Wer liest den »zs« überhaupt?

Das Interesse am zs scheint oft nur sehr minim zu sein, was sich für die Redaktion vor allem an der äusserst spärlichen Dotierung der jedermann offenstehenden Rubrik *Echo* zeigt. Welches sind die Gründe für dies mangelnde Interesse?

Aufgabe und Funktion des zs

Eine (Studenten-)Zeitung kann nicht nur informieren – vom konkreten Charakter der Information vorerst einmal abgesehen, sondern auch gezielt Meinungsbildung betreiben. Welchen Schwerpunkt soll sich der zs setzen: *Information* oder *Meinungsbildung* oder eine Mischung von beiden?

Der zs ist das »*Offizielle Organ*« der Studentenschaften (Uni, ETH, VSD). Die Redaktoren, die bekanntlich von den Studentenparlamenten gewählt werden, sind nach Vertrag verpflichtet, verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Genügt der zs seit dem letzten Herbst diesem »pluralistischen« Obligat? Ist dieses Obligat überhaupt sinnvoll?

Jede Zeitung hat ihr Zielpublikum. Das Wissen um den Charakter dieses Zielpublikums ist eine unabdingbare Voraussetzung für die redaktionelle Arbeit. Die jetzige redaktionelle Konzeption ist ausschliesslich auf das studentische und das der Hochschule sonst auf irgendwelche Weise nahestehende Publikum ausgerichtet. Der Kioskverkauf des zs wurde denn auch – wegen der leicht zu verstehenden Absatzschwierigkeiten – schon im Oktober des letzten Jahres eingestellt.

Soll weiterhin eine Zeitung »ausschliesslich« für Studenten gemacht werden? Oder soll der zs ein *Informationsblatt der Studenten für die Bevölkerung sein*, also auch an andere Bevölkerungsgruppen verteilt werden? Was würde das für Inhalt und Gestaltung der Zeitung bedeuten?

Inhalt

Seit letzten Herbst strebt die Redaktion eine einigermassen klare Unterteilung der Zeitung an:

1. Bund

- Hochschulpolitische Informationen unter den Zeichen Uni, ETH, VSD, VSS
- Analysen zur Hochschul- und Bildungspolitik
- Letzte Seite des ersten Bundes: Präsentation eines aktuellen Themas (Zur Sache)

2. Bund

- Information und Analysen zu anderen Themenkreisen
- Kultur (Theater und Film)
- Mitteilungen

Die brennende Aktualität bildungspolitischer Fragen brachte es mit sich, dass auch im zweiten Bund oft Analysen zu Bildungsfragen zu finden waren.

Ist eine derartige Gliederung der Zeitung sinnvoll? Könnte diese Gliederung noch verbessert werden? Wie?

In bezug auf den Inhalt: Was fehlt? Welche Themenkreise sollten einmal behandelt werden? Was ist ungenügend? Was ist überflüssig? Liegen die im letzten halben Jahr gesetzten Schwerpunkte richtig oder nicht?

Gestaltung

Der Wunsch, nicht nur blosse Information, sondern auch tiefere, einem minimalen wissenschaftlichen Standard genügende Analysen zu vermitteln, hatte zur Folge, dass bestimmte Artikel oft auf mehrere Nummern aufgeteilt werden mussten. Ist das sinnvoll? Sind die Artikel zu lang?

Wie steht es sonst mit der Gestaltung? Was ist ungenügend, was könnte verbessert werden?

Ist der zs zu umfangreich?

Erscheinungsweise

Bekanntlich erscheint der zs in jedem Semester in vier Ausgaben. Diese Erscheinungsweise hat zur Folge, dass es sich beim zs eigentlich gar nicht um eine *Zeitung*, sondern um eine *Zeitschrift* handelt, deren *Aktualitätsgehalt* relativ gering ist, deren Schwerpunkt auf der *Analyse* des Tagesgeschehens liegt. Sollte der zs vermehrt erscheinen? 6-, 8-, 10mal im Semester? Was spricht für, was gegen ein Erscheinen in kürzeren Zeitabständen?

Die Redaktion

Zur Sache

So sollte unser Redaktionstisch am 22. Juni aussehen

die andere Zeitung

Wie lange noch?

Vor einer Woche hat die Studentenschaft der Universität Zürich bei einer Stimmbeteiligung von 43 Prozent die Gewährung eines Beitrags an die »Bunkerjugend« mit 2600 Nein gegen 990 Ja abgelehnt. Dass dieses Ereignis in der neuesten Ausgabe des »Zürcher Student« ziemlich wehleidig kommentiert wird und dass gleichzeitig darauf hingewiesen wird, die Studenten seien »nicht davon entbunden, die unterprivilegierte Zürcher Jugend zu unterstützen« (eine Jugend, die, zum Beispiel am 1. Mai, sehr kräftig von ihrem Privileg – nämlich ständig zu randalieren – Gebrauch macht), sei nur am Rande vermerkt.

Eine andere Feststellung darf hingegen nicht unkommentiert bleiben. Während die Stimmbeteiligung bei der Abstimmung über die »Unterstützung der unterprivilegierten Jugend« 43 Prozent betrug, wurden die letzten Wahlen für die studentischen Behörden, den Grossen und den Kleinen Studentenrat, mit einer Stimmbeteiligung von 20 Prozent durchgeführt. Wundert sich da jemand, wenn sowohl Grosser wie Kleiner Studentenrat wie auch die Redaktion des »Zürcher Student« mehrheitlich aus Angehörigen der Neuen Linken zusammengesetzt sind? Wer's nicht glauben will, lese nur einmal die erwähnte neueste Ausgabe des »Zürcher Student«: »Wider eine kastrierte Wissenschaft«, »Studentenbewegung in Frankreich«, »Einmal mehr: Eine Berufung à huis clos«, »Freie Lehrfreiheit«, »Systematische Ausschaltung kritischer Dozenten« – eine Blütenlese von Titeln aus dieser Nummer. Dass Zeter und Mordio geschrien wird, weil die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich den Lehrauftrag für den APO-Apostel Dr. Rothschild rückgängig gemacht hat, dass der neue Professor für Rechts- und Staatsphilosophie, Dr. Lübbe, angegriffen wird, weil er dem »Bund Freiheit der Wissenschaften« angehört – eine Institution, die sich, nebenbei gesagt, die Verteidigung der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium und der allgemeinpolitischen Meinungsfreiheit gegen den Gesinnungsterror und den Leistungszerfall zum Ziel gesetzt hat – das alles wundert einen angesichts der politischen Zusammensetzung der Redaktion des Blattes wenig. Was aber je länger, je mehr Kopfschütteln hervorrufen muss, ist die Tatsache, dass sich 80 Prozent der Studentenschaft bei den politischen Wahlen desinteressiert zeigen und es dadurch ermöglichen, dass eine kleine, agitatorisch sehr aktive Minderheit sich zum Sprachrohr der Gesamtstudentenschaft aufwirft und in der offiziellen Studentenzeitung vorwiegend eine politische Richtung zum Wort kommen lässt, die man nicht anders als mit dem Ausdruck »Linksfaschismus« bezeichnen kann. Wie lange noch, fragt man sich wirklich. Ist der »Zürcher Student« ein Organ der Neuen Linken oder der Gesamtstudentenschaft? Vertritt das Studentenparlament eine linksradikale Gruppe oder die Studentenschaft? 80 Prozent der Studenten schauen diesem Treiben zu oder sind überhaupt nicht interessiert. Wirklich: Wie lange noch?

Hans Rudolf Christen
(aus: der Landbote, 29. Mai 1971)

Warten auf Echo

Was nachher geschehen soll

Wir oder auch unsere Nachfolger sollen von dieser Umfrage möglichst viel profitieren. Zunächst soll eine ungefähre Standortbestimmung uns Aufschluss über jene Punkte geben, die weiter studiert werden müssen. Vielleicht haben wir auch bestimmte wichtige Aspekte völlig übersehen. Diesen müssten wir im gegebenen Fall unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Bereits im Lauf des Semesters haben wir den Vertragsparteien des »zürcher student«, d. h. den Vertretern der Studentenschaften sowie Exponenten politischer Strömungen an den Hochschulen, ähnliche Fragen vorgelegt. Aus allen Antworten zusammen glauben wir auf die wesentlichsten Ansatzpunkte der Kritik, die grundsätzlichsten Differenzen und die bedeutendsten Vorbehalte schliessen zu können. Aus zeitlichen und finanziellen Gründen müssen wir davon absehen, eine repräsentative Leserschaftsanalyse durchzuführen, die strengen wissenschaftlichen Anforderungen genügt. Es bleibt uns deshalb nichts anderes übrig, als die wichtigsten Positionen herauszuarbeiten und das Spektrum der Meinungen zu präsentieren.

An dieser Stelle werden wir dann auch zu den einzelnen umstrittenen Fragen Stellung nehmen. Um die Unvoreingenommenheit der Leserzuschriften in diesem Punkt nicht zu gefährden, haben wir bisher davon abgesehen, unsere Haltung genau zu explizieren oder zu bestimmten Angriffen (wie etwa dem des Herrn Christen auf dieser Seite) Stellung zu nehmen. Dann werden wir auch sagen müssen, dass nicht nur die Studenten berechtigte Wünsche an unsere Adresse richten dürfen und sollen, sondern auch von unserer Seite Ansprüche an die Studentenschaft (nicht nur an die offizielle) gestellt werden müssen, wenn sich am bestehenden Bild des »zürcher student« irgend etwas ändern soll.

Die Redaktion

Was wir erwarten

Wir erwarten selbstverständlich nicht, dass nun jeder Student zu jeder einzelnen Frage umfassend Stellung nimmt. In allen Fragen spiegeln sich einzelne Aspekte unserer Tätigkeit wider, teils grundsätzlicher Natur, teils mehr ins Detail gehend. Diese Aspekte sind grösstenteils auch in einer Weise miteinander verknüpft, dass die Beantwortung der einen Frage notgedrungen Auswirkungen auf andere Komplexe haben muss.

Wenn sich jemand die Mühe zu einer umfassenden konstruktiven Kritik unserer Arbeit macht und auch auf jene Fragen eingeht, die unbeachtet der jeweiligen Besetzung der Redaktion von prinzipieller Bedeutung sind (wie etwa die Frage nach der Funktion einer studentischen Zeitung), dann um so besser. Wir sind aber auch erfreut über Zuschriften, die nur auf einzelne Punkte eingehen. Dadurch wird es uns möglich sein, die zentralen Anliegen und die stärkste Kritik unserer Leserschaft zu erfassen.

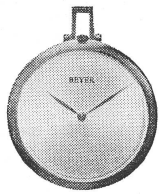
Ueber eines müssen wir uns allerdings klar sein: Falls sich nur jene melden, die den »zürcher student« ohnehin bereits lesen, wird eines unserer zentralsten Anliegen unterschlagen. Wir möchten deshalb alle jene bitten, die den »zs« sonst nur auf seine Titel durchsehen und dann wieder weglegen, kurz deutlich zu machen, warum sie unsere Zeitung nicht lesen, was sie stört, was ihnen fehlt.

Aufgrund unseres Verhältnisses, das uns glauben macht, der »zs« werde insbesondere an der ETH nicht gelesen, möchten wir speziell die Polyaner um möglichst viele Stellungnahmen bitten. Auch Professorenpost würde uns freuen!

Wie? Bis wann? Wohin?

Unsere Zeit ist leider recht knapp. Wir möchten auch deshalb bitten, Eure Antworten so schnell wie möglich, spätestens aber am 23. Juni an die Redaktion (Rämistrasse 66, 8006 Zürich) zu schicken oder (falls jemand Porto sparen möchte) in den Briefkasten der Studentenschaft an der Rämistrasse 66 zu werfen.

Akademische Buchhandlung
WURZEL
bei der Zentralbibliothek
Mühlegasse 19
Tel. 32 14 80



BEYER
Bahnhofstr. 31/Ecke Bärengasse

Schauspielhauskampagne: Ein Schulbuchbeispiel

Gewisse lokalpolitische Ereignisse bei uns haben Schulbuchcharakter: Sie exemplifizieren Lehrsätze über menschliches Verhalten in geradezu überdeutlicher Weise. So kommt es, dass sie wie jene Schulbuchanekdoten wirken, die die Lehrsätze einprägsamer machen sollen. Ein solches Schulbuchbeispiel hat sich in Zürich in den vergangenen Wochen abgespielt. Ich meine den Streit über die Vorlage des Stadtrats bezüglich Schauspielhaus, die durch ein Referendum zur Volksabstimmung gebracht wurde. Anhand der Propaganda, die gegen die Opponenten der stadträtlichen Vorlage lanciert wurde, kann man geradezu modellartig die Reaktionen abhandeln, die dann eintreten, wenn Machtträgern, die sich bereits bedroht fühlen, von einer Seite Opposition erwächst, gegen die sie noch keine rechte Abwehr entwickelt haben.

Die Reaktionen auf das Referendum lassen sich unter drei Titeln resümieren: Erstens wird von der Opposition behauptet, sie sei nicht im eigenen System entstanden, trage also nicht eine hier zutage getretene Problematik aus, sei vielmehr importiert vom Zentrum der Verschwörung gegen die freie Welt; zweitens versucht man, im Bewusstsein der Bevölkerung die Gruppe der Opponenten zu koppeln mit Gruppen, die bereits in breiten Kreisen der Bevölkerung als Schädlinge der Gesellschaft abgestempelt sind; drittens behauptet man von der Opposition, sie sei ungeheuer stark organisiert, sie sei gelenkt von einem revolutionären Kader, das eine Masse von willig Untergebenen straff dirigiere.

Dichtung und Wahrheit

Die Details dessen, was sich in Zürich ereignete, dürften mehr oder weniger bekannt sein: Eine Gruppe von Leuten schloss sich zusammen, von denen man erstens nicht erwartet hätte, dass sie sich zusammenschliessen (die Gruppe umfasst so notorische Alleingänger wie Künstler, Architekten, Exponenten der lokalen Intelligenz) und zweitens treibt diese Gruppe nun mit politischen Mitteln Kulturkritik. Sicherlich: Kulturkritik ist von solchen Leuten schon öfters getrieben worden; etwa in geschliffenen Essays, im Alleingang, im Feuilleton einer liberalen Zeitung. Neu ist jedoch, dass diese Kulturkritik sich plötzlich im Kollektiv zu realisieren versucht. Man stellt dazu eine Organisation auf die Beine und gliedert sie einer Gewerkschaft an (Gewerkschaft Kultur, Sektion im VPOD, der Verband des Personals der Oeffentlichen Dienste).

Die Kulturkritik tritt plötzlich mitten hinein in die Lokalpolitik: Mittels eines Referendums gegen einen sogenannten Kulturkredit wird gefordert, dass die teuer produzierten Kulturprodukte nicht mehr nur für eine schmale Elite, sondern fürs gesamte Volk zu sein hätten, wenn dieses gesamte Volk schon das Geld dafür aufzubringen hat. Es wird postuliert, dass die gängige Kulturfeindlichkeit breiter Kreise völlig legitim sei: Was haben denn diese breiten Kreise schon von der gängigen Kultur? Hilft sie, die eigenen Probleme in den Griff zu bekommen? Hilft sie, die eigene Situation fassbar zu machen? Spätestens wenn der Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankgesellschaft in einem Artikel in der NZZ äussert, »die weltoffene, reiche Stadt Zürich sollte nicht ausgerechnet auf kulturellem Gebiet zum Gespött ihrer Nachbarn werden« (NZZ, 2. 6. 71, Morgenausgabe), spätestens dann sagt man sich, dass es eigentlich herzlich uninteressant sei, ob oder nicht Zürich auf kulturellem Gebiet zum Gespött seiner Nachbarn werde. Aber man fragt sich, warum sich Dr. A. Schaefer von der Schweizerischen Bankgesellschaft so viel Sorgen darum macht, wo er doch sicher auch noch anderes zu tun hat. Und so kommt man darauf, dass es für ihn wahrscheinlich wichtig ist, jene Orte gesichert zu wissen, wo unermüdlich die abendländischen unvergänglichen Werte produziert werden, statt dass auf gezielte Veränderbarkeit hingewiesen wird, z. B. auf die Veränderbarkeit der Privilegien bestimmter Kreise. – *Also: Kulturfeindlichkeit wird plötzlich legitim, man braucht sich nicht mehr zu schämen, kulturfeindlich zu sein, denn das ist nicht mehr gleichbedeutend mit Ignoranz.* Gegenüber dieser gängigen Kultur feindlich zu sein heisst vielmehr, neue Inhalte zu fordern, nachdem man Einsicht in die Funktion der gängigen gewonnen hat. – Diese kommt einer *Relativierung der Gültigkeit der bisherigen Kultur* gleich: Man schreibt dieser Kultur nur noch einen auf bestimmte Schichten reduzierten Gültigkeitsbereich zu und verstärkt so auch das Bewusstsein darüber, dass es sich bei unserer Gesellschaft doch nicht um eine einzige Welt der harmonischen Sozialpartnerschaft handelt, wie einem dies gewisse Grossindustrien etwa zu versichern suchen. – Wenn sich eine solche Einsicht verbreitet, wird das für die Machtträger gefährlich. Es kommt zu einer *zusätzlichen* Verunsicherung, zusätzlich zu den Ereignissen um Globus, Bunker, Venedigstrasse oder um was sich in Zukunft die Probleme kristallisieren mögen.

Aufschlussreiche Reaktionen

In Zürich zeigte sich nun recht deutlich, dass von seiten der Machtinhaber für solche Opposition noch keine geeigneten Reaktionen ausgearbeitet sind. So musste in dieser Situation auf Stereotype zurückgegriffen werden, ins Arsenal »bewährter« Instrumente, in die Mottenkiste des kalten Kriegs: Man versuchte die Bevölkerung gegen die Kulturkritiker zu mobilisieren mittels des Schreckgespensts eines aus Pankow oder direkter noch aus Moskau importierten Kommunismus. Die Titelgeschichte des »Zürcher Journals« vom 5./6. Juni 1971 ist für diese Taktik in der Tat ein imponierendes Beispiel. Dort wird vom »*ferngesteuerten Dramaturgen Klaus Völker*« gesprochen, »*einem überaus frommen Marxisten, wie geschaffen für den ostdeutschen Agitprop*« (S. 51) und behauptet, »*der steife Ostwind machte das Klima unwirtlich*« (S. 53), und schliesslich wird gar noch von den »*Ostwind-Machern vom »Tages-Anzeiger«, Meier und Kuhn*« (S. 54) gesprochen. Im weiteren erinnerte man sich auch – in Anlehnung an Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte – der nützlichen Taktik der Identifizierung der Opponenten mit bereits als »notorisch« verschrienen Systemfeinden, im Fall Zürichs der Bunkerjugend: In der grossen, beinahe zweiwöchigen Inseratenkampagne, die in allen Zeitungen Zürichs lief, werden die Opponenten direkt als *Drahtzieher der Bunkerjugend* identifiziert (Inserate vom 26. Mai 1971 in den Zürcher Zeitungen). Das Interpretationsschema ist peinlich einfach gehalten, erschreckend einfach. Danach ist es einfach unmöglich, dass im eigenen Land, in der eigenen Stadt berechtigte Opposition gegen irgendeine Sache entstehen könnte, denn die eigene Ordnung ist zu sauber, zu gut, als dass dies überhaupt möglich wäre. Diese Haltung wurde vor allem auch in den Artikeln, die die NZZ lancierte, deutlich. So schrieb zum Beispiel Peter Zimmermann in seinem Artikel in der Morgenausgabe der NZZ vom 4. 6. 1971: »*Es ist am vergangenen Mittwoch bei einer öffentlichen kontradiktorischen Diskussion im Kunsthaus manifest geworden, wer vor allem gegen die Vorlage (in Sachen Schauspielhaus) eintritt: Es sind jene Kreise, die seit einiger Zeit versuchen, durch Demonstrationen und revolutionäre Uebungen an verschiedensten Objekten die Bewohner der Stadt zu verunsichern.*« – Im selben Artikel lieferte Zimmermann auch ein sehr schönes Beispiel, wie die Angst die Einschätzung des Gegners völlig verzerrt: Da wird von *organisierter Mobilisierung* gesprochen, von *Schulung in Vollversammlungen* für die eigene Sache.

Denunzierung demokratischer Mittel

Es gibt schliesslich noch einen Punkt, der in dieses Verhaltenssyndrom einer gefährdeten Pro-Status-quo-Elite passt, das wir hier anhand der Ereignisse um die Schauspielhaus-Abstimmung zu beschreiben versuchen: Es geht dabei um den Versuch, *den Gebrauch der demokratischen politischen Mittel zu denunzieren.* So wird ein Referendum, das als Einrichtung sonst immer gepriesen wird, zum »*Erzwingen einer Gemeindeabstimmung*« (Zürcher Journal«, 5./6. Juni 1971). Es gibt nun plötzlich auch zweierlei Referenden: richtige, *berechtigte Referenden* und ein *APO-Referendum* (Inserat des Komitees pro Schauspielhaus vom 26. Mai 1971 in den Zürcher Zeitungen). Mit Recht weist Fred Hirs in seinem Kommentar im »Tages-Anzeiger« vom 28. 5. 1971 darauf hin, dass es sich im Zusammenhang mit einem Referendum verbieten müsste, Ausdrücke wie »heuchlerisch«, »hinterhältig«, »Rache« zu verwenden, wie dies in der genannten Inseratenserie aus dem Büro des Gemeinderates Peter Felix getan wurde. Mit solchen Formulierungen wird nur allzu deutlich, dass unsere hochgepriesenen politischen Volksrechte wie z. B. das Referendumsrecht nur als Alibi verstanden werden können: Sie sind da zum Vorzeigen, zum Beruhigen. Werden sie aber tatsächlich von einer Seite eher benutzt, die einem unangenehm ist und vor der man sich gefährdet fühlt, wird dies als illegitime und subversive Handlung denunziert.

Ruth Gurny

PS: Das beschriebene Verhaltenssyndrom findet sich in Lehrbüchern ausführlicher dargestellt unter dem Stichwort »Manifestationsformen faschistischer Politik«.

theater

I Gesti

C'est avec une certaine fascination que j'ai assisté au spectacle que nous offrit cette petite troupe venue d'Italie: »Compagnia mimi di Roy Bosier« composée de trois mimes: Roy Bosier, Lydia Biondi et Claudio Conti. Tous trois évoluent avec aisance sur cette petite scène du »Theater an der Winkelwiese«. Ils ne disent pas un mot mais leur coups expriment avec une apparente facilité la joie, la tristesse, l'effort, la surprise ou la crainte. Non seulement ils possèdent au plus haut point la technique du mine, surtout Bosier, mais en plus ils arrivent à nous communiquer la tension qui habite leur personnage; ainsi dans »Macbeth« nous assistons pantelants au conbat entre Lady Macbeth et... sa propre main droite qui semble soudain douée d'une vie maléfique. De même, cette extraordinaire création, si j'ose m'exprimer ainsi, de la »Passion« du Christ rendue en l'espace de quelques minutes. Bien sûr, il n'y avait pas que des thèmes sérieux, ainsi cette parodie d'un »Western spaghetti« qui ne manquait pas de drôlerie ou encore des sujets plus classiques comme »La corde« et »Le voyage en train« qu'on trouve dans le répertoire de tout bon mime.

D'une façon générale, une bonne présentation en dépit de la seconde partie qui comporte quelques longueurs.

M. Tchang

La »Compagnia mimi di Roy Bosier«

film

»Mort à Venise« et »Les clowns«

Il est indéniable que le cinéma italien est actuellement un des meilleurs du monde, pour s'en rendre compte il suffit de penser aux grands noms que sont Visconti, Fellini, Pontecorvo, Pasolini, Antonioni, pour ne citer que les plus connus. Ce n'est donc pas par hasard que nous avons actuellement à Zurich toute une série de très bons films, dont la plupart ont pour auteur un régisseur italien. Je voudrais vous parler surtout de »*Mort à Venise*« de Visconti et »*Les clowns*« de Fellini.

J'avoue avoir été enthousiasmé par le film de Visconti tant par sa qualité cinématographique que par la finesse avec laquelle il a su développer la célèbre oeuvre de Thomas Mann. Sans trahir l'esprit de cette allégorie à la mort, il a le génie de changer l'écrivain Gustave von Aschenbach en musicien et de transformer par la même occasion ce qui était verbe en poême symphonique. Il utilise, non seulement des extrait de la troisième et de la cinquième symphonie de Mahler, mais encore il étale avec une profusion époustouflante les couleurs, les costumes et les coiffures de la Belle Epoque. Le souci de la perfection qui caractérise Visconti l'amène à faire jouer ses acteurs avec le minimum de paroles, le jeu étant essentiellement dans les attitudes et les regards.

D'entrée de jeu, une citation:
»*Celui qui a contemplé la beauté est déjà destiné à la mort*«
précède une vaste ouverture sur un monde irréel: a lagune de Venise, noyée dans le clair obscur de l'aurore, où le ciel et la mer se confonent dans une même brume digne des meilleures traditions du romantisme et que résument les vers de Musset

Dans Venise la rouge
Pas un bateau ne bouge
Pas un pêcheur dans l'eau
Pas un falot

Brutalement, une sirène stridente nous jette dans le présent, les fantômes se remettent à vivre, c'est l'animation d'une foule joyeuse et bruyante. Pour nous rappeler que la mort est toujours présente, un vieillard au teint cadavérique, fardé à l'extrême, prend à parti Aschenbach (Dirk Bogard), au moment où celui-ci s'apprête à débarquer; puis c'est le gondolier qui, malgré les protestations véhémentes d'Aschenbach, le fait traversere la lagune, à tel de Charon vers le royaume des morts. Un peu plus tard, on verra, évoluer Aschenbach dans un salon, au milieu d'une foule de fantômes distingués, où l'habit de soirée des hommes et la rigidité empruntée des femmes ne sont pas sans nous rappeler les ténèbres de l'au-delà. Soudain c'est l'apparition d'un adolescent *(Bjorn Andresen)*, dont la lumineuse beauté fascine Aschenbach, c'est pour lui la révélation de la beauté sensuelle. Au delà de l'aspect homosexuel qui se dégage de cette fascination, aspect d'ailleurs très atténué par le caractère nettement asexué de l'adolescent, nous devons surtout voir l'apparition de lange de la mort, démontrant par là même que beauté et mort sont synonymes d'une même activité: création et destruction. Se rendant compte du danger, Aschenbach veut s'échapper, mais le destin est écrit: il restera. Pour la deuxième fois, la mort réapparaît sous un aspect angoissant: un homme meurt seul au milieu de la foule, frappé par le choléra. Aschenbach, le sourire aux lévres, retourne au palace où l'attend l'adolescent, mais aussi la mort. Dans un sursaut désespéré, il essayera de retarder l'échéance que tout lui annonce comme fatale, il se laisse farder, teindre les cheveux et la moustache dans une suprême tentative pour se rapprocher de la jeunesse radieuse, mais il ne réussit qu'à se créer un masque mortuaire. La mort le prendra, et signe concret de sa fin, la teinture, comme une coulée de sang noir lui coulera le long du visage, tandis qu'au loin l'adolescent lui montre l'infini.

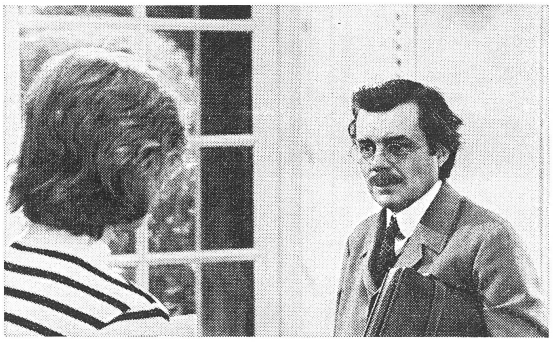
Tout autre est le film de Fellini »Les clowns«. Là aussi, on parle de la mort: celle du clown. A notre époque: »Le cirque n'a plus de sens pour la sociétée«, et l'on transforme le cirque en brasserie. Fellini se souvient pourtant de sa jeunesse et tout ce qu'il doit personnellement au cirque, aussi dès la première image nous fait-il partager avec un petit garçon médusé – lui-même – la magie du cirque. Réveillé au milieu de la nuit par des cris étranges, il aperçoit une immense tente s'élever comme une bête monstrueuse secouée de spasmes périodiques. Le lendemain, il verra le spectacle fascinant qui s'y déroulera: les chevaux, le magicien, la femme colosse, les fauves et finalement les clowns. Pourtant, ces hommes à la trogne écarlate et à la voix de fausset lui rappelèrent trop les »anormaux« de son village: le simple d'esprit, la religieuse naine, le mutilé de guerre hystérique, le chef de gare fasciste, et ce rapprochement effraye l'enfant.

Dans une seconde partie, Fellini, accompagné d'aides aux visages clownesques, se transforme en enquêteur. Guidé par l'historièn Tristan Rémy, il fait un pèlerinage mélancolique chez les grands noms d'autrefois. Il met en image les histoires qu'on lui raconte comme par exemple celui du premier »Auguste« qui, pour voir les clowns »Footit« et »Chocolat«, s'échappe de l'hôpital où il était soigné et, caché parmi les spectateurs, meurt de rire sur les grandins. Ce retour au passé ne pouvait qu'être pathétique et il l'est, mais en plus il aboutit à ces deux terribles vérités: Le clown ne fait plus rire et le »rire est triste«.

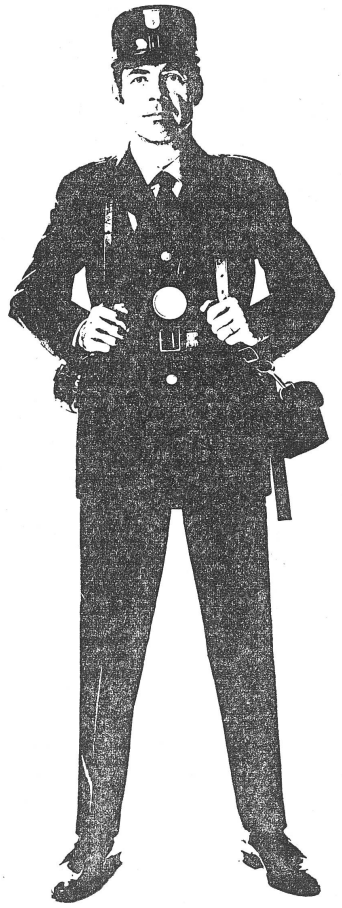
Refusant cette conclusion pessimiste, Fellini donne à son film une fin véritablement fantastique. Dans une apothéose de couleurs et de gags clownesques, Fellini, complètement déchaîné, jette toute la force de sa fantasie dans le grandiose enterrement d'un »Auguste« sur le thème d'un western burlesque, à la fois cruel et poignant.

Le clown est mort! Vive le clown!

M. Tchang



La fascination de la mort ...



STUDENTEN arbeiten als

SECURITAS-WÄCHTER

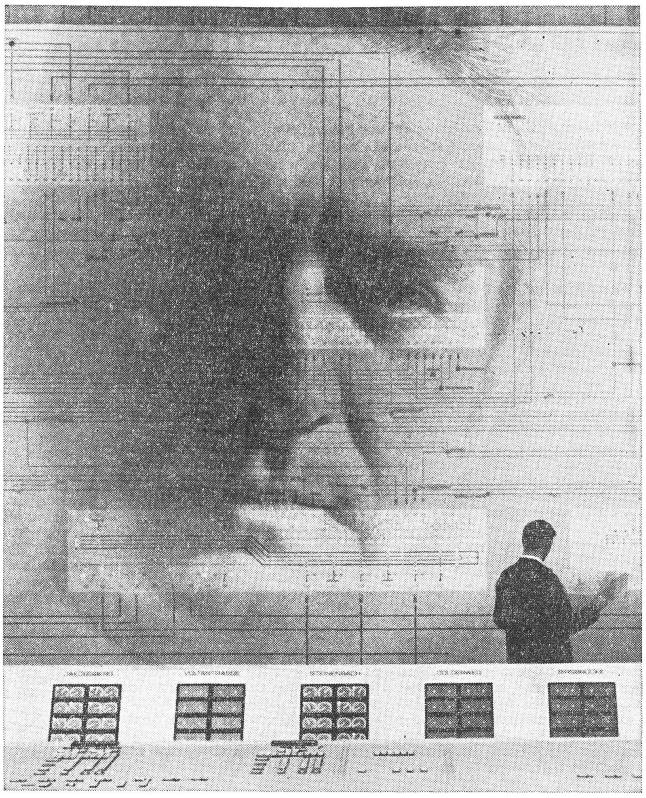
Einsatzmöglichkeiten:

- Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.
- Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.
- Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.
- Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich
Militärstrasse 24

8021 Zürich, Tel. 27 43 10



Der Mensch im Mittelpunkt
Bei jeder Entwicklung, und sei sie noch so stürmisch, bildet der Mensch den Mittelpunkt. Das gilt auch auf den Gebieten der Forschung und Technik, und wir sind stolz darauf, jederzeit Mensch zu sein und Mensch zu bleiben.
Sprecher + Schuh AG Aarau
Niederspannung, Hochspannung, Schaltanlagen und Steuerungen 684.571

S&S

Knapp

gefasst sind die Kommentare unseres weitgespannten Korrespondentenstabs, die Beiträge unserer Mitarbeiter und Kritiker aller Sparten, knapp redigiert die Tagesmeldungen aller Agenturen. Wir nehmen auf die Zeit unserer Leser Rücksicht.

Erschöpfend

aber bleibt die so verdichtete Information durch Wort und Bild. Wir streben auf allen Gebieten des Lebens, der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, der Kunst Vielfalt, weite Horizonte und ausgewogene Urteile an.

Senkrecht

wollen wir zu unseren Meinungen stehen, anderen Argumenten Raum gewähren, Widerspruch ertragen und würdigen, aber unsere Ueberzeugungen mit lauterem Blick vertreten.

DIE TAT

unbestechlich - übersichtlich - wach

Jetzt abonnieren!

Studenten erhalten einen Rabatt von 30%

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf »DIE TAT« für die Dauer von

☐ ¼ Jahr zu Fr. 9.50 statt Fr. 14.50
☐ ½ Jahr zu Fr. 18.— statt Fr. 27.—
☐ 1 Jahr zu Fr. 35.50 statt Fr. 53.—
(Zutreffendes ankreuzen)

Name: _____

Fakultät: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Coupon bitte einsenden an:
Verlag DIE TAT, Vertriebsabteilung, Postfach 8023 Zürich

Fakten, Probleme, Argumente: 2. Teil

Bildungsplanung als Politikum

Im ersten Teil wurde der Zusammenhang von Bildung, Ausbildung und Wirtschaftswachstum mittels des einfachen Korrelations-, des Restgrössen- und des direkten Ertragsratenansatzes analysiert. Es zeigte sich, dass in der Tat ein Zusammenhang zwischen diesen Grössen besteht; ein Zusammenhang, der allerdings komplizierter ist, als der einfache Korrelationsansatz – die einfachste Methode – suggeriert: Eine Korrelation zwischen einem Index der wirtschaftlichen Aktivität und einem globalen Schulungsindex vermag über allfällige Kausalverhältnisse nur wenig auszusagen. Es zeigte sich, dass letztlich nur eine Kombination sämtlicher Ansätze eine detaillierte und umfassende Analyse ermöglicht.

Die Kapazität der finanziellen Mittel verlangt die Anwendung des ökonomischen Rationalprinzips auch im Bereich der Bildungsinvestitionen. Allerdings zeigte sich, dass sowohl die privatwirtschaftliche Rationalität als auch die Bestrebungen der Technokratie in Richtung auf eine gesamtgesellschaftliche Rationalität zu überwinden sind, wenn man nicht dem technokratischen Oekonomismus verfallen will.

Bildungsplanung wurde definiert als ein demokratischer Zielfindungsprozess, in den nicht nur borniert-wirtschaftliche, sondern auch sozialpolitische Forderungen im weitesten Ausmass einzufliessen haben, wenn das Bildungswesen nicht in die Hände partikulärer Gruppen geraten soll, die sich wohl eine formaldemokratische Legitimation zu verschaffen wissen, eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft – und damit auch des Bildungswesens – jedoch andauernd hintertreiben.

Rolf Nef

Widmaier sieht die eben diskutierte Problematik eingebettet zwischen zwei Extreme:

»*Die wichtigsten Kriterien der Analyse sind Gleichheit und Effizienz. Einmal Gleichheit verstanden als Gleichheit der Bildungs- und Berufschancen unabhängig von der Sozialschichtzugehörigkeit, dem Geschlecht, der politischen und religiösen Ueberzeugung* und der regionalen Herkunft. Zum anderen *Effizienz im weitesten Sinne des Wortes bezogen auf die Aktivität des Bildungssystems und auf seine Verbindung mit Wirtschaft und Gesellschaft.*« *(28)*

Gleichheit wird aufgeschlüsselt in die Dimensionen *Person* (Geschlecht, Rasse, Schichtzugehörigkeit etc.), *Raum* (Land/Stadt etc.) und *Zeit.*

Effizienz wird einerseits verstanden als *technologische* Effizienz (effiziente Unterrichtsgestaltung etc.), andererseits als *wirtschaftliche* Effizienz:

»*Unter wirtschaftlicher Effizienz des Bildungs- und Ausbildungssystems wollen wir eine Aktivität der verschiedenen Stufen und Typen verstehen, die den Bedürfnissen und Präferenzen der Gesellschaft entspricht (horizontales Gleichgewicht) und die in sich konstant auf jeder Stufe des Systems den Bedarf der nächstfolgenden Stufe ... ausbilden (vertikales Gleichgewicht).*« *(20)*

Die Forderung nach Chancen*gleichheit* beinhaltet, dass jeder Einzelne bis an die Grenze seiner Fähigkeiten – Fähigkeiten, die das Schulsystem in Zukunft weit mehr zu wecken als bloss zu verwalten haben wird – ausgebildet werden soll und einen seiner Ausbildung entsprechenden Beruf ergreifen kann. Dieses sozialpolitische Postulat tritt in Konflikt mit der (isolierten) Forderung nach Effizienz: Gleiche Bildungschancen können im Extrem nur so lange gewährt werden, als die damit verbundenen Ausgaben – nach den Methoden der Kosten-Ertrags-Rechnung – eine bestimmte (welche?) Grösse nicht übersteigen. Wie ein rein ökonomisch optimales Verhältnis zwischen diesen Ausgaben und den daraus resultierenden Erträgen beschaffen ist, hängt sowohl vom Entwicklungsniveau der Wirtschaft als auch von der politischen Situation ab:

»*In jedem Fall muss berücksichtigt werden, dass Bildung ein knappes und damit ökonomisches Gut ist, solange die öffentlichen Mittel dafür begrenzt sind und mit anderen öffentlichen Ausgaben ... kämpfen müssen. Mischformen, die einen extremen Ausschlag jeweils in Richtung eines Kriteriums und damit eine weitere Polarisierung verhindern, bieten sich auch hier für praktische bildungspolitische Entscheidungen an.*« *(30)*

Sind die Zielvorstellungen bestimmt, so muss versucht werden, diese zu operationalisieren, sie ins Modell einzubauen, die Manipulierbarkeit derjenigen Grössen, die die bisherige Entwicklung des Systems in der Hauptsache bestimmt haben, in Erfahrung zu bringen, durch systematische Veränderungen dieser Schlüsselgrössen in der Modellrechnung alternative Entwicklungspfade, die möglich sind, um die vorher bestimmten Titelgrössen zu erreichen, zu bestimmen. Hat die Prognose diese hohe Komplexitätsstufe erreicht, kann eine Zielfunktion (z. B. 20% jedes Jahrgangs Mittelschulabschluss) uner Berücksichtigung vieler Nebenbedingungen über die Zeit hinweg maximiert werden, so ist jetzt der definitiv zu beschreitende Entwicklungspfad zu wählen. Diese Wahl ist wiederum ein politischer Entscheid, ein Entscheid, der – wie die Festsetzung bildungspolitischer Prioritäten – von einer demokratischen Oeffentlichkeit und nicht von unkritischen administrativen Instanzen gefällt werden muss.

»*Die demokratische Legitimation von Planung kann nicht nur durch parlamentarische Behandlung von Planungsvorgängen oder durch symbolische Beteiligung der Oeffentlichkeit an Planungsgremien ... erfolgen; ebenso wichtig ist ein Lernprozess der Oeffentlichkeit, der Forschungsergebnisse in verständlicher Form vermittelt werden müssen. Dieser Lernprozess gibt der Oeffentlichkeit die Möglichkeit, aufgeklärt an einer auf die Zukunft, nicht auf die Vergangenheit bezogenen Bildungspolitik mitzuwirken. Der Lernprozess ist nötig, um die Kluft zwischen technokratischer Zukunftsgestaltung und demokratischer Legitimation zu überbrücken.*« *(31)*

Von der Prognose zum Programm

Die *Prognose* (32) wird durch diesen politischen Entscheid zum *Programm* erhoben – ein Programm, dessen sinngemässe Umsetzung in die Praxis dauernd kontrolliert werden muss. Dies kann äusserst kompliziert sein, muss doch andauernd ein gezieltes Informationsfeedback zur kontinuierlichen Aenderung des noch nicht durchgeführten Teils des Planes an neue Gegebenheiten *produktiv* berücksichtigt werden (»rolling reform«, revolvierendes Planungsmodell). Dies ruft nach einer Institutionalisierung der Bildungsplanungsfunktion, nach der Schaffung von Institutionen, die

– *Bildungspolitik* als *Geselschaftspolitik* verstehen und in diesem Sinne bildungspolitische Entscheide durch die notwendige Informationsbeschaffung vorbereiten;

– diese notwendigen Informationen mittels kontinuierlicher Bildungsforschung erarbeiten;

– durch ihren organisatorischen Aufbau eine enge und fruchtbare Kooperation zwischen Experten und Politikern ermöglichen (vorausgesetzt, Experten und Politiker sind fähig, miteinander im Sinne eines kritischen Wechselverhältnisses zu interagieren);

– die Offenheit von Forschungsarbeit und Entscheidungsvorbereitung gegenüber der Oeffentlichkeit gewährleisten (keine Geheimpolitik, wie sie der Schweizerische Wissenschaftsrat gegenwärtig verfolgt).

Dies alles ist nötig, weil »Bildungsplanung nicht als Freizeitgestaltung von Honoratioren betrieben werden kann.« (32a)

Viele befürchten, dass es – wird erst einmal eine konsistente Bildungsplanung betrieben – keinen Raum mehr für Entwicklungen und Experimente, die von der Gesamtplanung abweichen, geben wird. Dass diese Gefahr besteht, ist nicht von der Hand zu weisen; allerdings vermag ein Verweis auf diese Gefahr nicht die Notwendigkeit von Planung im Bildungswesen zu erschüttern, sondern verweist vielmehr eindringlich darauf, dass diejenigen, die Bildungspläne erarbeiten, sie beschliessen und ihre Durchführung überwachen – seien es nun Personen oder Institutionen – von einer kritischen Oeffentlichkeit – die allerdings gerade für Bildungsfragen erst in Ansätzen existiert – kontrolliert werden:

Die Institutionen selbst müssen lernen, »*mögliche Summerhills finanziell zu unterstützen, auch wenn wir wissen, dass eine Welt voller Summerhills eine Katastrophe wäre.*« (33)

Das Bildungssystem als ein System interdependenter Prozesse

»Es liegt nahe, das Ausbildungssystem als eine Unternehmung aufzufassen, welche den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktor Arbeit (in Qualität und Quantität) oder, genauer gesagt, die in der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15–60) Jahre) inkorporierte Bildung und Ausbildung, das »human capital«, formt. Die Produktionsfaktoren des Ausbildungsprozesses sind Arbeit (Lehrer, Hilfskräfte, Verwaltungsbeamte etc.) und Sachkapital (Gebäude, Einrichtungen, Transportmittel etc.)« (34)

Das Bildungssystem als Produktionssystem lässt sich in Form einer *Input-output-Matrix* darstellen (siehe Abbildung 2)

Das Feld 19/a gibt z. B. an, wie viele Kinder im Frühjahr 1971 in die erste Volksschulklasse eintreten. Feld 1/a erfasst die Schüler, welche die 1. Klasse repetieren müssen. Aus den Feldern 6/k und 6/zn geht hervor, wie viele Schüler in die Sekundar- bzw. in die Mittelschule übertreten. Aus dieser *Uebergangsmatrix* lässt sich eine *Uebergangsquotenmatrix* berechnen. An die Stelle der absoluten Zahlen tritt das Verhältnis zwischen der Anzahl der Schüler, die in der Zeitspanne t– (+1) von einer bestimmten Stufe zu einer andern übertreten, und der Gesamtschülerzahl der Ausgangstufe im Zeitpunkt t.

Aus dieser Dauerstellung sind im weiteren *Repetitionsquoten, Promotionsquoten* und *Abgangsquoten* in Erfahrung zu bringen. Somit erhält man Aufschluss über die Bewegungsstruktur der Schüler innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes. Die globalen Quoten können weiter nach allfälligen diskriminierenden qualitativen Merkmalen (soziale Schicht, Geschlecht, Rasse, Wohnort) aufgespalten werden. (35):

»Dadurch erhält man bedeutungsvolle Auskünfte, an welchen Punkten eine gezielte Bildungspolitik am wirksamsten betrieben werden könnte. Die verschiedenen Uebergangsquoten übernehmen dann die Funktion von Parametern, deren Aenderung Auswirkungen von verschiedener Intensität und Geschwindigkeit haben.« (36)

Alternative Entwicklungspfade

Durch systematische rechnerische Manipulation der Parameter im Modell lässt sich – vorausgesetzt, der ungefähre Verlauf der Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der individuellen Präferenzen (was vor allem für die Hochschulausbildung gilt) sind bekannt – das Modell auf seine Sensibilität testen. D. h. praktisch: Welche Auswirkung hat die Veränderung bestimmter Variabler auf das System als Ganzes? Wie beeinflussen bestimmte Massnahmen, die im Zug der Bildungsreform durchgeführt werden können, den Zustand des ganzen Systems?

Der praktische Variationsspielraum, innerhalb dessen sich gewisse Parameter des Bildungssystems als *Instrumentenvariable* systematisch manipulieren lassen, dürfte dabei beschränkt sein. Jedoch allein schon das Wissen um die Möglichkeit, solche Grössen verändern und die Auswirkungen dieser je isolierten Veränderungen auf das ganze System abschätzen zu können, vermögen bildungspolitische Entscheide auf eine rationalere Grundlage zu stellen.

»Nach der Durchführung ... von Tests wird man schliesslich in einem Modell zu einer sinnvollen – und zwar ökonomisch und pädagogisch sinnvollen – Modellform kommen müssen, in der die zentralen Parameteränderungen in geschickter (?) Form verbunden werden. In diesem Sinn liefern (diese) Prognosemodelle erste Informationen über die mit den Zielen verbundenen notwendigen Aufwendungen und die zu treffenden politischen Massnahmen. Damit wird das Prognosemodell zu einer sachlichen Grundlage und Informationsquelle zur Vorbereitung bildungspolitischer Entscheidungen«. (37)

Lehrernachfrage

Ist die Zahl der Schüler und ihre Verteilung auf die diversen Schultypen und -stufen bekannt, so lässt sich – auf der Grundlage einer pädagogisch zu bestimmenden, von Schultyp und -stufe unterschiedlich gearteten Lehrer/Schüler- und Lehrer/Klassen-Relation – der Bedarf an Lehrern berechnen. Für die längerfristige Planung ist dieser abgeleitete Bedarf insofern von Bedeutung, weil, da ja nicht nur die *Ersatznachfrage* nach Lehrern, sondern auch die *Expansionsnachfrage* befriedigt werden muss, die vermehrte Ausbildung von Lehrern zu *dem* Zeitpunkt abgeschlossen sein muss, an dem ein Mehr an Kindern in die Schule eintritt. Dieser Zusammenhang gilt auch umgekehrt: Die Zahl der auszubildenden Lehrer sinkt schon, während die Zahl der jährlich ins Bildungssystem eintretenden Schüler noch steigt und aus triftigen Gründen vorauszusehen ist, dass diese jährliche Zuwachsrate nicht mehr weitersteigen wird.

Gleiche Berechnungen lassen sich auch aufgrund einer noch näher zu bestimmenden Schüler/Schulraum- und Schulbedarf-Relation – der Bedarf an Schulraum und anderen schulischen Ausrüstungsgegenständen – berechnen.

Werden diese Realgrössen unter Berücksichtigung des Preises und der längerfristigen Preisentwicklung in monetäre Grössen umgesetzt, so werden die Kosten des Bildungswesens, Kosten, die sich von Entwicklungspfad zu Entwicklungspfad unterscheiden, ersichtlich.

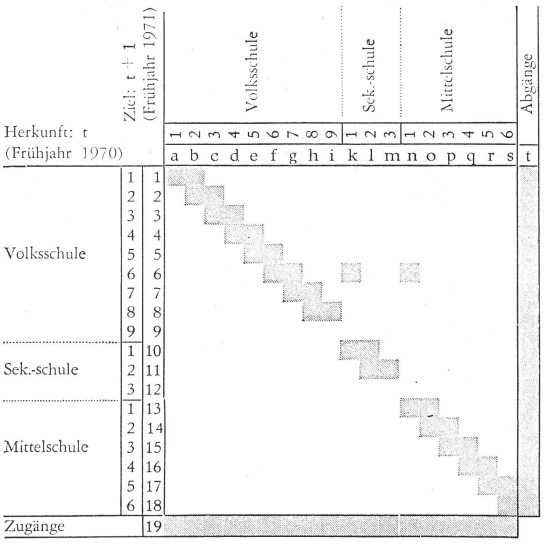


Abbildung 2: Beispiel einer Uebergangsmatrix (aus: Dr. A. Keller »Bildung und Wirtschaft«, Referat, 1970, S. 3).

Determinanten der individuellen Nachfrage nach Bildung

Gesucht sind die Faktoren, die den Umfang und die Qualität der Nachfrage der Individuen nach Bildungsplätzen bestimmen.

Bevölkerungsentwicklung

Aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten, Sterbefälle) und den horizontalen Mobilitätsprozessen (Zuwanderungen, Abwanderungen) ergibt sich – unter Berücksichtigung des Heiratsverhaltens, der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie – die Anzahl der jährlich in die Schule eintretenden Kinder und ihre regionale Verteilung.

Individuelles Einkommen

Die Nachfrage nach Bildungsplätzen hängt mit der *relativen* Stellung des einzelnen (bei Kindern von der Stellung des Vaters) in der Einkommenspyramide und mit der relativen Veränderung dieser Stellung zusammen:

»Wahrscheinlich lässt sich allgemein nachweisen, dass mit steigendem privaten Einkommen der für Bildungszwecke verausgabte Anteil nicht ... gleichbleibt, sondern wächst. Entsprechende Erhebungen liegen für die Vereinigten Staaten vor und stützen diese Hypothese.« (38)

Die hier postulierte generelle Beziehung: Ein Mehr an Einkommen bewirkt durchwegs eine entsprechend erhöhte Nachfrage nach Bildung, braucht nicht zuzutreffen. Es ist sogar zu erwarten, dass sich bestimmte Bevölkerungsschichten gerade *entgegengesetzt* zu diesem vorschnell verallgemeinerten Trend verhalten (was seinerseits wieder weiter zu untersuchen wäre). Bei näherer Betrachtung empfiehlt sich ein differenzierteres Bild:

»Generell könnte man ... von der folgenden Hypothese ausgehen: Wenn wir beispielsweise die Einkommenselastizitäten (Einkommenselastizität der Nachfrage nach Bildung ist das Verhältnis der relativen Aenderung der Nachfrage nach Bildung zur relativen Aenderung des Einkommens, R.N.) der Nachfrage nach Bildung und Ausbildung sozialschichtspezifisch ... unterscheiden, dürfte sich bei der Grundschicht tendenziell ein Wert zwischen 0 und 1, bei der Mittelschicht ein Wert über 1 und bei der Oberschicht ein Wert zwischen 0 und 1 ergeben.

Das bedeutet im ersten Fall ein relativ geringes Ansteigen der Nachfrage nach Bildung und Ausbildung (auch) bei steigendem Einkommen. Im Fall der Mittelschicht kann angenommen werden, dass durch Komponenten Bildungstradition, Prestigebedürfnisse ..., Aufstiegsstreben u. ä. die Nachfrage nach Bildung schneller wächst als das verfügbare Einkommen. In der Oberschicht ... ist der Anstieg der Nachfrage nach Bildung begrenzt durch die Kinderzahl, während das Einkommenswachstum nicht begrenzt ist.« (39)

Im allgemienen ist zudem zu erwarten, dass der Faktor Einkommen durch den Ausbau der staatlichen Studien-

(28) Hanspeter Widmaier und Mitarbeiter, »Bildung und Wirtschaftswachstum«, Villingen, 1966, Seite 26
(29) Widmaier, »Bildung und ...«, Seite 27
(30) Widmaier, »Bildung und ...«, Seite 31
(31) Hellmut Becker, »Bildungsforschung und Bildungsplanung«, Frankfurt am Main, 1970, Seite 32
(32) Eine Uebersicht über die verschiedenen Modellvarianten gibt Hegelheimer, »Zukunftsorientierte ...«, Seite 267 ff.
(32a) Becker, a. a. O., Seite 36
(33) Becker, a. a. O., Seite 125
(34) Widmaier/Bahr, »Bildungsplanung«, Seite 29
(35) siehe dazu auch Widmaier, »Bildung und ...«, S. 60–68
(36) A. Keller, »Bildung und Wirtschaft«, Referat, 1970, Seite 4
(37) Widmaier, »Bildung und ...«, Seite 67
(38) Edding, a. a. O., Seite 184
(39) Widmaier, »Bildung und ...«, Seite 48

finanzierung (Stipendien, Lausanner Modell) langfristig an Gewicht verlieren wird.

Soziale Schicht

Hier sind die folgenden – gerade in der Diskussion um Chancengleichheit im Zusammenhang mit dem Lausanner Modell immer wieder erwähnten – Variablenkomplexe zu vermerken.

Schichtspezifische Sozialisierung:

Sprache; kognitive, »schulische« Geschicklichkeit; Motivation; Leistungsbedürfnis etc.

Bildungsstand der Eltern:

Beeinflusst die Sozialisierungspraktiken (siehe erster Punkt); affektive und soziale Fremdheit oder Vertrautheit mit der Welt der Bildung.

Unterschiedliche zeitliche Reichweite des persönlichen Orientierunghorizontes:

Die Entscheidung zum Besuch einer weiterführenden Schule setzt z. B. einen relativ weiten individuellen »Planungshorizont« voraus.

Wenn dieser Planungshorizont gerade bei Individuen aus der Unterschicht vermisst wird, so wäre einmal zu untersuchen, ob dieser »eingeschränkte« Zeithorizont für die Unterschicht *unter den bestehenden Umständen* nicht als *»rational«* zu bezeichnen ist. Somit hätte eine *aktive Bildungspolitik*, die ja zugleich *Gesellschaftspolitik* ist, nicht nur die Kosten für die bessere Ausbildung der Kinder aus der Unterschicht zu sozialisieren, sondern sie hätte darüber hinaus vielmehr auch die *strukturellen Ursachen*, aufgrund deren das Phänomen *»Unterschicht«* andauernd reproduziert wird, zu bekämpfen. Eine aktive Bildungspolitik im eigentlichen Sinn hat daher nicht nur den Status quo zu perfektionieren, sondern die Gesellschaft zu verändern.

Die vielfach eingesetzten Instrumente zur indirekten Lenkung der Nachfrage nach Bildung, wie vermehrte Information (»Bildungswerbung«), Bildungs- und Berufsberatung etc. genügen damit nicht, eine derartige Veränderung innert nützlicher Frist zu initiieren:

»Die Rationalisierung und Aufklärung der Bedürfnisse, aus denen Eltern ... Schüler und Studenten tatsächlich planen und entscheiden, ist *nur* im Medium einer breiten politischen Diskussion möglich, die auch nur höchst partiell durch gut gemeinte ‚Bildungswerbung' ersetzbar sein dürfte.« (40)

Institutionelle Faktoren

Die individuelle Nachfrage nach Bildung ist nicht unabhängig vom institutionellen Angebot:

»Pointiert könnte man sagen: Der Umfang der empirischen Nachfrage nach Bildungseinrichtungen hängt von der Quantität und Qualität dieser Bildungseinrichtungen selbst ab; das Angebot einer Periode bestimmt seinen notwendigen Umfang in der nächsten.« (41)

So kann z. B. der Neubau einer Mittelschule in einer ländlichen Region die *offene* Nachfrage (eine gewisse Nachfrage war sicher schon vorher *latent* vorhanden) nach weiterführender Bildung sprunghaft steigern. Eine aktive, demokratische Bildiungspolitik muss deshalb auch an den Institutionen (ihren Lehrmethoden und Lehrinhalten) des Bildungswesens ansetzen, durch deren quantitative und qualitative Gestalt die empirische Nachfrage teilweise erst zustande kommt.

Dieser Gedankengang gewinnt vor allem auch darum immer mehr an Bedeutung, weil man sieht, dass Begabung und Leistungen zu einem grossen Teil von der *Struktur* der Schulen abhängen d. h. von der Schule hervorgerufen werden. Die Prognose der quantitativen und qualitativen Entwicklung der Absolventenzahlen ist somit eigentlich nur möglich, wenn *gleichzeitig* eine detaillierte Prognose über die künftigen qualitativen und quantitativen Kapazitäten des Bildungssystems erstellt werden kann:

»Die Forderung, dass jeder die Schulbildung erhalten solle, für die er befähigt ist, ist ... nicht viel mehr als eine Leerformel. Und eine Bildungsplanung, die auf der Angebotsseite von den heute gegebenen Uebertritts- und Abschlussquoten ausgeht oder von als Zielwert gesetzten Quoten, die in der gegebenen Schulstruktur ... realisiert werden können, verkennt diese Problematik; sie kann das ‚Bürgerrecht auf Bildung' so lange nicht wirklich erfüllen, als Begabung selbst vornehmlich am Erfolg in bestehenden Institutionen gemessen werden, deren Adäquatheit ja gerade in Frage gestellt ist.« (42)

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die individuelle Nachfrage nach Bildung, vor allem nach Universitätsbildung, von bestimmten Berufsbildern, von Berufserwartungen (Einkommen, soziale Stellung) und von den für den einzelnen erkennbaren Beschäftigungschancen nicht unabhängig ist.

Der angebotsorientierte Ansatz (»social demand approach«)

Das oben skizzierte Bildungssystem liefert ein auf bestimmte Art und Weise strukturiertes Angebot an Ausgebildeten, von denen ein grosser Teil nach dem Abschluss der Ausbildung eine Beschäftigung sucht. Dieses Angebot soll nun – nach den impliziten Annahmen des angebotsorientierten Ansatzes – die ihm adäquate Nachfrage vorfinden resp. die ihm adäquate Nachfrage andauernd selbst schaffen.

Der Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist sozialpolitisch determiniert. Das ihm übergeordnete Ziel ist *Gerechtigkeit;* die aus diesem Ziel abgeleitete programmatische Forderung lautet: *Chancengleichheit.* Diese sozialpolitische Forderung nach Chancengleichheit wird jenen Theoretikern entgegengehalten, die über die Bestimmung des *Arbeitskräftebedarfs von Wirtschaft und Gesellschaft* Maximen für die Bildungspolitik zu gewinnen versuchen:

»Einmal unterschätzen ... Bedarfsfeststellungen in der Regel die Elastizität aller sozialen Phänomene ... Der Bedarf ist ein allzu schwankender Boden, um darauf allein eine aktive ... Bildungspolitik zu gründen. Allerorten macht die unterschätzte Elastizität und die übersehende politische Basis von Bedarfsschätzungen diese problematisch ... Die überzeugende Begründung einer aktiven Bildungspolitik kann ... nur in Anknüpfung an den Gedanken des Bürgerrechts auf Bildung erfolgen.« (43)

Das Bildungssystem wird damit als eine von der wirtschaftlich-technischen Entwicklung von den Einflüssen des Arbeitsmarktes weitgehend unabhängige Grösse betrachtet, die auf sozialpolitische Zielwerte eingesteuert werden kann. Eine problematische Unabhängigkeit:

Elastizität

Der Verweis auf die hohe Elastizität aller sozialen Phänomene kann als ein Ueberrest liberaler Ideologien gedeutet werden. Die Rationalisierung wird an *dem* Punkt abgebrochen, an welchem tiefer gründende Ueberlegungen ihren Anfang nehmen müssten: Vorausgesetzt wird implizit eine hohe *Marktrationalität* (funktionsfähiger Preismechanismus für Ausbildungsqualifikationen, damit eine friktionslose Absorption der Ausgebildeten gewährleistet ist); vorausgesetzt wird ebenfalls weitgehende *Substitutionalität* (vertikale Substitutionalität: Austauschbarkeit von Ausbildungsqualifikationen verschiedener Ausbildungsniveaus; horizontale Substitutionalität: Austauschbarkeit von Ausbildungsqualifikationen innerhalb des gleichen Ausbildungsniveaus, aber verschiedener Fachbereiche).

Beide Voraussetzungen sind in der Praxis nur zu einem Teil erfüllt: Der Preismechanismus funktioniert nicht im »idealen« Sinn (Starrheiten des Rekrutierungsverhaltens, Preisrigiditäten für bestimmte Klassen qualifizierter Arbeitskräfte, politische Eingriffe in die »normale« Preisbildung, mangelnde Markttransparenz für den einzelnen). Substitutionalität ist nur in geringem Mass gegeben.

Identität von Angebot und Nachfrage

Der Ausbildungsbedarf der Gesellschaft fällt im angebotsorientierten Ansatz immer mit dem Total der individuellen Nachfrage nach Bildungsleistungen zusammen und ist zugleich identisch mit dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft nach ausgebildeten Arbeitskräften. Funktioniert der Preismechanismus vollumfänglich (was infolge intervenierender Faktoren eben meist nicht der Fall ist), so gleichen sich Angebot und Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitskräften stets aus.

Die Wahl der sekundären Bildungsstufe ist von sozialpolitischen Massnahmen abhängig. Die Wahl der Studienrichtung im Hochschulsektor wird den Marktkräften überlassen:

»In einer ausgesprochenen Mangelsituation kann der angebotsorientierte Ansatz überhaupt nicht funktionieren, denn er erlaubt nicht, Engpasskriterien abzuleiten, und ist somit nicht in der Lage, der Bildungspolitik die notwendigen Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Bestehen dagegen Tendenzen zu einer Ueberproduktion, ist ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage nur um den Preis der Reduzierung individueller Berufswünsche möglich.« (44)

Dem ist nur teilweise zuzustimmen: Es ist zu erwarten, dass durch die quantitative und qualitative Expansion des Bildungswesens, durch die »Demokratisierung« der Bildung, durch die wirtschaftliche und technologische Entwicklung auch die *Berufsbilder* und die *individuellen Berufserwartungen* beeinflusst werden.

»Neben dem Grundrecht auf Bildung existiert auch ein Anspruch auf einen der Ausbildung adäquaten Beruf. Nicht im Sinn einer Garantie auf einen Arbeitsplatz, aber im Sinn einer regulären Berufschance.

Damit ist das entscheidende Problem dynamischer Bildungspolitik berührt. Es ist zu prüfen, ob sich das Grundrecht auf einen der Ausbildung entsprechenden Beruf (das ja letztlich das Recht auf soziale Integration bedeutet) verwirklichen lässt, ohne dass das Grundrecht auf Bildung und somit die Chancengleichheit verletzt werden müssen. Nur wenn sich beide Grundrechte vereinbaren lassen, kann verhindert werden, dass an die Stelle sozial motivierter Bildungsmonopole ökonomisch orientierte treten und somit im neuen Gewand alles beim alten bleibt.« (45)

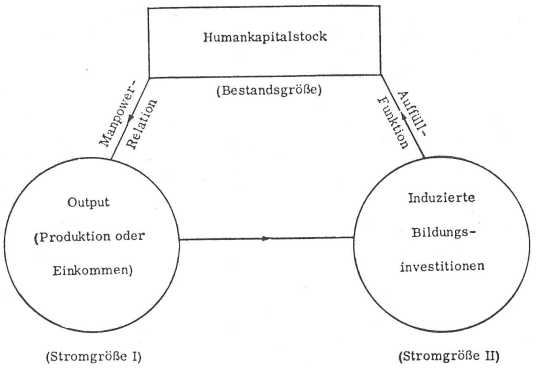


Abbildung 3 (aus Armin Hegelheimer, »Zukunftsorientierte Bildungs- und Arbeitskräfteforschung«, in »Futurum«, 1969, 239.

Der nachfrageorientierte Ansatz (»manpower approach«)

Der Begriff »Anspruch auf einen der Ausbildung adäquaten Beruf« wäre noch zu präzisieren: Handelt es sich dabei um das Recht auf die Möglichkeit, die erworbenen Qualifikationen vollumfänglich einzusetzen, oder ist damit ein bestimmter »akademischer« Status und/oder ein Einkommen einer bestimmten Höhe anvisiert? Diese Fragestellung dürfte in Zukunft an Bedeutung gewinnen, da mit der »Sozialisierung« der Bildung der enge Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und sozialem Status (mehr Bildung bedeutet tendenziell mehr Einkommen und tendenziell einen höheren sozialen Status) und die Einkommensdiskrepanzen zwischen Beschäftigten mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau kaum konstant bleiben werden.

Im Stadium der Vollbeschäftigung können Produktionsfortschritte nur noch dadurch erzielt werden, dass die Qualifikationen der Arbeitskräfte und/oder die Qualität der Produktionsanlagen andauernd verbessert werden. Arbeit ist somit kein originärer Produktionsfaktor mehr, sondern ein Faktor, der meist einen langen Ausbildungsprozess durchlaufen muss. Von der Wirtschaft und der Gesellschaft besteht somit eine Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften; Struktur und Umfang dieser Nachfrage versucht man im Manpower-Ansatz in den Griff zu bekommen.

Neun Schritte

Grundsätzlich werden dabei folgende Schritte vollzogen (als Ausgangspunkt dient hier das *Bombach-Modell,* die theoretische Grundlage für die Arbeiten Rieses, Widmaiers und neuerdings auch *Jermanns,* das von der Vorstellung ausgeht, dass die Kenntnis der künftigen *Strukturentwicklung* einer Wirtschaft für die Bedarfsprognose wichtiger ist als die genaue Kenntnis einer *globalen Wachstumsrate.* Das Bombach-Modell beschränkt sich zudem auf die Prognose des Bedarfs an Hochschulabsolventen (46):

1. Schätzung des Bruttosozial- oder Bruttoinlandprodukts oder, falls es sich um ein Entscheidungsmodell handelt, Annahmen über die angestrebte Höhe.

2. Schätzung der Nettoproduktionswerte der Wirtschaftsbereiche (Sektoren)

3. Schätzung der *sektoralen Arbeitsproduktivitäten;* die Division von 2. durch 3. ergibt den erforderlichen Arbeitskräftebedarf für die einzelnen Sektoren.

4. Schätzung der sektoralen Berufsklassenstruktur. Dieser Zwischenschritt ist erforderlich, weil die einzelnen Berufe eine unterschiedliche Qualifikationsstruktur aufweisen.

5. Die Besetzung eines bestimmten Berufes pro Sektor ergibt, addiert über alle Sektoren, den Gesamtbedarf an Arbeitskräften dieses Berufes.

6. Schätzung der für jeden einzelnen Beruf erforderlichen Qualifikationsstruktur.

7. Die Addition eines bestimmten Bildungsniveaus bzw. einer bestimmten Fachrichtung für alle Sektoren ergibt den erforderlichen Bestand an Arbeitskräften eines bestimmten Bildungsniveaus bzw. einer bestimmten Fachrichtung.

8. Transformierung der Bestandesgrössen in Strömungsgrössen. Der Anspruch an das Bildungswesen (Bildungsbedarf) eines Prognosezeitraums besteht aus der Bestandesänderung an Arbeitskräften zuzüglich der während des Prognosezeitraums aus dem Arbeitsprozess ausscheidenden Arbeitskräfte.

Um den gesamten Bildungsbedarf für eine bestimmte Bildungsstufe bzw. Fachrichtung berechnen zu können, müssen, da nicht alle Ausgebildeten Arbeit suchen werden, entsprechende Erwerbsquoten geschätzt werden. Die Division von 8. durch 9. ergibt den totalen Bedarf an Ausgebildeten einer bestimmten Bildungsstufe bzw. Fachrichtung.

Zu diesem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft muss noch dazugezählt werden:

– basierend auf der Entwicklung der Schülerzahlen in den verschiedenen Bildungsstufen und -typen, basierend auf einem pädagogisch als optimal erachteten Lehrer/Schüler- und Lehrer/Klassen-Verhältnis die *Zahl der Lehrer.*

– der *Arbeitskräftebedarf des Staates* (Verwaltung etc.)

– basierend auf bestimmten *Dichteziffern* (deren Festsetzung als *politischer* Entscheid zu werten ist) die *Zahl der Aerzte, Pfarrer* etc.

Was sagt der »manpower approach« aus?

Der bedarfsorientierte Ansatz geht somit (in seiner strengsten) Version aus von:

– einem proportionalen Zusammenhang zwischen der Produktion einer bestimmten Gütermenge und der dazu verwendeten Produktionsmittel (Linearität der Produktionsfaktoren)

– einem konstanten Koeffizienten zwischen dem Stock an »human capital« und dem Produktionsvolumen (»manpower relation«)

(Siehe Abbildung 3)

– einer konstanten Produktionstechnik und einem konstanten Ausnutzungsgrad des »human capital«.

– der direkten Proportionalität des Sozialprodukts zu der für dessen Produktion benötigten Menge an »human capital«: »Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist eine abgeleitete Nachfrage; sie ist abgeleitet von der direkten Nachfrage nach denjenigen Gütern und Dienstleistungen, welche diese produzieren helfen.« (47)

Produktionserhöhungen sind somit nur bei *gleichzeitiger Erhöhung aller eingesetzten Produktionsfaktoren* möglich (Annahme vollständiger Komplementarität und Limitationalität der Faktoren). Nachfrageänderungen induzieren Produktionsänderungen, diese eine Aenderung der Bildungsinvestitionen. *Die Wachstumsrate der Endnachfrage bestimmt somit die Höhe der induzierten Bildungsinvestitionen.*

Bildungs- und Arbeitskräftebilanz

Dieser Arbeitskräftebedarf wird mit dem – weiter oben analysierten – Angebot an qualifizierten Arbeitskräften konfrontiert (siehe nebenstehendes Schema) woraus sich zukünftige Engpass- und Ueberschusssituationen ermitteln lassen: Da offensichtlich – das ist eine Grundannahme – zwischen Angebot und Nachfrage keine wirksamen Anpassungsmechanismen bestehen, Angebot und Nachfrage also duch eine gewisse Starrheit gekennzeichnet sind, besteht die Gefahr von Friktionen, sog. »Wachstumsverlusten«. Derartige Friktionen zu verhindern ist das Ziel des bedarfsorientierten Ansatzes.

Widmaier preist dieses Vorgehen überschwenglich:

»Die Form der simultanen Vorausschätzung mit Hilfe von Angebots- und Nachfragemodellen verbindet die Interessen der Begabten und Bildungswilligen mit denen des Landes und der Wirtschaft. Der einzelne wird besser informiert und erhält im Zuge einer Expansion des Bildungswesens grössere und differenziertere Möglichkeiten der Bildung und Ausbildung. Das Land kann sich auf die langfristigen Anforderungen sachlich vorbereiten und die zur Verfügung stehenden knappen Mittel den Ansprüchen und Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend einsetzen. Die Wirtschaft schliesslich kann langfristig die von ihr benötigten Arbeitskräfte in der gewünschten Bildungs- und Ausbildungsqualität erwarten. Damit verbessern sich zugleich die Möglichkeiten des einzelnen, seiner Begabung, Bildung und Ausbildung gemäss ins Arbeitsleben einzutreten und dort die ihm adäquate Aufgabe zu erfüllen.« (48)

Was von diesem idyllischen, quasi konfliktfreien Zustand zu halten ist, darüber wird noch zu diskutieren sein.

Auf alle Fälle wird hier deutlich, dass das Bildungswesen zu einem entscheidenden Instrument der staatlichen Wachstums- und Strukturpolitik wird: »Die dem Manpower-Ansatz zugrunde liegende Nachordnung der Zielwerte des Bildungssystems hinter die antizipierte Entwicklung des Wirtschaftssystems macht die volkswirtschaftlichen Zielwerte indirekt auch zu Zielgrössen des Bildungssystems.« (49)

Rolf Nef

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Die Themen des 3. Teils

- **Limitationalität oder Substitutionalität?**
- **Berufs- und Tätigkeitsfunktionen**
- **Extrapolation von Ungleichgewichten**
- **Nachfrage und Bedarf**
- **Ist eine Ueberqualifikation notwendig?**

(40) Offe, a. a. O., Seite 36
(41) ebenda, Seite 37
(42) Martin Kohli, »Ist Bildungsplanung überflüssig?«, in »Orbis Scientiarium«, 1971, Nr. 2, Seite 12
(43) Ralf Dahrendorff, »Bildung ist Bürgerrecht«, Hamburg, 1965, Seite 19ff.
(44) Riese, a. a. O., Seite 272
(45) ebenda
(46) Riese, a. a. O., Seite 273
(47) Widmaier/Bahr, »Bildungsplanung«, Seite 8
(48) Widmaier, »Bildung und ...«, Seite 36
(49) Hegelheimer, »Zukunftsorientierte ...«, Seite 243

Ceterum censeo: Autonomie

Die Autonomie-Frage wird im Rahmen der Hochschulreformkommission wieder aktuell. Reine Verwaltungsautonomie oder möglichste Unabhängigkeit des Erziehungswesens von der übrigen Politik (nicht aber vom Volk)? – Die durch Autonomie erreichte Entflechtung der Politik ist eine notwendige Voraussetzung für die Erhaltung einer echten Demokratie. – Es wird versucht, nachzuweisen, dass diese Vorstellungen keine unmöglichen Utopien sein müssen.

Autonomie ist ein Ladenhüter im Kramladen studentischer Forderungen. Wie die meisten »revendications« aus dem Jahr achtundsechzig wurde sie bereits anno 1919 ins »Programm des Schweizerischen Studentenbundes zur Umgestaltung der Universität (siehe letzten zs, S. 2) aufgenommen.

Wenn ich heute dieses Thema aufwärme, so nicht, um den zs zu füllen, sondern weil wieder einmal dafür gestritten werden muss: in der Hochschulreformkommission vorerst. Im Zusammenhang mit dem längst fälligen Einführungserlass zum Hochschulförderungsgesetz stellt sich die Frage:

Will die Universität Autonomie?

Autonomie nach Regierungsrat ist nicht dasselbe wie Autonomie nach Studentenschaft, deshalb die Unterscheidung:

Mini-Autonomie:

Vorschläge sind der Regierung willkommen, vor allem da, wo diese (begreiflicherweise) kaum eigene Ideen hervorbringt: Lehrbetrieb und Studienreform. In Sachen Bildungsplanung hätte man gerne die nötigen Unterlagen und allfällige Meinungen und Wünsche. (Wie viele Lehrstühle werden in den nächsten Jahren geschaffen?...)

Man ist sich einig: Das Hochschulförderungsgesetz (oder besser: die Entwicklung) verlangt eine grössere Verwaltung, mehr Kleinarbeit. Erziehungsdepartement und Rektorat lassen einander gerne den Vortritt...

Verwaltung und Meinungsbildung: Soweit ist die Autonomie der Universität unbestritten – wenigstens ausserhalb der Universität...

Natürlich hat die Verwaltungsautonomie ihre Gefahren: Getrennt von der Regierung und von den nützlichen Verbindungen zu anderen Stellen, kann ein isolierter Beamtenstaat in der Universität entstehen, wenn nicht die demokratische »Führung« ausgebaut wird (Universitätsrat, Mitbestimmung).

Die Mini-Autonomie hat wenig Wert, wenn sie nicht weiterführt, nämlich Richtung

Autonomie

Autonomie heisst Selbstbestimmung, nicht Meinungsbildung. Dass sie für eine Uni nicht vollständig sein kann, ist klar; die Hochschule ist finanziell und vor allem von ihrem Auftrag her von der Gesellschaft abhängig und soll es bleiben. Sie kann aber ihren Auftrag an der Gesellschaft gerade nur dann wirklich erfüllen, wenn sie sich vor direkten behördlichen Eingriffen schützen kann. Autonomie wäre in einem durch ein Universitätsgesetz zu setzenden Rahmen zu gewähren. – Soweit die Gemeinplätze

Die Hochschule ist ein Bestandteil des gesamten Bildungswesens und kann wohl nur im Rahmen einer Autonomie dieses grösseren Bereiches die ihrige erlangen.

Eine Utopie? Auf kommunaler Ebene ist die weitgehende Unabhängigkeit der »Schulgemeinde« von der »politischen Gemeinde« eine Selbstverständlichkeit. Sogar finanziell ist die Schule mancherorts unabhängig, indem sie eigene Steuern erhebt. Der »*Bildungskanton*« wäre nur die logische Fortsetzung dieser bewährten *Entflechtung* der Gemeindepolitik.

Weshalb Autonomie oder: Thesen zur Demokratie

1. Das Glück des Menschen besteht zu einem Teil darin, dass er über sein Geschick mitbestimmen kann.

2. Auch ein modernes Staatswesen kann auf die Länge nur dann für den Menschen funktionieren, wenn die Bürger durch verantwortliche Beteiligung an ihm interessiert sind. Demokratie ist damit auch heute noch aktuell.

3. Da die politischen Zusammenhänge zunehmend komplizierter und undurchsichtiger werden, kann Demokratie nur noch erreicht werden durch

– Aufteilung der Politik in Sektoren, Entflechtung

– Durchsichtigkeit in allen Entscheidungen und verbesserte Informations- und Einflussmöglichkeiten

– Verbesserung der politischen Bildung, deshalb Autonomie.

4. Zielvorstellungen und Wertsetzungen müssen demokratisch gefunden, ihre Umsetzung nur noch demokratisch kontrolliert werden. Heute muss das Volk Kontrollfunktion übernehmen für Ziele, die es nicht gesetzt hat (viele, oft unwichtige Abstimmungen). Wertsetzungen bedingen meist weniger Sachkenntnis als ihre Umsetzung.

Das wohlklingende Konzept wäre entworfen; bleibt, es in Konkreteres zu übersetzen.

Praktische Konsequenzen

Wie kann in der Experimentierphase auf diese Vorstellung hingearbeitet werden?

- Bildung des Universitätsrats neben den gesetzlichen Gremien, Uebertragung von Kompetenzen, die nicht im Gesetz eindeutig einem anderen Gremium vorbehalten sind (Bildungs- und Bauplanung, Strukturfragen, Richtpläne usw.)
- Erweiterung der Hochschulkommission durch Hochschulangehörige.
- Erweiterung des Erziehungsrats durch beratende Mitglieder und Kompetenzdelegation der Erziehungsdirektion an den Erziehungsrat.

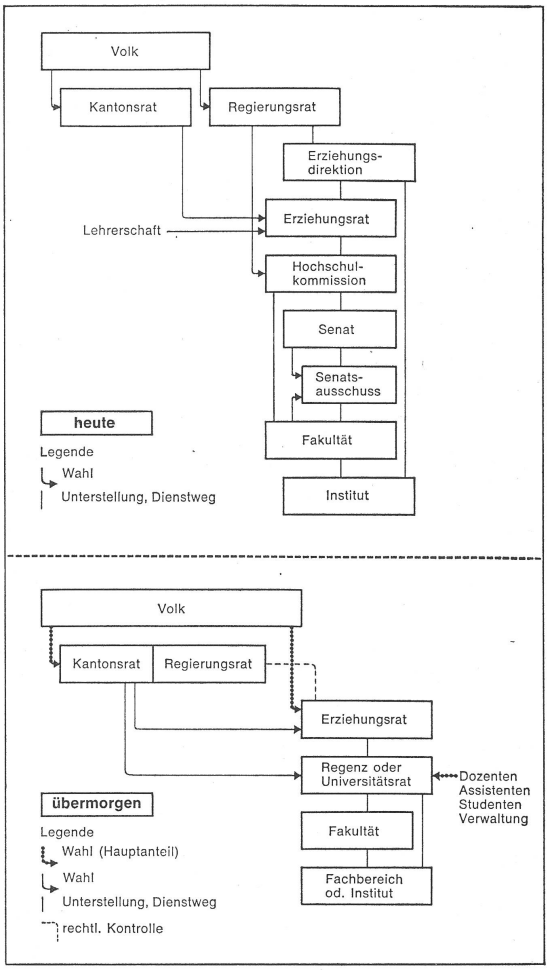
Zu einigen Argumenten und »Argumenten«

Die »kurzlebigen« Studenten...

Ein vielgehörtes »Argument« gegen Mitbestimmung: Studenten sind nur kurzfristig an der Uni und noch kurzfristiger in den universitären Gremien. Daraus wird stillschweigend gefolgert: Sie werden um die Zukunft der Uni weniger besorgt sein als die Dozenten. Könnte man den Spiess nicht umdrehen? Weil die einzelnen Studentenvertreter die Früchte ihrer Vorstösse sowieso nicht mehr selber ernten können, werden sie nicht Vertreter ihrer Sonderinteressen sein, sondern Vertreter der gesamten Studentenschaft und einer zukunftsgerichteten Uni, an der sie grösseres Interesse haben als ein sechzigjähriger Dozent. Die studentischen Forderungen haben sich jedenfalls als nicht kurzlebig erwiesen (siehe nochmals das Programm aus dem Jahre 1919).

Solange das Volk die Finanzen gibt...

...wird es die Autonomie der Uni nicht zulassen. – Es ist hoffentlich klar geworden, dass hier nicht angestrebt wird, das Bildungswesen und damit die Uni dem Einfluss des Volkes zu entziehen. Im Gegenteil: Durch die Volkswahl des Erziehungsrats soll der Bürger des Sektors Bildung und der übrigen direkteren Einfluss erhalten. Autonomie heisst Entflechtung des Sektors Bildung und der übrigen Politik, Transparenz und Selbstbestimmung in Sachfragen, die die innere Organisation betreffen. Es sei an die erwähnte Parallele Bildungskanton–Schulgemeinde erinnert.



Die »faktische« Autonomie

Die Entscheidungskompetenz sei nicht so wichtig, begründete Vorschläge der Uni würden »oben« sowieso akzeptiert, Korrekturen seien höchst selten, die Mini-Autonomie genüge also vollkommen, hört man oft. – Korrekturen sind wirklich selten – denn man weiss genau, was man »oben« erwartet, und tut es getreulich. »Das wird oben sowieso nicht durchkommen« und »Sehen wir zuerst, was die da oben überhaupt von uns erwarten!« sind die bestimmenden Voten in universitären Gremien ausserhalb der Routinegeschäfte.

Werner Stahel

Akademische Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

Der »zs« sucht

Der »zs« sucht eine Kommilitonin oder einen Kommilitonen, die (der) jeden Monat 2½ Stunden Zeit hat, um bei der Verteilung des »zs« in die Institute mitzuwirken. Honorar: 30 Fr.

Reflexionen anlässlich eines Arbeitsweekends des »International Students Club«

Sag mir, wo die Studenten sind...

Was tun Zürichs 16 000 Studenten, wenn sie nicht gerade studieren? Versickern sie, als blosse drei Prozent gleich anderen Minderheiten, in der bürgerlichen Gesellschaft, oder sind sie auch nach Vorlesungsschluss identifizierbar als Gruppe mit spezifischen Verhaltensnormen, eigenen Treffpunkten und einem bestimmten Gruppenleben? Anders gefragt: Wohin geht der Student abends, nach der Arbeit, am Wochenende?

Wohin es nicht geht, nicht gehen kann, ist leichter auszumachen. Das Studentenheim der ETH, die Uni-Mensa, sind geschlossen. Geschlossen sind auch das Foyer an der Voltastrasse und – vorübergehend – das »Schlüsselloch« an der Zweierstrasse, das seinen studentischen Charakter zwar ohnehin schon weitgehend verloren hat. Das Polyfoyer beherbergt – vorläufig noch – meist ein Kammertheater. Einen Ort, wo sich die Studenten als Studenten ausserhalb der Hörsäle treffen können, gibt es nicht: jedenfalls nicht in der Grössenordnung etwa der englischen »Student-Unions«, wo fast zu jedem Zeitpunkt einige hundert Studenten anzutreffen sind.

Dies hat seine Gründe und Konsequenzen. Ein Grund ist sicher der, dass die Studienzeit hier von den meisten als Transitphase begriffen wird, deren Inkonvenienzen zwar erkannt werden, die zu beheben aber nicht der Mühe des Einzelnen wert scheinen. An Versuchen, hier etwas Analoges zu den »Student-Unions« zu errichten, hat es nicht gefehlt. Das Problem war aber nie dringlich genug, um natürliche Trägheitsmomente zu überwinden. Solange der Einzelne nicht die Allgemeinverbindlichkeit seiner Bedürfnisse realisiert, ist wenig anzufangen. Wie aber sollte er sich dessen inne werden, bedarf es dazu doch eines breitangelegten Kommunikationsprozesses, der eben durch die Absenz von Kommunikationszentren im Stil einer »Student-Union« ausbleibt.

Ist eine »Student-Union« notwendig?

Zu fragen ist, ob das Bedürfnis nach einer »Student-Union« nicht nur ein tatsächliches, sondern auch ein wünschenswertes ist. Es liesse sich argumentieren, dass ihr Nichtvorhandensein eine Chance sei. Dafür eine Chance, dass sich die Universität mittels ihrer Studenten der Gesellschaft in einer Weise zu öffnen hat, dass diese von ihr durchdrungen und mitgeformt wird. Denn die geschlossene Universität, zu der etwa das amerikanische Campussystem geführt hat, wo Studenten jahrelang in akademischer Inzucht ein den alltäglichen Problemen enthobenes Leben führen, bringt es mit sich, dass die Studenten sich der Praxis des Lebens des Volkes zu sehr entfremden, als dass sie noch in der Lage wären, mit ihren theoretischen Lösungsvorschlägen zu kommunalen und gesellschaftlichen Problemen Realisierbares beizutragen (Berkeley, mit seiner »verkehrten« Studenten-Bürger-Relation wird zum Testfall werden).

Das bedeutet allerdings nicht, dass die hiesige Situation in ihrem Ansatz schon fruchtbarer wäre. Es kann hier eine Universität durch ihre Studenten der Gesellschaft unmittelbar sehr wenig geben, wenn diese Studenten nicht zuerst sich selber zu finden vermögen, indem sie zuerst für sich eine Gruppenidentität mit eigenen Denk- und Aktionsmustern entwickeln, die dann in der Gesellschaft Schule machen könnten. Dass der Student dank seinem einzigartigen Status gesellschaftspolitisch als Katalysator wirken kann, ist nicht zu bestreiten. Als kaufkraftarmer Konsument in einer Verbrauchergesellschaft zwingt ihn allein schon seine ökonomische Isolation zur Reflexion. Weit mehr als der in den Produktionsprozess eingespannte Arbeiter hat er Musse und Anlage zu einer Analyse gesellschaftlichen Sachverhaltens, zum Entwurf und zur Diskussion von Alternativmodellen.

Diskussionen zu isoliert

Die Diskussion findet zwar statt, aber zumeist in kleinem Rahmen und unter Gleichgesinnten. Als Resultat bilden sich oft dogmatische Fixierungen, die sich an kontradiktorischen Veranstaltungen in einem Austausch von sinnentlehrten Verallgemeinerungen und Schlagworten äussern. Gemessen an der Zahl aller Studierenden, ist die Diskussion auf eine Minderheit beschränkt. Dem wäre entgegenzuwirken, wenn sich zur studentischen Begegnung ein permanentes Forum finden liesse, das schon raummässig zu einer Beteiligung einer grösseren Zahl einlädt. Es braucht keine »Student-Union« zu sein. Denkbar wäre, dass bereits die ständige Oeffnung der beiden Uni-Mensas abends und über das Wochenende zu einem intensiveren und breiteren Kommunikationsprozess über studentische und gesellschaftliche Probleme führen würde. Der Versuch, meine ich, wäre zu wagen.

Anlass zu diesen Erwägungen sind einige Eindrücke, die ich als Gast an einem Arbeitsweekend des »International Students Club« empfing, als dieser sich am 17./18. April 1871 in Stäfa zu einem Ueberdenken seiner Funktionen innerhalb des zürcherischen Studentenlebens zusammenfand. Die Ziele, die sich der ISC gesetzt hat, und die Möglichkeiten, die ihm mit seinem Kellerlokal im Augustinerhof gegeben sind, lassen ihn kaum zu einem Diskussionsforum in dem eben angedeuteten Sinne machen. Seine Aufgabe ist eine andere, doch kaum von geringerer Relevanz. Im folgenden soll einigen Aspekten des ISC nachgegangen werden, die für sich einen Kommentar zum Studentenleben Zürichs bilden mögen.

Der Zweck der ISC

Auszugehen ist davon, dass dieser Klub seinen Zweck darin sieht, Kontakte zwischen schweizerischen und ausländischen Studenten herbeizuführen. Das ist nichts Leichtes, denn die Apartheid-Politik, die hierzulande im Ansatz gegenüber Gastarbeitern praktiziert wird, hat auch auf der studentischen Ebene ihre Entsprechungen. Eine VASZ-Umfrage hat gezeigt, dass es beinahe der Normalfall ist, wenn ein ausländischer Student in Zürich keine engeren nichtfunktionellen Kontakte mit Schweizern herstellen kann. Er bewegt sich deshalb meist in seiner nationalen Gruppe, die – besonders wenn sie über eigene Treffpunkte verfügt – das geschlossene Leben einer Auslandkolonie führt. Die Gruppengrenzen werden eigentlich nur gegenüber anderen Ausländerkolonien geöffnet, kaum gegenüber Schweizern. Wie dem entgegengesteuert werden könne, war eine der Kernfragen, die sich an diesem Arbeitsweekend stellte.

Das Problem ist sowohl eines der Methode wie der Zahl. Diese ist seit Jahren annähernd gleich geblieben, bei etwa 250. Etwas mehr als hundert Klubmitglieder sind Ausländer, was bei über 2000 ausländischen Studierenden

(Fortsetzung Seite 23)

»Ganz gleich mit welchen Mitteln ...«

Bürgerliche Parteien pflegen sich vor Wahlen — mittels ihrer Wahlprogramme — im Mantel sozialer Aufgeschlossenheit und Reformfreudigkeit zu präsentieren. Das — an sich durchsichtige — Manöver verfängt: Wählerschichten, die ausser schönen Wahlversprechungen von diesen Parteien wenig oder nichts zu erwarten haben, lassen sich blenden und ködern. Jene Kreise, die bürgerliche Denkungsart und Machtpositionen am meisten fördern, weil sie an der Erhaltung der Strukturen (ihren Privilegien) interessiert sind, sehen ihre Positionen gesichert.

Wie die Interessen wirklich liegen, ist daher weniger in bürgerlichen Wahlprogrammen zu lesen — als in Verlautbarungen der den bürgerlichen Parteien nahestehenden Wirtschaftsverbände, Unternehmungen ...

Beispielsweise die »Europäische Möbel-Union GmbH.«:

»Wir sind alle aufgerufen, unser heiligstes Gut zu verteidigen, unsere Freiheit.«

»Die APO ist mehr oder weniger tot. Nicht tot aber sind die Drahtzieher dieser Bewegung ...

Welche Ziele haben nun diese Gruppen, und wie ist ihre Taktik? Taktisch versucht man eine Politik, die von unten nach oben zielt. Man beginnt in den Kommunen und verlangt den sogenannten **Null-Tarif für alle öffentlichen Verkehrsmittel ...**

Die weitere Forderung verlangt den **Null-Tarif für alle Krankenhäuser.** Gleiches Recht und gleiche Behandlung für alle ...

Weiterhin soll der **Grund und Boden in den Städten und Gemeinden entprivatisiert** werden. Jeder Mitbürger hat Anspruch auf eine Wohnung, die letzten Endes dann wohl auch zu diesem berüchtigten Null-Tarif abgegeben werden soll. Und hier, meine Damen und Herren, beginnt die Sache für uns ganz besonders interessant zu werden. Wenn die Wohnung gratis allen zur Verfügung stehen soll, wie wird es dann mit den Möbeln? Wenn es gelingt, das eine durchzusetzen, ist es zu dem andern nur ein kleiner Schritt.

Wir sind alle aufgerufen, ganz gleich in welchem Land, ganz gleich mit welchen Mittel (sic!), ganz gleich in welcher Position wir stehen, unser heiligstes Gut zu verteidigen: die Freiheit.«

Zitate aus der Präsidialansprache anlässlich der Versammlung der Union vom 25. Mai 1971 in Zürich

Ist es auch Unsinn, so hat es doch Methode ...

Die Methode: Als »Verteidigung der Freiheit« werden deklariert der Kampf für die uneingeschränkte Freiheit des persönlichen Profits und der reaktionäre »Wehret-den-Anfängen«-Appell, der jede Reform blokkieren soll.

SP-Ziele:

- **Forcierter Ausbau des Verkehrsnetzes unter rigoroser Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs.**
- **»Klassenloses Krankenhaus«: Ein Kranker soll nach der Schwere seiner Krankheit, nicht nach der Schwere des Portemonnaies behandelt werden.**
- **Reform des Bodenrechtes: Kommunalisierung des Bodens in den Wohn- und Industriezonen.**

SP: **»Wir sind alle aufgerufen (nicht ganz gleich mit welchen Mitteln ... !), auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, in der — auf der Basis sozialer Gerechtigkeit — die Freiheit jedes einzelnen realisiert wird.«**

SP: Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich
Engelstrasse 64, 8004 Zürich

500 m oberhalb der Uni
montieren wir Ihnen

PNEUS

zu günstigen Preisen
(Alle bekannten Marken)

PNEUHAUS W. H. KLEINHEINZ, 8033 ZÜRICH
Culmannstr. 83 (hinter Hotel Rigihof), Tel. 28 37 15

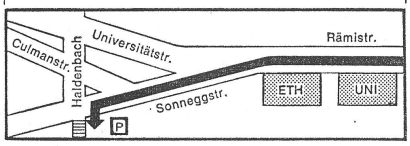
APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH
Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Telephon (01) 47 32 30

PHARMA TIP:

Reisen und Darminfektionen: Gefahrenquellen: Trinkwasser, Salat, kalte Speisen mit Fisch, Wurst und Mayonnaise, Eiscrème. Vorbeugend für Reisen in den näheren Süden: Schluckimpfung, Darmdesinfektionsmittel; Impfungen und Auskunft über weitere Massnahmen beim Besuch gefährdeterer Gebiete: Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Gloriastrasse 32, 8006 Zürich.

Taschenbücher!!!
rororo. Fischer.
Heyne. Ullstein.
Goldmann. Knaur.
Suhrkamp. dtv.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen jetzt auch Fotokopien.
Für 20 Rappen.

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.

Buchhandlung Sonnegg
Geöffnet: 8.30—12.15 und 13.00—18.30 Uhr
Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Ansprechende Auswahl
günstige Preise finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med. vet. Institut im Kant. Tierspital
Karl der Grosse	Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Olivenbaum	Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)
Frohsinn	am Hottingerplatz (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Unser Spezialgebiet ist

Evangelische Theologie

Sie finden uns in nächster Nähe an der
Schifflände 24, Tel. 32 09 70, und an der
Badenerstrasse 69, Tel. 27 07 55
CVB Buch + Druck

Vermögensbildung
Konto-Arten und ihre Vorteile
Geldanlage in Wertpapieren
Grundstücke und Immobilien
Gold und Silber
Güterrecht der Ehegatten
AHV (neue Bestimmungen)
Vom Erben
Steuerfragen
Kredite
Vermögensverwaltung
Beratung durch die Bank

Das sind die Themen unserer Broschüre «Bescheid wissen in Geldsachen», die soeben in zweiter Auflage erschienen ist und die Sie

gratis

bei jeder unserer Niederlassungen erhalten. Auch wenn Sie nicht unser Kunde sind. Wir finden nämlich, dass jedermann in Geldsachen Bescheid wissen sollte.

Schweizerischer BANKVEREIN
1872 Société de Banque Suisse
BVR-21d

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG
WURZEL
Mühlegasse 19 bei der Zentralbibliothek Telephon 32 14 80

DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache

Das Baskenland und die ETA

Das spanische Nationalitätenproblem aus der Sicht eines baskischen Studenten

Wer sind eigentlich die Basken, wo leben sie, woher kommen sie und woher kommt ihre Sprache? Wie sehen ihre sozialen, politischen und universitären Probleme aus? Was ist die ETA? Diese und ähnliche Fragen tauchen zunächst im Zusammenhang mit dem Prozess von Burgos und der Entführung des deutschen Honorarkonsuls Beihl auf. Ihre Beantwortung ist nicht leicht, zumal unsere Presse nicht gerade mit Berichten überschwemmt wird, die dem Hintergrund des baskischen Unabhängigkeitsstrebens gerecht zu werden versucht. Unser französischer Mitarbeiter Jean-Pierre Langlois hat in Devsto einen baskischen Studenten um die Darstellung des Problems aus seiner Sicht gebeten.

Die Redaktion

Woher kommen die Basken, zu welcher Völkerfamilie gehören sie?

Ueber ihre Herkunft ist nichts Genaues bekannt, und es wurden schon verschiedene Theorien darüber aufgestellt. Sicher ist nur, dass sie sich direkt nach den Kelten und den Iberern im Norden Spaniens niederliessen. Der deutsche Archäologe *Schmidholz* glaubt, sie seien mit den Georgiern verwandt, und der spanische Historiker *Dosto* ist überzeugt von ihrer iberischen Abstammung.

Die *Sprache* der Basken gehört keiner der grossen Sprachfamilien an und hat auch mit Finnisch und Ungarisch nichts gemeinsam.

Von der jetzt im Baskenland lebenden Bevölkerung ist nur ein kleiner Teil wirklich baskischer Abstammung. Der echte Baske ist gross und kräftig, sehr tratitionsverbunden, was die Bräuche seines Landes betrifft, und vor allem ist er überzeugter Baske und liebt sein Land über alles. Es gelang nicht einmal den Römern, dieses zähe kleine Völkchen zu unterwerfen.

Zusammen mit Katalonien hat das Baskenland *die am besten entwickelte Industrie Spaniens*, was die Arbeiter aus ärmeren Gegenden anzieht, die sich mit der einheimischen Bevölkerung vermischen. Sie lernen schnell etwas Baskisch und verschmelzen es dann oft mit Spanisch zu einer dialektähnlichen Sprache. Reines Baskisch sprechen heute nur ungefähr 50 000 Personen.

Die spanische Regierung hat das Baskenland in folgende Provinzen aufgeteilt: Alava, Guipuzcoa und Vizcaya mit den respektiven Hauptorten Vitoria, San Sebastian und Bilbao. Die Basken selber sind damit gar nicht einverstanden, denn sie möchten ihr Land als Einheit bewahren und sehen in der Aufteilung eine Anmassung der spanischen Regierung, die sich damit eine bessere Kontrolle über dieses widerspenstige Volk verspricht.

Und wie siehst du das Baskenproblem?

Die *Ursachen* dafür liegen in der Ueberzeugung der Basken, nicht zu Spanien zu gehören. Sie empfinden es als geradezu entehrend, als Spanier gelten zu müssen, und was ihre Abstammung betrifft, gibt ihnen die Geschichte soweit recht, als erwiesen ist, dass sie nicht wie die Spanier keltischer Herkunft sind.

Es fällt den Basken schwer, sich dem faschistischen Regime Spaniens zu unterwerfen, denn sie möchten ihr Land selbst verwalten. Die Ideologiepolitik der Basken ist ziemlich linksgerichtet, aber es existiert auch eine Minderheit mit demokratischen oder sozialistischen Tendenzen.

Die spanische Regierung hat die höchsten Stellen in der *Verwaltung*, im Militär, in der Polizei und an den Universitäten *mit Nichtbasken besetzt*. Die einzige Ausnahme bildet die Universität von Deusto, wo baskische Professoren unterrichten, aus Gründen, auf die ich noch zurückkomme.

Es ist daher verständlich, dass sich die Basken von Spanien lösen möchten, um sich mit den Basken Frankreichs zusammenzuschliessen und einen eigenen Staat zu gründen.

Wie denkst du über das baskische Studentenproblem?

Ich glaube, dass sich meine Ansichten mit den der meisten baskischen Studenten decken. Die baskischen Studenten haben vielfach gegen die *gleichen Probleme* zu kämpfen *wie die spanischen Studenten*, nur darf man nie den baskischen Separatismus vergessen. An den Universitäten von Bilbao und San Sebastian ist es *verboten, Vorlesungen in baskischer Sprache zu geben*. Wie schon erwähnt, sind die Professoren und die Rektoren Spanier, die sich natürlich nicht um die Probleme der einheimischen Studenten kümmern, welche vor allem Unterricht in baskischer Sprache verlangen. *Vorlesungen in Baskisch sind verboten*, weil das schon einem Schritt zur Anerkennung des Baskenlandes gleichkäme. An gewissen Universitäten wird dieses Verbot manchmal missachtet, was aber den Professoren und den Studenten hohe Gefängnisstrafen eintragen kann. Oft wird diesen Professoren *der Lehrstuhl entzogen*, und sie dürfen dann nie mehr in Spanien unterrichten. Einige Professoren haben ihren Lehrstuhl selbst aufgegeben und sich auf andere Gebiete als Sprachen spezialisiert.

Was versteht man eigentlich unter ETA?

Die drei Buchstaben bedeuten auf baskisch: *Euzkadi Ta Azkatusuna*, das heisst auf deutsch ungefähr: Freie baskische Nation. Diese Organisation wurde 1948, am Ende des spanischen Bürgerkriegs, an der *Universität von Deusto* gegründet. Diese Universität wurde der Sitz der Organisation, weil sie keine staatliche Institution ist, sondern eine kirchliche der Jesuiten. Nach dem Abkommen der spanischen Regierung mit dem Vatikan vom Mai 1945 sind alle kirchlichen Unternehmungen souverän und können sich selbst regieren. Die Universität von Deusto ist die einzige im Baskenland, die nur baskische Professoren hat und wo der Unterricht auf baskisch geführt wird, da 97 Prozent der Studenten baskischer Abstammung sind. In dieser Universität sind Leute mit *Rechtsideologie* und Vertreter der *spanischen faschistischen Regierung* unerwünscht.

Die ETA wurde, wie das Wort selbst sagt, als *Organ für den Freiheitskampf der Basken* gegründet. Die Gründer waren in erster Linie *Intellektuelle*, die aus Hass gegen das spanische neofaschistische Regime sich für die Massaker von Guarnica im Jahr 1937 revanchieren wollte. Später kamen auch *Professoren und Arbeiter* dazu und teilten sich anlässlich einer Zusammenkunft in drei Gruppen auf. Nach dieser Teilung haben sich überraschenderweise auch die baskischen Priester an diesen Gruppen passiv beteiligt. Diese Leute, die man vorher nur als Geistliche betrachtet hat, haben sich vor dem spanischen Vertreter des Papstes in Toledo, Dr. Tarrascon, das Gewand zerrissen, um dem spanischen Volk zu beweisen, dass alle Menschen, die für eine Ideologie kämpfen, gleich sind und dass die Priester genau dieselben Menschen sind wie die anderen. Sie haben in ihren Kirchen Gewehre und Munition der ETA-Angehörigen versteckt und diese, wenn sie verfolgt wurden, in Sicherheit gebracht. Als alles das geschehen war, wussten die Leute der ETA, wie sie arbeiten mussten, um das baskische Volk gegen das spanische Regime zu verteidigen. Um zu erreichen, was sie jetzt hat, musste die ETA während mehr als 15 Jahren geheim arbeiten. Während dieser langen Zeit musste das baskische Volk ständig in der Angst leben, dass die mörderische spanische Regierung merkte, was in den baskischen Provinzen vor sich ging. Die Vorbereitungen wurden in Frankreich getroffen, dank unseren Brüdern, den französischen Basken.

Man sagt, die ETA sei keine revolutionäre Gruppe, sondern eine Gruppe von Banditen. Was meinst du dazu?

Ich denke darüber genauso wie jeder andere Baske, nämlich: Dass man uns als Banditen hinstellen will, ist nur eine Propagandaaktion der spanischen faschistischen Regierung, um unserem Ruf in der ganzen Welt zu schaden. Gleichzeitig erliess diese Regierung Aufrufe an die Bevölkerung, für Franco zu demonstrieren. Dazu ein Beispiel:

Der Stadtpräsident erwartet von allen Einwohnern von Albatera, sich an der Versammlung, die morgen Mittwoch um 12.00 Uhr in Alicante stattfinden wird, zu beteiligen, um öffentlich unser Einverständnis mit unserem Caudillo (Franco) zu bekunden und die subversiven Einflüsse der ETA und ausländischer Elemente zurückzuschlagen, die unsere Einheit und den Frieden zerstören wollen. Die Reise findet mit Privatfahrzeugen statt. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr in der Strasse Virgen del Rosario.

Albatera, 12. Dezember 1970
Der Stadtpräsident

Auch europäische Zeitungen brachten Meldungen, wonach Franco die Demonstranten sogar bezahlt hatte. Auch dafür möchte ich ein Beispiel geben:

Paris, 1. Januar

(DPA) Der Präsident der baskischen Hilfsvereinigung in Frankreich, Monzon, beschuldigte das spanische Regime, mit Geldzahlungen Teilnehmer für francotreue Demonstrationen geworben zu haben.

Wie Monzon unter Berufung auf zuverlässige Zeugenaussagen erklärte, sollen einfachen Demonstranten je 250 Peseten (15.50 Fr.) und Trägern von francofreundlichen Plakaten je 3000 Peseten (186 Fr.) gezahlt worden sein. In Pamplona seien trotz intensiver Werbung nur 3000 Menschen zu einer Demonstration zusammengekommen, von denen 800 Polizisten gewesen seien. In den 250 Gemeinden der Provinz Navarra, deren Bevölkerung zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen worden sei, hätten sich nur acht als Plakatträger hergegeben.

Es wird auch gesagt, dass die ETA nur Banken ausraube und Menschen erschiesse. Was sagst du dazu?

Das erste ist total falsch. Die ETA braucht keine finanzielle Unterstützung. Was die zweite Behauptung betrifft, hat die ETA sicher Menschen umgebracht, aber immer aus Kreisen von Militär- und Amtspersonen. Wie die meisten Leute in Europa wissen, hat sich der Baskenprozess von Burgos auf die *Tötung des Polizeichefs Manzanas* bezogen. Im August 1968, als Manzanas umgebracht wurde, schrieb die Madrider Regierungszeitung Arriba: »Heute wurde in San Sebastian der gütige und ehrenvolle Vertraute der spanischen Regierung, Manzanas, auf die feigste Weise umgebracht.« Diese Meldung wurde auch so von der europäischen Presse übernommen, aber jedermann im Baskenland weiss über diese Tat die Wahrheit. Dieser Mann ist mit der spanischen Regierung 1944 auf der Seite der nazistischen Gruppen an der russischen Front gewesen und hat von dort auch die grauenhaften Methoden der SS übernommen, die er später als Polizeichef in den baskischen Provinzen praktizierte. Jeder Mensch, den er als ETA-Angehörigen in Verdacht hatte, hat er mit seinen *grauenhaften Foltermethoden* arbeitsunfähig gemacht oder für sein ganzes Leben gesundheitlich geschädigt. Es gibt verschiedene dieser schrecklichen Foltermethoden. Ich möchte dir nur ein Beispiel nennen:

»*Die Waage*«: Der Verdächtige wird an den Füssen aufgehängt, der Kopf hängt meist knapp über dem Boden, doch kann die Aufhängevorrichtung auch mehrere Meter in die Höhe gezogen werden. Der Schmerz an den Füssen ist bei dieser Tortur fast unerträglich; zudem wird der Gefolterte auch noch in Schwingbewegungen versetzt und in die Rippen, die Nieren und in die Hoden geschlagen.

Ueber all diese Gefolterten und die Tätigkeit des Polizeichefs hat die Regierung immer *Stillschweigen* bewahrt. Als die ETA von seinen Quälmethoden erfuhr, forderte sie ihn über den freien baskischen Radiosender auf, damit aufzuhören, sonst könnte ihm einmal etwas geschehen.

Welches sind nun die politischen Ziele der ETA?

Wie schon gesagt, bedeuten die drei Buchstaben ETA freie baskische Nation; und das ist auch mehr oder weniger das Ziel dieser Organisation. Dies wollen die Angehörigen der ETA *nicht mit Gewalt* erreichen, sondern als zivilisierte Menschen unseres Jahrhunderts *auf diplomatischem Wege*. Aber bis jetzt hat sich das *gar nicht gelohnt*, weil die mörderische spanische Regierung dies verunmöglichte, da sie immer *mit Gewalt* antwortete. Aus diesem und keinem anderen Grund musste die ETA mit den gleichen Waffen zurückschlagen.

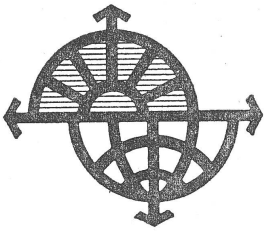
Durch die Ereignisse vom Dezember letzten Jahres hat die baskische freie Nation (ETA) bei der europäischen Bevölkerung *viele Sympathien* gewonnen und sich in Europa einen festen Platz erobert. Der grösste Teil dieser Leute hat das Problem der ETA als Grund genommen, um gegen die letzte noch in Europa herrschende faschistische Regierung zu demonstrieren.

Jeder ETA-Angehörige und -Sympathisant hat sich das Ziel gesetzt, die europäische Bevölkerung vermehrt über das Baskenproblem zu informieren und damit die wirklichen Freunde des Baskenlandes zu vereinigen.

Die ETA kann sich nicht allein behaupten, deshalb hofft sie, dass die Jungen Europas ihr dabei helfen, ihr Ziel, *ein freies Baskenland*, zu erreichen.

Auf Spaniens Strassen ...

Ist der SSR subversiv?



– Gewiss, das ist er. Sofern man es nämlich bedenklich oder gar die herrschende Moral gefährdend findet, wenn Studenten aufgefordert werden

– dem Studierbetrieb gelegentlich den Rücken zu kehren,

– an südlichen Meeresstränden die intellektuelle Blässe in lebensfrohe Bräune umzurösten,

– oder an skandinavischen Küsten dem idyllischen Fischerleben zu frönen,

– das Leben hinter dem Eisernen Vorhang durch eigene Anschauung kennenzulernen,

– zu Sonderpreisen nach London, Wien oder gar nach Asien zu fliegen.

Solche Dinge offeriert der SSR. Und dazu noch ohne schlechtes Gewissen. Studieren, finden wir, ist ein Begriff, der sich nicht allein in akademischer Gelehrsamkeit und gedämpften Hörsaalmonologen erschöpft. Die Elfenbeinturm-Ideologie braucht Alternativen. Der SSR hat sie!

★

Uebrigens: Die Kapazität unserer Sommerangebote ist nicht unbeschränkt. Einige Reisen sind sogar bereits ausgebucht. Zur Panik ist allerdings kein Anlass. Immerhin: Wer früh bucht, reist sicher!

Für (noch) Unentschlossene: Spezialtips für diesen Sommer sind:

– Segelschiff-Robinsonade in den dalmatinischen Gewässern,

– Badeferien im romantischen Mahdia (Tunesien), in Portugal und in Jugoslawien,

– Diverse Skandinavienprogramme.

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher
c/o Techn.-Chem.-Institut ETH
Universitätsstrasse 6, Zürich

Man kann den Tages-Anzeiger drehen und wenden wie man will, man hat immer mehr als eine Zeitung in der Hand.

Der Tages-Anzeiger ist eben mehr als eine Reihe von Zeitungsblättern, in die Informationen mehr oder weniger willkürlich hineinverpackt sind.

Der Tages-Anzeiger ordnet Informationen. Er organisiert sie. Nach Bereichen und nach Sachgebieten. Und nach dem Gesichtspunkt der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit.

Bei der Fülle des Stoffs, die jeder Tag auf die Pulte der Tages-Anzeiger-Redaktion wirft, ist das eine notwendige Voraussetzung; ohne die wir kaum noch schreiben und mit der unsere Leser erst richtig Zeitung lesen können.

Nicht jeder Leser liest ja eine Zeitung schön kontinuierlich von der ersten bis zur letzten Seite. Der eine interessiert sich mehr für Politik, der andere mehr für Sport und der dritte liest vielleicht den Wirtschaftsteil am eingehendsten.

Diesem Bedürfnis hat der Tages-Anzeiger schon in seiner Struktur Rechnung getragen. Und macht eine Zeitung, die mehr als eine Zeitung ist. In der die Vielfalt der täglichen Ereignisse in ‹vielen Zeitungen› klar gegliedert ist, und so dem Leser das Lesen und nicht das Suchen zur Hauptsache macht.

Deswegen ist der Tages-Anzeiger jeden Tag eine komplette und abgerundete politische Zeitung. Und genauso eine Sportzeitung. Und eine Wirtschaftszeitung. Und eine Kulturzeitung. Und eine Zürcher Lokalzeitung. Und eine Zeitung über schweizerische Belange. Und jeden Samstag ist er auch noch ein farbiges Magazin.

So hat, wer den Tages-Anzeiger liest, das, was er über ein bestimmtes Gebiet wissen möchte, gleich und leicht und handlich zur Hand. Und wenn Sie nun meinen, eine solche Zeitung sollte man abonniert haben, dann füllen Sie einfach den Coupon aus. Sie bekommen dann den Tages-Anzeiger drei Wochen lang gratis nach Hause geschickt.

Sie werden sehen, dass Sie da eine Zeitung zum Handhaben in der Hand haben.

Coupon

50% Studenten-Abo

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger und sein farbiges Magazin gratis drei Wochen lang kennenlernen.

☐ Ich möchte vom Studentenrabatt profitieren und abonniere gleich den Tages-Anzeiger. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Das kostet mich nur:

☐ Fr. 3.65 statt Fr. 5.20 für 1 Monat
☐ Fr. 10.50 statt Fr. 15.– für 3 Monate
☐ Fr. 20.80 statt Fr. 29.70 für 6 Monate
☐ Fr. 41.15 statt Fr. 58.80 für 12 Monate

Name:
Strasse:
Fakultät: Semester:
PLZ/Ort:

Coupon bitte einsenden an: Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich 7083

Tages Anzeiger

GGK

§§ Aspekte

An dieser Stelle werden Rechtsfragen erörtert, die für den Studenten von praktischem Interesse sein könnten. Fragen von allgemeinem Interesse sind an die Redaktion des »zürcher student« zu richten. Diese Spalten werden von der Rechtsberatungskommission der Studentenschaft der Universität in Zusammenarbeit mit andern interessierten Stellen betreut. Die Beantwortung von Fragen und die Redaktion eigener Beiträge erfolgen nach bestem Wissen und Gewissen. Rechtliche Verbindlichkeiten können aus ihnen nicht abgeleitet werden.

Informationen über den Stipendienbezug

● Es besteht ein *Recht auf Antragstellung* an die kantonale Kommission für Studienbeiträge.

● Jeder Student mit Wohnsitz im Kanton Zürich (Näheres dazu siehe unten), der sich aufgrund der veröffentlichten rechtlichen Regelungen zum Bezug von Studienbeiträgen berechtigt hält, besorgt sich vorerst die nötigen *amtlichen Formulare:* Erhebungsbogen und Punkteblatt. Diese Unterlagen sind im Sekretariat des Stipendiatenbearbeiters (im Bodmerhaus an der Schönberggasse) und künftig ebenso auf der Kanzlei der Universität und im Büro der Studentenschaft (Rämistrasse 66) erhältlich.

● Es passiert zuweilen, dass man auf der Stipendiatenberatungsstelle einige wenige Fragen zu beantworten hat und nach kurzer Zeit mit der Auskunft, für Zürcher Studienbeiträge nicht bezugsberechtigt zu sein, wieder vor der Tür steht. Solche Mitteilungen sind *keine rechtskräftigen Beschlüsse* (ob sie zutreffen oder nicht). Man lasse sich nicht entmutigen und allzu rasch von seinem Vorhaben abbringen. Man überdenke kritisch seine (rechtliche) Lage – und beschaffe sich allenfalls rasch die erforderlichen Formulare.

Zumeist kommt man einen Schritt weiter: zum Ausfüllen und Einreichen der Formulare.

● Nächste mögliche Panne: Kurze Zeit später liegt ein Schreiben des Stipendiatenbearbeiters im Briefkasten. Es enthält die Nachricht, dass aufgrund der eingereichten Unterlagen keine Stipendienberechtigung bestehe. Der Terminus technicus für solche Briefe lautet: *»ablehnender Vorentscheid«.* Noch ist kein Beschluss der zuständigen Behörden gefasst – auch diese Briefe gehören zum administrativen Vorverfahren, das die Arbeit der kantonalen Kommission für Studienbeiträge entlasten soll. *Jedem steht das Recht zu, in seinem »Fall« einen Beschluss der Kommission zu verlangen. Bevor dieses Recht beansprucht wird, wäre sinnvollerweise die Rechtslage nochmals genau zu überprüfen und allenfalls neue Informationen und Begründungen beizubringen.*

● In den schriftlichen »ablehnenden Vorentscheiden« ist jeweils im letzten Abschnitt zu lesen, dass innert einer Frist von zehn Tagen der Kommissionsentscheid (falls gewünscht) zu verlangen sei. Diese »Rekursfrist« ist (wie das ganze übrige Vorgeplänkel) im Reglement nirgends festgehalten. Die Fristsetzung von zehn Tagen ist *nicht rechtsgültig,* aber nötig und vertretbar, wenn wir bei der Erledigung von Formalitäten nicht unnötig verweilen wollen.

Jedermann darf – wie gesagt – einen Entscheid der Kommission provozieren. Er sollte sich zu diesem Schritt aber erst nach einer genaueren Abklärung seiner rechtlichen Lage entschliessen. Für zusätzliche *Auskünfte und Rechtsbelehrung* wende man sich ohne Zögern an die Studentenschaft (Tel. 32 92 87) – dort kann man mit zuständigen Fachleuten ins Gespräch kommen.

Aus der Praxis der »Stipendienkommission«

Die Kantonale Kommission für Studienbeiträge hat sich entschlossen, im »zs« über verschiedene Aspekte ihrer »gängigen« Praxis bei der Bearbeitung von Anträgen zu informieren. Sie versteht diese Veröffentlichung als Beitrag zur *Klärung der rechtlichen Situation für die Studierenden und als Versuch, Entscheidungswege transparenter zu gestalten.*

Es handelt sich im folgenden *nicht um Rechtsnormen;* die Praxis ist rasch wandelbar, Sonderfälle gibt es immer. Dennoch erscheint uns die Information recht wichtig zu sein. Wir danken der Kommission für ihren positiven Schritt.

Freibetrag Fr. 6000.—

a) *Bei Verheirateten:* Studiert der Ehepartner nicht, so ist ein Betrag von 6000 Franken frei. Es spielt dabei keine Rolle, von wem das Einkommen stammt.

b) *Bei Geschiedenen:* Nur derjenige Partner erhält die 48 Punkte Haushaltszuschlag, in dessen Obhut sich das oder die Kinder befinden.

Sind keine Kinder da, so fallen die 48 Punkte Heiratszuschlag dahin.

Bei Geschiedenen kommt der Freibetrag von 6000 Franken nicht in Betracht.

Berechnung des steuerbaren Einkommens

Die Kommission hält sich immer an das Steuergesetz des Kantons Zürich.

Berücksichtigung der elterlichen Einkommen und Vermögen

Wohnt ein Bewerber bei seinen Eltern, so gilt er als elternabhängig. Erklärt er sich aber trotzdem als elternunabhängig, so muss er eine *Bestätigung* erbringen, dass der Vater keinen Beitrag an seine Ausbildung leisten will.

Berechnung der Anwartschaft

a) Vom Reinvermögen der Eltern wird ein Viertel (Anteil des Ehegatten) abgezogen. Das restliche Reinvermögen wird durch die Anzahl der erbberechtigten Kinder dividiert. Der Anteil jedes Kindes wird als Anwartschaft eines Bewerbers berechnet.

b) Die Kommission hält sich an das *Erbrecht laut ZGB.*

Wann wird ein Darlehen gewährt?

Uebersteigt eine Anwartschaft 100 000 Franken, so wird ein Studienbeitrag nur in der Form eines unverzinslichen Darlehens ausgerichtet.

Wohnsitz ausserhalb des Elternhauses

Wohnt ein Bewerber nicht bei den Eltern, so hat er dies dann besonders zu begründen, wenn nicht verkehrstechnische Gründe oder Platzmangel die Ursache sind. Die Kommission ist auch bereit, die Wohnsitznahme ausserhalb des Elternhauses anzuerkennen, wenn es sich um ein offensichtliches Zerwürfnis zwischen Eltern und Kindern handelt oder wenn der Bewerber vor Beginn der Ausbildung, für die er um einen Studienbeitrag ersucht, schon erwerbstätig gewesen ist und daher selbständig logiert hat.

Postgraduate-Studium

Studierende, die für ein Postgraduate-Studium im Ausland einen Studienbeitrag erhalten, müssen der Kommission zuhanden der betreffenden Fakultät Bericht erstatten. Allenfalls genügt ein Diplom über einen zusätzlich erworbenen akademischen Grad oder eine Publikation über die während der zusätzlichen Studienzeit erzielten Forschungsergebnisse.

Der zivilrechtliche Wohnsitz

Voraussetzung für die Erlangung von Studienbeiträgen des Kantons Zürich ist u. a. der zivilrechtliche Wohnsitz (Art. 23 ff. ZGB) des Gesuchstellers im Kanton Zürich (Ausnahme: Kantonsbürgern können bei Vorliegen besonderer Umstände auch bei auswärtigem Wohnsitz Studienbeiträge gewährt werden; vergl. § 4 Abs. 1 Ziff. 2 der Stipendienverordnung vom 5. Oktober 1970).

Die Bestimmung des zivilrechtlichen Wohnsitzes kann vor allem bei Studenten, die erst kurz vor oder erst während ihrer Studienzeit nach Zürich gezogen sind, Anlass zu Schwierigkeiten bieten. Gemäss Art. 26 ZGB begründet nämlich der Aufenthalt zu Studienzwecken *an sich* keinen Wohnsitz. Durch diese Norm soll jedoch keineswegs die Begründung eines zivilrechtlichen Wohnsitzes am Studienort überhaupt ausgeschlossen werden. Vielmehr ist es durchaus möglich, dass sich die Beziehungen zum früheren Wohnsitz so gelockert und die Verbindungen zum Studienort so gefestigt haben, dass dieser zum *Mittelpunkt der Lebensbeziehungen* und damit zum zivilrechtlichen Wohnsitz des Studierenden wird. Nach der herrschenden Meinung bestätigt Art. 26 ZGB lediglich den sich schon aus Art. 23 Abs. 1 ZGB ergebenden Grundsatz, dass der blosse Aufenthalt zu einem Sonderzweck keinen Wohnsitz begründet, anhand einiger besonders aktueller Beispiele, um keine Zweifel aufkommen zu lassen. Für die Frage, ob ein Student seinen zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton Zürich hat, ist daher auf jenen Artikel zurückzugreifen. Nach Art. 23 Abs. 1 ZGB befindet sich der zivilrechtliche Wohnsitz einer Person an dem Ort, wo sie sich mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält (Ausnahmen: Als Wohnsitz der Ehefrau gilt der Wohnsitz des Ehemannes, als Wohnsitz des Unmündigen oder Entmüdigten der Wohnsitz der Vormundschaftsbehörde (vgl. Art. 25 ZGB):

Es muss nach den gesamten Umständen angenommen werden können, dass die Person den Ort, an welchem sie – wenn auch nur für kurze Zeit – verweilt, zum Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen macht. Bedeutungslos ist dabei die Frage, ob der Student nach Abschluss seiner Studien wieder aus dem Kanton Zürich wegziehe, da nach anerkannter Auffassung auch die Absicht, in bestimmter Zeit den Wohnsitz wieder zu verlassen, die Absicht dauernden Verbleibens nicht ausschliesst.

Beispielsweise seien hier zwei *Indizien* angeführt, die nach der Praxis der kantonalen Kommission für Studienbeiträge auf eine Wohnsitznahme im Kanton Zürich schliessen lassen:

● Der Gesuchsteller heiratet während seiner Studienzeit und wohnt zusammen mit seiner Frau im Kanton Zürich.

● Der Gesuchsteller hat vor Beginn seiner Studien während mindestens zwei Jahren im Kanton Zürich gearbeitet.

Es sei jedoch, um allfällige Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit gesagt, dass der zivilrechtliche Wohnsitz des Gesuchstellers im Kanton Zürich *auch dann gegeben sein kann, wenn keines der angeführten Indizien vorliegt,* wenn aber aus sonstigen Umständen auf eine Verlegung des räumlichen Mittelpunkts der persönlichen Beziehungen des Studenten nach Zürich geschlossen werden muss.

Rechtsberatungskommission
für die Studentenschaft
an der Universität Zürich

(P. S. Im Hinblick darauf, dass sich der vorliegende Artikel vorwiegend an juristische Laien richtet, hat die Redaktion im Einverständnis mit dem Verfasser die dem Text beigegebenen Urteile und Zitate aus Platzgründen gestrichen. Diese können bei Bedarf jedoch jederzeit in der Redaktion des ZS eingesehen werden.)

Oeffentliche anthroposophische Tagung

vom 16. bis 22. Juli 1971 in den Räumen der Rudolf-Steiner-Schule, Plattenstrasse 37

Vom Sinn des Menschseins zwischen Geist und Materie

Durchgehende Kurse mit freiem Gespräch:

Dr. G. A. Balastèr und Dr. med. H. W. Zbinden

Ueber die Fähigkeit des Menschen zur Erkenntnis und zur Gestaltung seiner Lebenssphäre

Dr. Maurice Martin und Ing. Andreas Dollfus

Mensch, Naturwissenschaft und Technik

Kurse in Eurythmie und Sprachgestaltung

Abendvorträge über aktuelle Fragen des sozialen und kulturellen Lebens

Eurythmie-Aufführung – Rezitation

Detaillierte Programme erhältlich durch:
H. Locher, Winkelwiese 5, 8001 Zürich

US ARMY

Einmalige Gelegenheit!

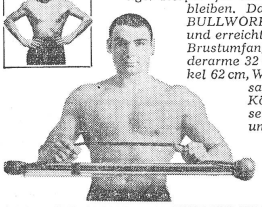
Fabrikneue, solide Schlafsäcke aus US-Armeebeständen, extra gross und wasserdicht, bei Tiefsttemperaturen getestet, nur Fr. 69.–.

Daselbst Feldjacken und Navy-Regenmäntel.

Nähere Auskunft erteilt:

Nik Mojon, Gymnasiast
Tel. (031) 44 67 81
Dählhölzliweg 14, Bern

BULLWORKER verwandelt Schwächlinge in MÄNNER

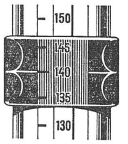


Mit 19 Jahren hatte Jacques Seiler bereits alles ausprobiert: Expander, Gewichte, Hanteln, Gymnastik und Sport — doch schien sein knabenhaft schmächtiger Körper für ihn unabwendbares Schicksal zu bleiben. Dann begann Jacques mit dem BULLWORKER-Training, nahm 15 kg zu und erreichte folgende «Championmasse»: Brustumfang 116 cm, Bizeps 40 cm, Vorderarme 32 cm, Taille 78 cm, Oberschenkel 62 cm, Waden 37 cm. «Der Bullworker» sagt Jacques, «entwickelt einen Körper, auf den jeder Mann stolz sein kann! Was Jacques Seiler und tausende anderer Männer erreichten, kann der Bullworker auch für Sie tun. Die Resultate sind garantiert — oder Sie zahlen nichts.

DAS KINDERLEICHTE BULLWORKER-TRAINING - 5 MINUTEN TÄGLICH GARANTIERT INNERT 14 TAGEN RESULTATE, DIE SIE FÜHLEN, SEHEN UND TATSÄCHLICH NACHMESSEN KÖNNEN.
Andernfalls zahlen Sie nichts

In weniger Zeit als Sie zum Rasieren benötigen, kann Ihnen der Bullworker zu einem männlich-athletischen Körper verhelfen, den Frauen bewundern und um den Sie von anderen Männern beneidet werden. In nur 5 Minuten pro Tag kann der Bullworker schwächliche Arme in kraftvolle Bizeps verwandeln — einen muskulösen Brustkasten, breite Schultern, stahlharte Bauchmuskeln, kräftige Oberschenkel und Waden entwickeln und Ihre Haltung verbessern. Schon nach 14 Tagen können Sie Resultate im Spiegel sehen und mit dem Messband kontrollieren — andernfalls zahlen Sie nichts. Senden Sie uns den Coupon für alle Details noch heute. Keine Verpflichtung. Kein Vertreterbesuch.

NEU: EINGEBAUTER DYNAMOMETER (Kraftmesser:)
misst Ihre Kraft schon vom ersten Tag an. Notieren Sie nach jeder Übung den erreichten Wert und vergleichen Sie ihn mit dem Ergebnis des Vortages.



Sie werden überrascht sein, wie schnell Ihre Muskelkräfte zunehmen können — 4mal schneller als mit anderen Methoden — bis 4 % pro Woche oder phantastische 50 % in 3 Monaten.

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH

GRATIS-DOKUMENTATION

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH
JA, senden Sie mir alle Details über die Bullworker-Methode, die einen männlich-athletischen Körper garantiert.

Name: Vorname:
Strasse:
PLZ: Ort:

© 1970 Tono AG, Zürich STU-106 160

WURZEL

bei der Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST FÜR DAS WISSENSCHAFTLICHE BUCH

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Fernrohre, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

KONTAKTLINSEN
Studentenpreis
Fr. 380.– netto

Wo Gesetze wirken, muss ein Gesetzgeber sein.
Das Wissen um die Schöpfungsgesetze ist uns gegeben durch das Werk:

«Im Lichte der Wahrheit» Gralsbotschaft

« - ohne Umwege führt sie heraus aus allem Chaos jetziger Verwirrung - »

168 Vorträge von Abd-ru-shin in 3 Bänden Fr. 15.60/19.80/22.30

Buchhandel A. Rutishauser
8713 Uerikon, Rütihofstr.
✆ 051 74 81 40

Gelegenheit für Studenten

Sie finden bei uns einen zusätzlichen Verdienst, ohne dass Sie Ihr Studium unterbrechen müssen!

Wir bieten: Stundenweise Anstellung oder feste Teilzeitarbeit bei gutem Lohn als Nachtwächter. Auch dauernde Beschäftigung während der Semesterferien.

Erkundigen Sie sich über alles Nähere bitte bei

wache ag

Wache AG, Lavaterstr. 44
Tel. (01) 36 47 36

Medizinische Fachliteratur - Psychologie

Individuelle Bedienung und Beratung

BUCHHANDLUNG RAUNHARDT
INH. GERHARD HEINIMANN & CO.

8001 Zürich, Kirchgasse 17
beim Grossmünster
Telephon (051) 32 13 68

Unsere Spezialgebiete:

Mathematik
Physik
Chemie
Geologie
Mineralogie
Geographie
Astronomie
Zoologie
Botanik
Biologie
Landwirtschaft
Elektrotechnik
Datenverarbeitung
Maschinenbau
Bautechnik
Wirtschaft

Freihofer AG

Buchhandlung
für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich, Universitätsstr. 11
Telephon 47 08 33/32 24 07

Die grösste Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik in der Schweiz

Zum guten Essen:

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk –.60, Kaffee –.60).

Glace-Spezialitäten:

Wir sind stadtbekannt für unsere feine Konditorenglace. Auf unseren Boulevardterrassen und in unserem Gartenrestaurant im »Rosenhof« können Sie sich richtig entspannen.

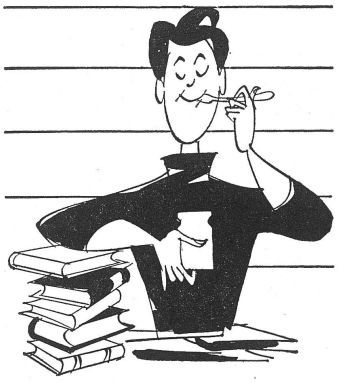
aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), 100 Schritte vom Limmatquai (Wellenberg jetzt mit Wein und Bier).

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber
(eigene Konditorei)



Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes
VZM-Joghurt

nur 5-5¾%

Zins im Jahr netto bezahlen Sie als Einwohner des Kantons Zürich für ein

Kleindarlehen

bei der Zürcher Kantonalbank. Wo fahren Sie noch so günstig?
Müssen Sie dringende Anschaffungen machen, oder befinden Sie sich gegenwärtig in Geldverlegenheit?
Wir können Ihnen helfen.

Zürcher Kantonalbank
8022 Zürich Bahnhofstrasse 9 Tel. 29 56 11

BÜCHER

für Ihr Studium
aus allen
Wissensgebieten

Theologie
Philosophie
Psychologie
Rechtswissenschaft
Sozialwissenschaft
Sprachwissenschaft
Geschichte und Politik
Medizin
Mathematik
Technik

Verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler die ausführlichen Verzeichnisse

VANDENHOECK + RUPRECHT
GÖTTINGEN + ZÜRICH

Zweigniederlassung: Badenerstrasse 69, Postfach, 8026 Zürich

jedermann kann blind maschinenschreiben lernen

...in nur 14 Stunden!

ZEHNFINGER SYSTEM

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h.
Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause.
Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse.
Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

Gratis-Demonstration

jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h
jeden Mittwoch 16.00 h

SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-27 15 00

happenings

Probleme – Meldungen – Notizen

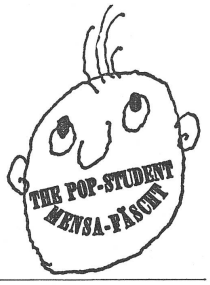
sport

Voranzeige: Das Mensafest vom 2. Juli 1971

3 Orchester: **Top Cats** (Nachfolger der Dorados aus Luzern)
Morenos (mit zwei Sängerinnen)
Tim Clay Group
Les Alouettes (Show-Ballett)

Eintritt: Fr. 5.– mit Legi
Fr. 6.– ohne Legi

Vorverkauf: ab Dienstag, 29. Juni, in der Mensa.



Betrifft: Dissertationendruck

Schon immer wurde der Student finanziell empfindlich zur Ader gelassen, wenn er seine Dissertation drucken musste. Der lange Studienweg halst dem Doktoranden nicht nur eine aufreibende Arbeitslast auf, sondern in der Regel auch Schulden (Ausbildungsdarlehen usw.). Hat er sein Ziel endlich erreicht, muss er einige tausend Franken in die Dissertation stecken – nur wenige Publikationen werden von einer Stiftung oder einer Forschungsgemeinschaft unterstützt. Aus dem Vertrieb seiner Dissertation fliessen dem Doktoranden keine Mittel zu, denn diese wird der Universität in 150 bis 220 Exemplaren zugestellt und dort gegen andere Publikationen ausgetauscht. Die Diskussion um die Abschaffung des Druckzwangs hat zwar einige Wellen geschlagen – die Phil. hist. Fakultät der Universität Bern begnügt sich ad interim mit wenigen Pflichtexemplaren, die in irgendwelcher Form vervielfältigt werden können –, befriedigt gelöst ist das Problem noch keineswegs. Die paradoxe Situation, dass der Student die Bibliotheken mitfinanzieren muss, besteht nach wie vor.

Der Verlag Herbert Lang hat sich zum Ziel gesetzt, den Dissertationsdruck selbsttragend zu gestalten. In kurzer Zeit ist ein umfassender Werbe- und Vertriebsapparat für die 23 Dissertationsreihen der Europäischen Hochschulschriften aufgebaut worden. So können heute alle bedeutenden Fachbibliotheken im In- und Ausland mit Waschzetteln beliefert werden. Nutzniesser dieser Bestrebungen ist unter anderem auch der Doktorand. Dem Verlag ist es gelungen, einen weltweiten Dissertationsmarkt zu erschliessen, und er ist nun in der Lage, den grössten Teil der Druckkosten in Form von Autorhonorar zurückzuzahlen. Damit ist dem Doktoranden aber noch wenig gedient, denn nach wie vor muss er die Druckkosten fürs erste allein tragen. Erst wenn dem Autor Publikationsbeiträge zugesprochen würden oder wenn sich die Dissertationen selber finanzieren könnten, wäre eine befriedigende Situation geschaffen.

Wie ein Gespräch mit dem Verleger Peter Lang gezeigt hat, besteht durchaus die Möglichkeit, dem Doktoranden die Druckkosten zu erlassen. In den Europäischen Hochschulschriften können in Zukunft alle reprofertigen germanistischen Dissertationen, die mit dem Prädikat »summa cum laude« ausgezeichnet wurden, gedruckt und vertrieben werden, sofern sie 250 Seiten nicht übersteigen. Für umfangreichere Manuskripte wird lediglich der Druck für den Mehrumfang berechnet. Selbst wenn nur wenige Auserwählte damit begünstigt werden, ist doch ein bedeutender Anfang gemacht, und es bleibt zu hoffen, dass bald einmal alle Dissertanden von einem gleichen Angebot profitieren können.

stud.phil.hist.
Gabriel Imboden

FREIHOFER
Buchhandlung für Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

Ist die Hochschulsportanlage gefährdet?

Im Januar 1971 ist mit den ersten Erdarbeiten der Bau der Hochschulsportanlage auf der Allmend Fluntern in Angriff genommen worden. Dieses Projekt hat einen langen Leidensweg hinter sich, und mehr als einmal liess ein starker Wind alle hochgeschraubten Erwartungen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Der rauhe Westwind besorgte dabei den Hauptanteil der Arbeit; so droht denn auch die neueste Gefahr aus dem Westen, genauer gesagt aus dem Berner Bundeshaus. Wie man weiss, umfassen die neuesten Baubeschränkungen Ausführungssperren u. a. auch für Sportanlagen.

Ob der neue Bundesbeschluss die Zürcher Hochschulsportanlage treffen wird, ist zwar nicht sicher, aber doch recht wahrscheinlich. Vielleicht ist es an dieser Stelle nützlich, noch einmal die traurige Geschichte dieses Projekts zu resümieren:

1914 Die »*Akademische Freischar*« ruft zur Schaffung eines Sportplatzes für die Mitglieder der Universität auf.

1916 Die »*Gymnastische Gesellschaft Zürich*« erhebt die Schaffung eines akademischen Sportplatzes auf ihren Schild.

1936: Der neugegründete *ASVZ* nimmt die »Errichtung, den Unterhalt und den Betrieb eines Hochschulsportplatzes in Zürich« in seinen Zweckartikel auf.

1947 Vorprojekt.

1955 Bund und Kanton Zürich einigen sich über die Finanzierung.

1962 Erste Planierungsarbeiten.

1963 Klage auf Rückgabe des Areals.

1964 *Baustopp I.*

1967 Ausarbeitung eines neuen Projektes auf der Basis der zur Verfügung stehenden Mittel (5,8 Mio.). Die Finanzdelegation verweigert die Freigabe der Mittel.

1968 Nochmals neues Projekt mit neuem Raumprogramm erforderlich (Baukostenverteuerung, fehlende Teuerungsklausel auf die bewilligten Kredite.

1970 Endlich ein Ja aus dem Bundeshaus!

1971 Baustopp II?

Was dazwischen liegt, das sind Irrwege in der Verwaltung, bürokratischer Leerlauf, juristische Auseinandersetzungen und der Zweite Weltkrieg. Es wäre wirklich zu schön gewesen, wenn 1974 anlässlich des 50jährigen Bestehens eines Projekts dessen Verwirklichung im Bereich des Möglichen liegen würde . . .

Sport und Gesundheit

Im vergangenen Herbst haben die Schweizer Stimmbürger mit überwältigendem Mehr einem Verfassungsartikel über die Förderung von Turnen und Sport zugestimmt. Kaum ein Jahr danach glaubt nun der Bundesrat offenbar, diesen Entscheid missachten zu können. Denn im Rahmen des Bundesbeschlusses über Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarkts hat der Bundesrat unter anderem Sportanlagen (Schwimmbäder, Turnhallen, Eisbahnen, Sportplätze und dergleichen) in Regionen mit überforderter Baukapazität mit einer Ausführungssperre belegt. Gewissheit werden sich (gemäss dem Konjunkturdämpfungsmassnahmen als nützlich erachtet, Baubeschränkungen zu erlassen, dann müssen Opfer gebracht werden. Und mit derselben Gewissheit werden sich (gemäss dem Motto »Warum gerade ich?«) alle irgendwie Beteiligten in kleinerem oder grösserem Mass benachteiligt fühlen. In solchen Fällen wird man nach Argumenten suchen, die gerade diese Beschränkungen als unsinnig erscheinen lassen. Im vorliegenden Fall allerdings hat der Bundesrat ein Gegenargument zu seinen Beschlüssen gleich mitgeliefert. Ohne über den Widerspruch zu stolpern, nimmt er Massnahmen im Gesundheitswesen vom Baustopp aus. Mit andern Worten: Sportanlagen dienen nicht der Gesundheit, zwischen Prophylaxe und Therapie wird ein dicker Trennungsstrich gezogen. Der Bundesrat wird sich bei nächster Gelegenheit über die Zunahme von Haltungsschäden beklagen, das EMD wird der immer grösseren Ausmusterungsquote eine grosse Träne widmen. Gleichzeitig aber verschliesst man die Augen vor der Tatsache, dass der Breitensport nach modernen Erkenntnissen aus dem gesamten Gesundheitswesen nicht mehr herauszudenken ist. Wohl niemand würde den Bundesrat kritisieren, wenn grössere Stadien und andere Anlagen, die in erster Linie dem Spitzensport dienen und nur mittelbar zur Förderung des Gesundheitssports beitragen, mit einem temporären Ausführungsverbot belegen würde. Wo aber von Schwimmbädern und Turnhallen die Rede ist, wird man bei Sportlehrern und Medizinern im besten Fall noch ein mitleidiges Lächeln über so viel mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Sport und Gesundheit ernten.

Für die Hochschulsportanlage auf der Allmend Fluntern, deren Bau nunmehr seit mehr als dreissig Jahren durch Fussangeln in der Verwaltung, unverständige Behörden und weitere Misslichkeiten verschleppt, im Januar dieses Jahres mit einem reduzierten Raumprogramm endlich in Angriff genommen wurde, bleibt nur die partikularistische Hoffnung, dass in ihrem Fall die Suppe nicht ganz so heiss gegessen wird, wie sie gekocht wurde. Vielleicht wird die Hochschulsportanlage von den Ausnahmebestimmungen für Sportanlagen in Zusammenhang mit Schulbauten profitieren können, und vielleicht machen sich unsere Landesväter über den Sinn der Trennung von Sport und Gesundheit noch einige Gedanken. *Werner Bosshardt*

P. S. Um den Widerspruch im Bundesbeschluss nicht allzu penetrant herauszustreichen, wurde in diesem Artikel auf den Ausdruck »Gesundheitssport« verzichtet . . .

ASVZ ganz kurz

Das Interesse der Studenten für sportliche Betätigung im Rahmen des ASVZ-Programms hat im Sommersemester 1971 weiter zugenommen. Das genaue *Meldeergebnis für die Spiele* lautet:

- Fussball 97 Mannschaften/359 Spiele (1970 82/311)
- Basketball Herren 21/127 (15/66)
- Basketball Damen 5/20 (neu)
- Volleyball Herren 6/30 (4/12)
- Volleyball Damen 6/21 (neu)

★

Am internationalen Hochschulpokal der *Orientierungsläufer* in Prag (13./14. Mai) beteiligte sich eine Mannschaft des ASVZ mit gutem Erfolg. Hinter Stockholm, Brünn und Prag kam sie auf den vierten Platz unter neun Teams.

★

Die *Handballmannschaft* des ASVZ mit lauter Nationalligaspielern empfing am 14. Mai die Auswahl der Universität Innsbruck und kam erneut zu einem 16:13-Sieg.

★

An einem Meeting in Erfurt (DDR) erfüllt die Zürcher Hochschulsportlehrerin *Kathrin Lardi* die Limite für die Teilnahme am Fünfkampf der Leichtathletik-Europameisterschaften in Helsinki.

Sag mir wo . . .

(Fortsetzung von Seite 17)

wenig scheinen mag. Die Mitgliederzahl ist aber teils durch die Grösse des Klublokals, teils durch die eine aktive Mitarbeit erfordernden Aufnahmebestimmungen begrenzt. Bei den Schweizern dominieren die ETH-Studenten, während von denen der Universität Juristen und Volkswirtschaftler besonders gut repräsentiert sind. Der Anteil der Studentinnen liegt unter dem Durchschnitt der Universität (24%), aber über dem der ETH (7%). Der Klub lebt von einem kleinen Kern von miteinander befreundeten Klubräten, zu denen sich einige wenige Mitglieder gesellen, mit denen zusammen sie für die eigentliche Organisation aufkommen. Die übrigen Mitgliedern und deren Gäste geniessen den Klub mehr als Dienstleistungsbetrieb. Studenten, die nicht Mitglieder sind, steht das Klublokal nur an bestimmten Abenden zur Benutzung offen, doch gilt dies nicht für studentische Touristen.

Ein Klub, der Treffpunkt sein will und statutarisch zur Pflege der Gesellschaft angehalten wird, hat es schwer, sich ein adäquates Programm zu geben. Eine Profilierung in bestimmte kulturelle und politische Richtungen desinteressiert zwangsläufig einen Teil des Zielpublikums, so dass es die stete Tendenz ist, sich auf einen nicht aneckenden kleinsten gemeinsamen Nenner einzupeilen. Dies wiederum droht ein prädominant rezeptives Publikum zu generieren, dessen Anliegen in letzter Konsequenz sich nur noch in der Phonzahl der Stereoanlage reflektiert. Eine solche Situation zeichnete sich im ISC ab, was, akzentuiert durch die divergierenden Interesselagen von (den zumeist etwas älteren) Klubräten, Mitgliedern und (z. T. nicht)studentischen Gästen zu einer Krise führte, die sich in schwindenden Besucherzahlen und personellen Organisationsschwierigkeiten niederschlug.

An der Arbeitstagung in Stäfa wurde eine Reihe von Gegenmassnahmen erörtert, und es bleibt nun abzuwarten, welche konkrete Schritte zu einer Reaktivierung des »International Student Club« unternommen werden. In der Zwischenzeit werden die zahlreichen ausländischen studentischen Sommertouristen dem Klub zu einem Aufleben verhelfen. Für sie ist der ISC seltsamerweise oft nichts weniger als »what Zurich was all about«. Insofern leistet der ISC desm Image der Stadt keinen geringen Dienst. Womit wir wieder bei der Interaktion von Universität und Gesellschaft angelangt wären. Wo ja auch der Gral zu suchen wäre . . .

A. Schmid

Blutspendewoche der Zürcher Hochschulen

Montag, 21., bis Freitag, 25. Juni

Ort: Lichthof der Universität

Spendezeiten: täglich 10.00 bis 14.00
16.00 bis 19.00

Wir zählen auf **jeden** Studenten!
Nach vollbrachter Tat wird ein Imbiss serviert.

Wer hat noch nicht . . .

Wer will noch mal?

Rette Leben

Durch einen winzig kleinen Eingriff am Körper, durch seine Blutspende, kann man einem Mitmenschen in der Not wirksam beistehen, ihm sogar das Leben retten.

35 000 Verkehrsverunfallte pro Jahr, Herz- und Gefässoperationen, Austauschtransfusionen bei Rhesuskindern erfordern riesige Mengen Blut, in der Schweiz alle zwei Minuten eine Flasche für eine lebensrettende Transfusion.

Diesen hohen Ansprüchen vermögen die 3% der Bevölkerung, die sich heute als regelmässige Spender zur Verfügung stellen, in keiner Weise zu genügen. Für Katastrophenfälle oder Krieg sind die Blutreserven der Schweiz völlig unzureichend; kaum ein Fünftel der Bevölkerung könnte im Notfall versorgt werden: Die Vorräte müssen dringend ergänzt werden!

Deshalb wird auch dieses Jahr wieder eine Blutspendeaktion durchgeführt, und zwar im Rahmen einer »Blutspendeuniversiade« an allen Hochschulen der Schweiz gleichzeitig. Alle Mitglieder der Hochschulen, Dozenten, Studenten und das Personal sind eingeladen, ihren unspektakulären, aber sehr wertvollen Beitrag zu leisten. Die Entnahme ist schmerzlos und benötigt wenig Zeit.

Auch Du könntest eines Tages auf eine Spende angewiesen sein!

Offizielle Eröffnung am Montag, dem 21. Juni, um 11.00 Uhr im Lichthof der Universität durch »Guggenmusig« und Ansprachen von Prof. Töndury und Regierungsrat Dr. Gilgen. Anschliessend werden sich Vertreter der Dozenten- und Studentenschaft als erste Spender zur Verfügung stellen.